

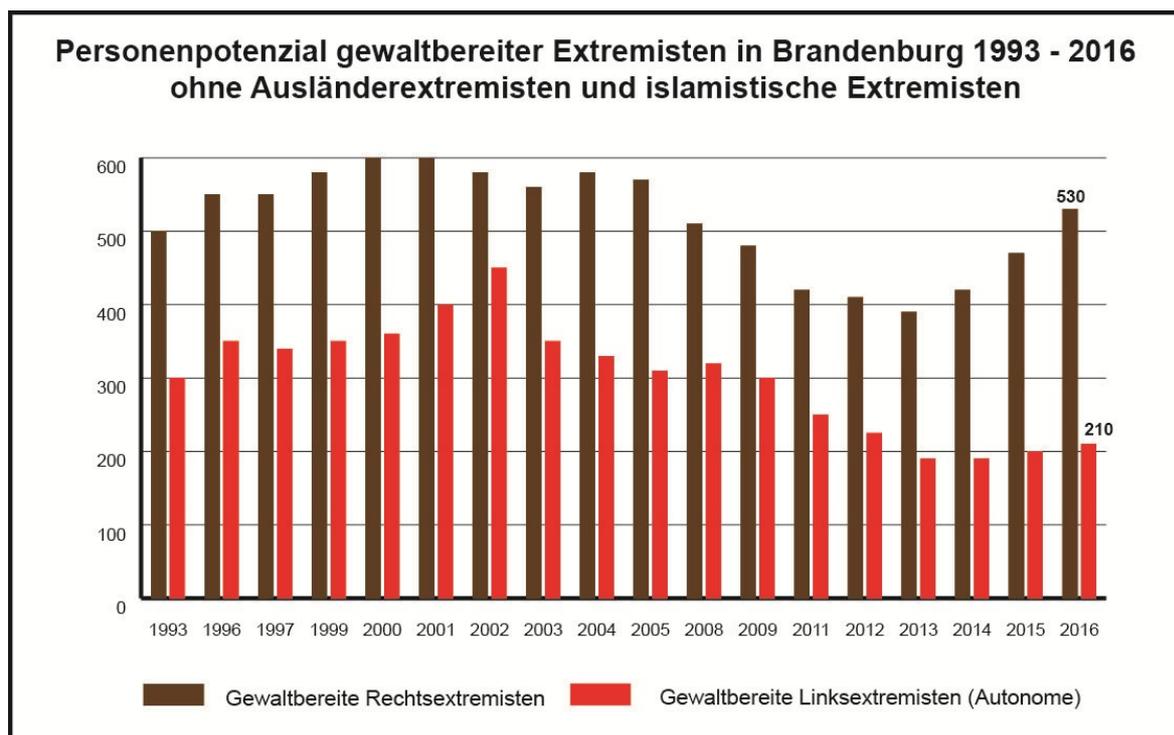
Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2016

- Pressefassung -

Zusammenfassung	3
1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes	12
2. Rechtsextremismus	14
2.1 Rechtsextremistische Parteien	17
2.2 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Junge Nationaldemokraten (JN)	18
2.3 DIE RECHTE	31
2.4 DER DRITTE WEG	34
2.5 Neonationalsozialisten und subkulturell geprägte Rechtsextremisten	39
2.6 „Identitäre Bewegung“	50
2.7 Rechtsextremistische Hass-Musik	53
2.8 Immobilien der rechtsextremistischen Szene	60
2.9 Beispiele rechtsextremistischer Straftaten	63
2.10 Überblick über die Landkreise	72
3. Reichsbürger und Selbstverwalter	79
4. Linksextremismus	83
4.1 Autonome	84
4.2 Rote Hilfe e.V. (RH)	88
4.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	89
4.4 Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	91
5. Islamistischer Extremismus	93
6. Ausländerextremismus	101
7. Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Proliferation und Geheimschutz	105
7.1 Spionageabwehr	105
7.2 Wirtschaftsschutz	108
7.3 Proliferation	109
7.4 Geheimschutz und Sicherheitsüberprüfungen	111
8. Verfassungsschutz durch Aufklärung	114

Zusammenfassung

Für das Jahr 2016 ist in allen relevanten extremistischen Phänomenbereichen ein Aufwuchs der Personenpotenziale feststellbar. Wie bereits im Jahr zuvor gilt das insbesondere für gewaltbereite Extremisten.

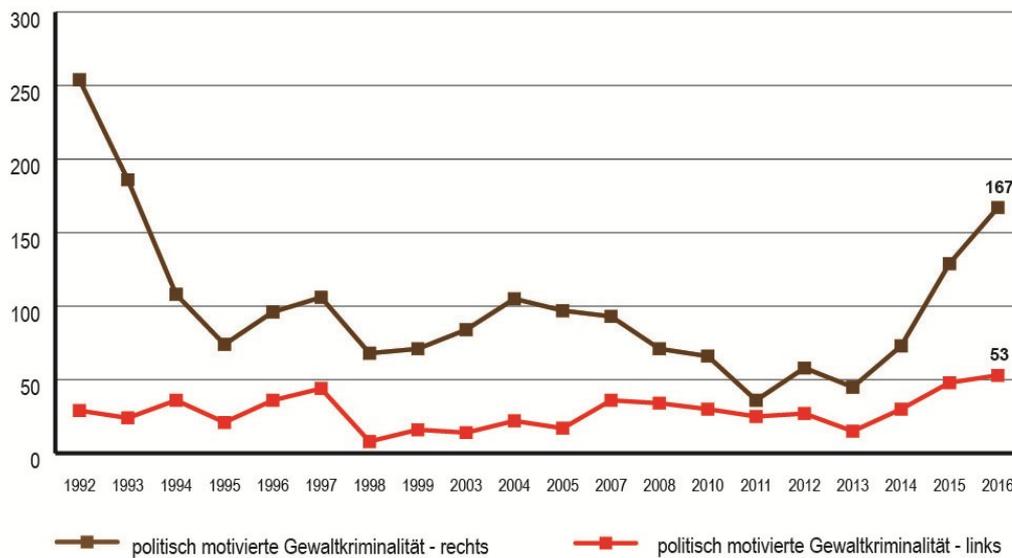


Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Parallel dazu stiegen ebenfalls die Gewaltstraftaten und erreichten in Brandenburg teilweise historische Höchststände. Im Bereich „politisch motivierte Gewaltkriminalität – rechts“ wurden 2016 insgesamt 167 (+ 38) Straftaten erfasst. Das ist der höchste Wert seit 1993. Im Bereich „politisch motivierte Gewaltkriminalität – links“ kam es zu 53 (+ 5) Straftaten, das ist der höchste jemals in Brandenburg festgestellte Wert.

Im Zuge der Flüchtlingskrise war ab Herbst 2015 eine deutliche Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg festzustellen. Die Szene nutzte die Anti-Asyl-Kampagne, um sowohl Nachwuchs zu gewinnen als auch „Alt-Nazis“ zu reaktivieren. Gewaltbereite Linksextremisten reagierten darauf mit einer Zunahme von Gewalt. Hier ist eine gefährliche Eskalationsspirale in Bewegung geraten. Ebenso tritt der Süden des Landes, besonders der Raum Cottbus wieder stärker in Erscheinung. Vor dieser Entwicklung warnt der Verfassungsschutz bereits seit längerem. Die dortige rechtsextremistische Szene ist hochgradig gewaltorientiert. Sie bündelt Neonationalsozialisten, Rocker, Angehörige des Bewachungsgewerbes, Kampfsportler, Hass-Musiker sowie Hooligans. Diese Dynamik kann und muss mit dem Schwert des Rechtsstaats gebrochen werden.

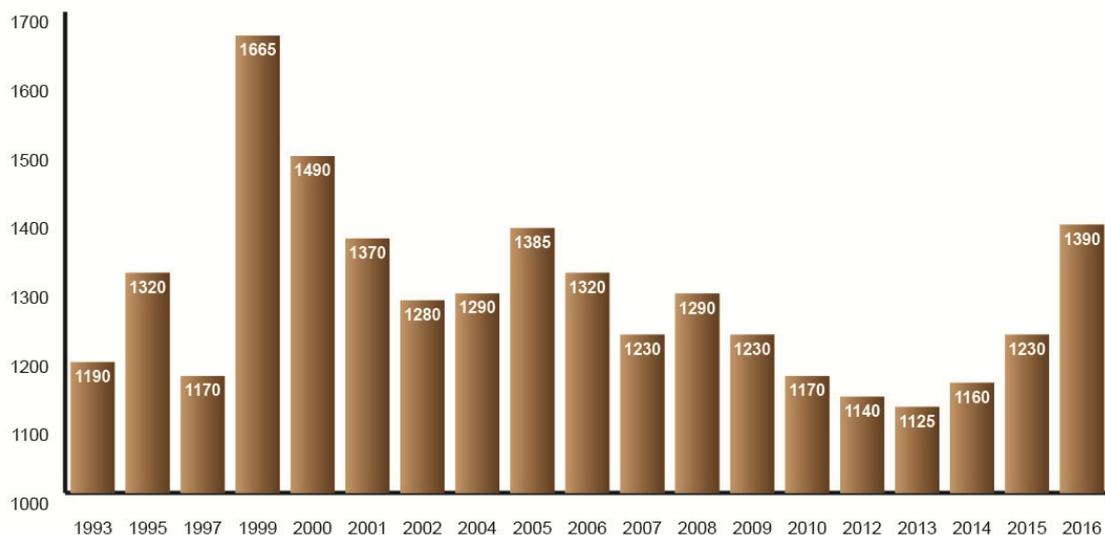
„Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ in Brandenburg 1992 - 2016



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

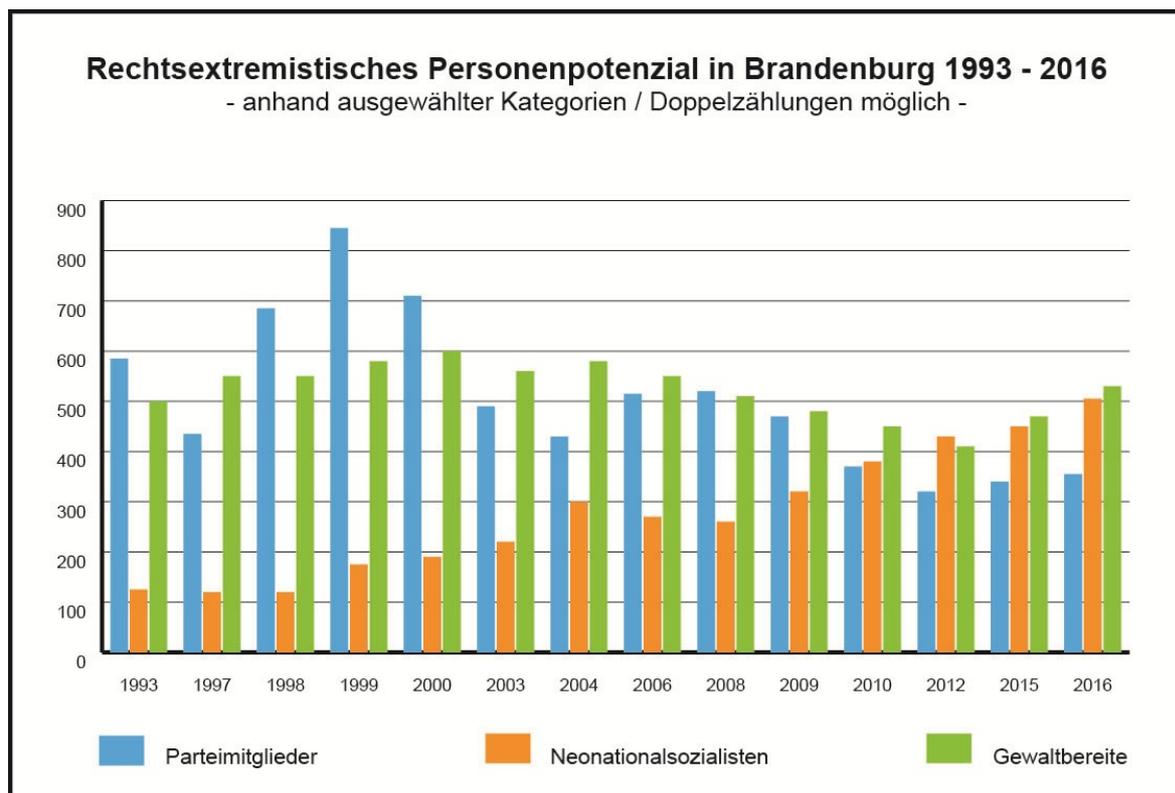
Für das Jahr 2016 werden insgesamt 1.390 (+ 160) Rechtsextremisten gezählt. Darunter sind 355 (+ 15) Mitglieder rechtsextremistischer Parteien.

Rechtsextremistisches Personenpotenzial in Brandenburg 1993 - 2016 - unter Abzug von Doppelzählungen -



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

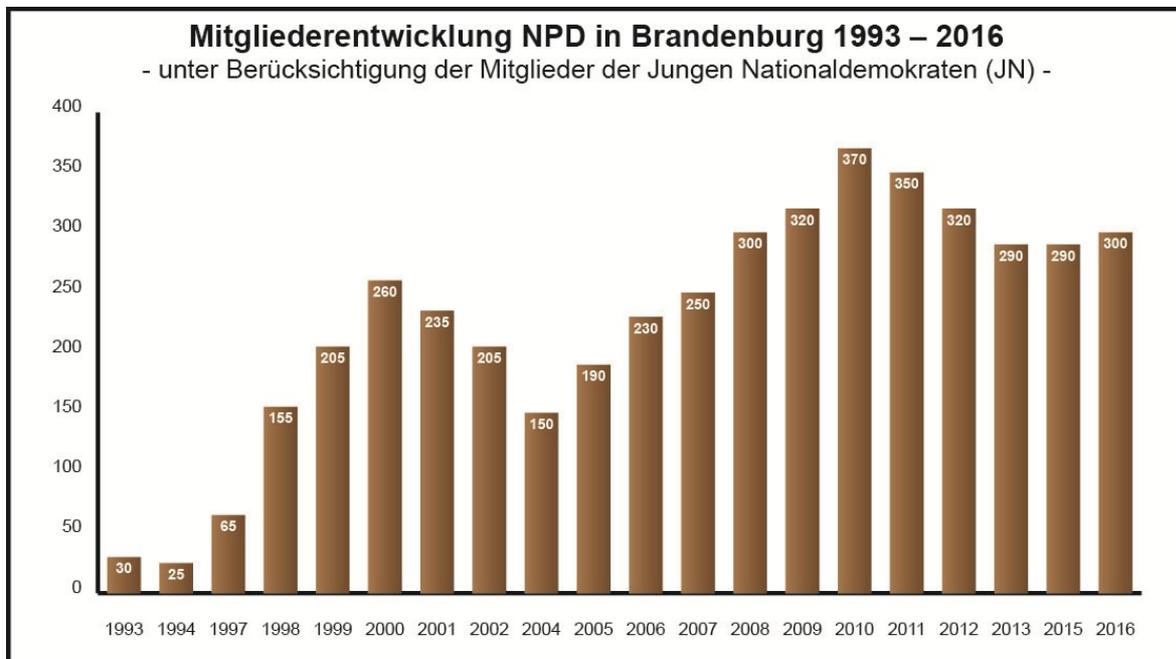
Davon entfallen 300 (+ 10) auf die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD). Unverändert 25 Mitglieder zählt die den Parteienstatus beanspruchende Organisation „DIE RECHTE“. Die ebenfalls den Parteienstatus anstrebende, stramm neonationalsozialistisch ausgerichtete Organisation „DER DRITTE WEG“ kam 2016 auf 30 (+ 5) Mitglieder. Eher parteiferne Neonationalsozialisten, die sich beispielsweise „Freie Kräfte“, „Freie Nationalisten“ oder „Autonome Nationalisten“ nennen, konnten 2016 deutlich zulegen. Ihnen werden jetzt 505 (+ 55) Personen zugeordnet. Seit Beginn der Zählung im Jahr 1993 ist das der höchste, jemals ermittelte Wert. Subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten haben auf 530 (+ 60) deutlich zugelegt. Das ist deren höchster Wert seit 2006.¹



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die NPD Brandenburg konnte nicht von der Flüchtlingsproblematik profitieren. Zwar initiierte sie zahlreiche Anti-Asylkampagnen auf Facebook und meldete Demonstrationen an. Doch diese Protestwelle ist im Laufe des Jahres abgeebbt und mit ihr die NPD-Anstrengungen. Ihre Hoffnung, zur zentralen Kraft dieser Protestbewegung zu werden, hat sich inzwischen zerschlagen. Auch von ihren ursprünglich erzielten 49 kommunalen Mandaten kann sie längst nicht mehr alle besetzen. Sie unterhält neun (+ 1) mehr oder weniger aktive Kreisverbände und einen Landesverband der „Jungen Nationaldemokraten“.

¹ Der Verfassungsschutz unterscheidet innerhalb des Rechtsextremismus drei Bereiche: (1) „Mitglieder rechtsextremistischer Parteien“; (2) „Neonationalsozialisten“ und (3) „Subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten“. Da es zu Doppelzählungen kommen kann, ist die Summe dieser drei Bereiche nicht zwingend identisch mit der Zahl des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

„DIE RECHTE“ verfügt in Brandenburg nur über den „Kreisverband Märkisch-Oderland-Barnim“ (KMOB). Eingetreten sind überwiegend Mitglieder der neonationalsozialistischen „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB). Die bereits 2014 eingebrochenen Aktivitäten erholten sich 2016 nicht. Die Internetpräsenz des Landesverbandes ist verwaist und konnte im Mai 2017 nicht mehr aufgerufen werden. Der Facebook-Auftritt ist seit Frühjahr 2016 gesperrt. Offenbar erfüllt „DIE RECHTE“ in Brandenburg nur einen Zweck: Angehörige der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ missbrauchen den Schuttschirm des Parteienrechts, um so ihre neonationalsozialistischen Aktivitäten ungestört fortzusetzen.

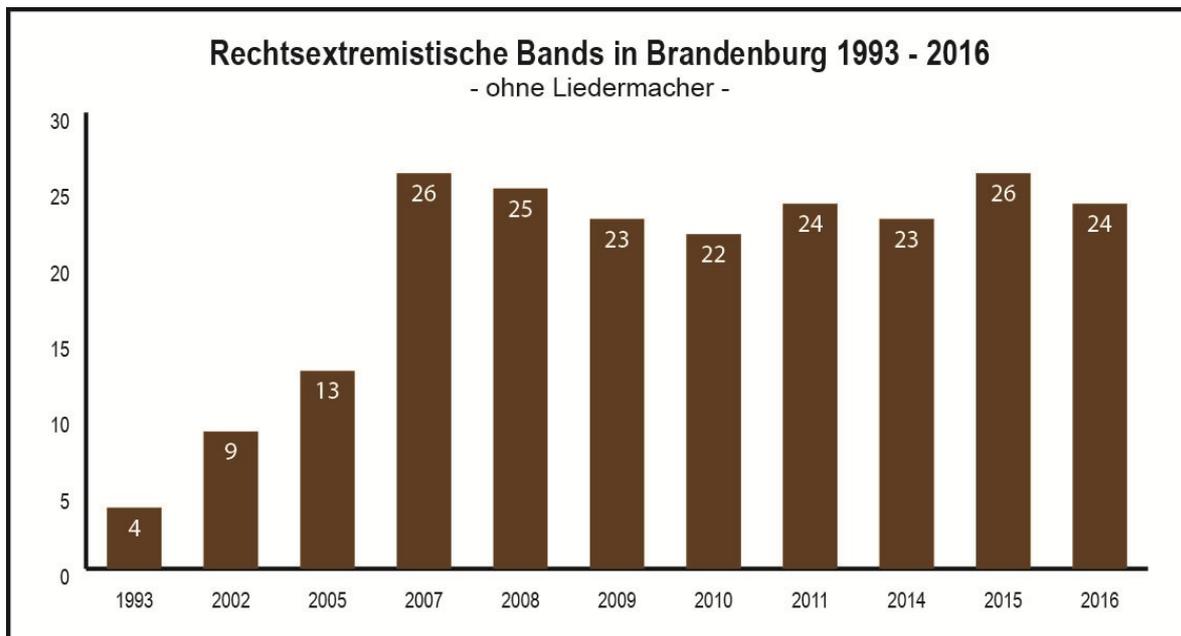
„DER DRITTE WEG“ missbraucht ebenfalls den Schuttschirm des Parteienrechts. Er ist aktionsorientiert, elitär und neonationalsozialistisch ausgerichtet. Im Gegensatz zu „DIE RECHTE“ sind jedoch Bemühungen erkennbar, Strukturen bundesweit zu festigen und auszudehnen. In Brandenburg werden drei (+ 1) „Stützpunkte“ unterhalten. „DER DRITTE WEG“ will die rechtsextremistische Anti-Asyl-Kampagne aggressiv vorantreiben. Der Wille zur bedingungslosen neonationalsozialistischen Agitation ist stark ausgeprägt. Er mag wenige Mitglieder haben, deren Einfluss auf die gesamte Szene steigt jedoch kontinuierlich. Das treibt die Radikalisierung voran.

20 (+ 1) neonationalsozialistische Gruppierungen waren 2016 in Brandenburg aktiv. Eine davon, die „Weisse Wölfe Terrorcrew“, wurde am 16. März 2016 vom Bundesinnenminister verboten. Das erstmalig im Jahresbericht 2014 kenntlich gemachte Phänomen von Personenzusammenschlüssen, welche sich am Rocker-Lifestyle orientieren, ist nach wie vor präsent. Die aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft derzeitig aggressivsten Neonationalsozialisten sind weiterhin im Raum Spremberg anzutreffen.

Im Verfassungsschutzbericht wird die „Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg“ erstmals vollständig dem Rechtsextremismus zugeordnet. Sie unterscheidet sich zwar in Ideologie und Erscheinungsbild teilweise erheblich vom bisherigen Rechtsextremismus. Jedoch treten bei ihr – wenn auch außerhalb Brandenburgs – zunehmend Akteure mit rechtsextremistischer Biografie in Erscheinung und sorgen so für entsprechende Personenkontinuität. Ebenso ist der von der „Identitären Bewegung“ propagierte

„Ethnopluralismus“ geeignet, als zunächst wohlklingende Hülse rassistische Überzeugungen zu verdecken und geschönt zu transportieren. In Brandenburg verfügt die „Identitäre Bewegung“ über etwa 20 Unterstützer. Die künftige Entwicklung dieser Gruppierung bleibt abzuwarten.

2016 konnte die rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg ihren bereits hohen Aktivitätslevel der Vorjahre halten. Die Zahl der Bands ist auf 24 (- 2) leicht gesunken. Hinzu kommen 14 Liedermacher (+ 1). Aufgrund des hohen und erfolgreichen Drucks der Sicherheitsbehörden, insbesondere der Polizei, bewegen sich die Konzertaktivitäten 2016 weiterhin auf niedrigem Niveau. Erneut konnten nur zwei Konzerte durchgeführt werden. Fünf (+ 3) Konzerte wurden im Vorfeld verhindert. Zusätzlich fanden sechs (+ 6) Liederabende statt. Die Produktion neuer Tonträger liegt unverändert bei 12, darunter drei „Rereleases“.



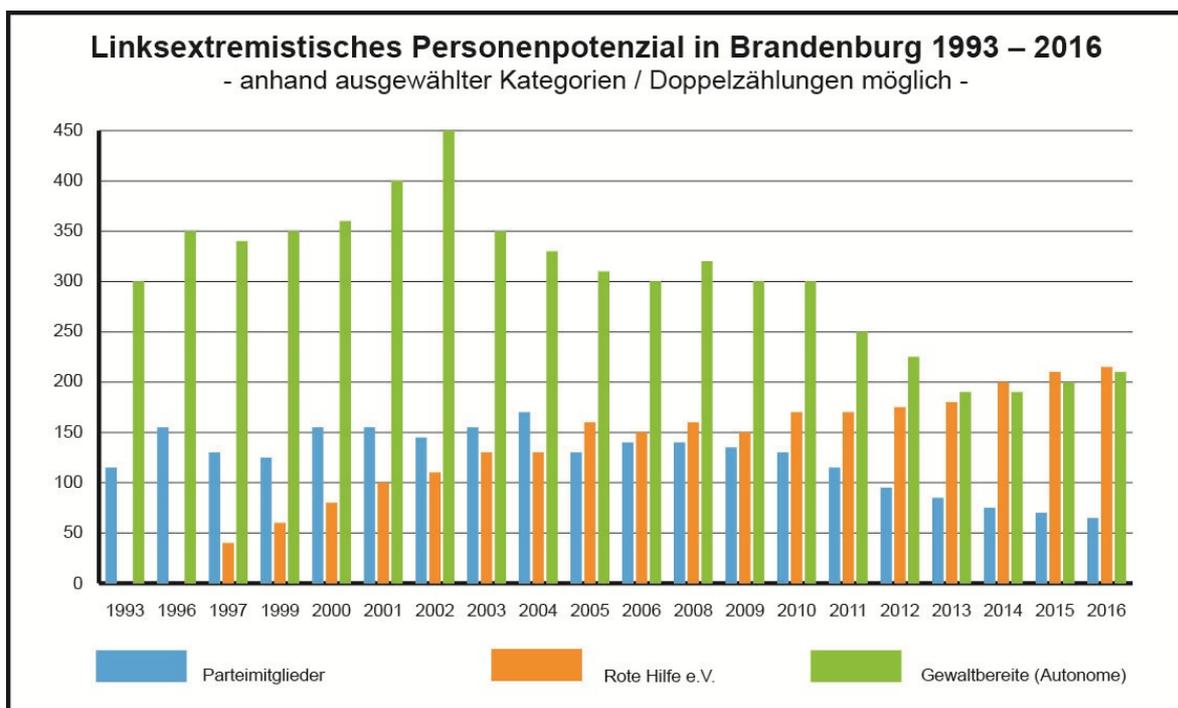
Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die Zahl verfassungsschutzrelevanter „Reichsbürger und Selbstverwalter“ hat auf 440 (+140) zugenommen.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Im Linksextremismus ist das Personenpotenzial leicht auf 500 (+ 10) gestiegen. Jedoch haben sich die Verschiebungen innerhalb der Szene fortgesetzt.

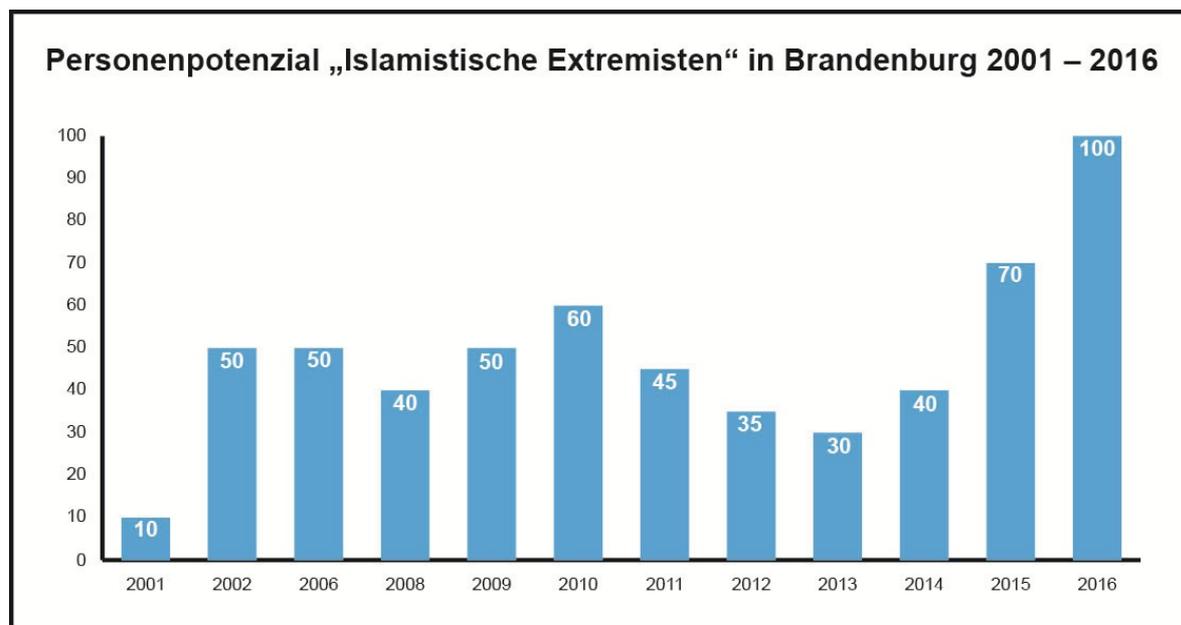


Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die Zahl gewaltbereiter Autonome hat erneut auf jetzt 210 (+ 10) zugelegt. Das ist der höchste Wert seit 2012. Offenbar ist hier eine Trendwende zu beobachten. Seit Januar 2016 ist zusätzlich eine neue Qualität linksextremistischer Gewalt erkennbar. Beispielsweise haben die Entwicklungen in den

einzelnen Potsdamer Hausprojekten zu einer Radikalisierung der Szene beigetragen. Mit Hilfe von Demonstrations- und Blockadetrainings hat sich die Szene nach und nach professionalisiert. Die „Rote Hilfe“ unterstützt dabei mit Rechtsberatung. Damit wächst die Gefahr, dass in den Rückzugsräumen zunehmend Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geplant werden. In 13 (+ 3) Kommunen beziehungsweise Regionen sind Autonome aktiv. Erneut gewachsen ist die „Rote Hilfe e.V.“ Sie zählt rund 215 (+ 5) Mitglieder. Das ist die höchste jemals in Brandenburg festgestellte Mitgliederzahl. Innerhalb des Linksextremismus behauptet sie ihre Rolle als übergreifende, zwischen allen Strömungen vermittelnde Konsensorganisation und kümmert sich unter anderem um Rechtsbeistand für politisch-motivierte Straftäter. Auf nur noch 55 (- 5) Mitglieder bringt es die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP). Ihre Reststrukturen werden weiter zerfallen.

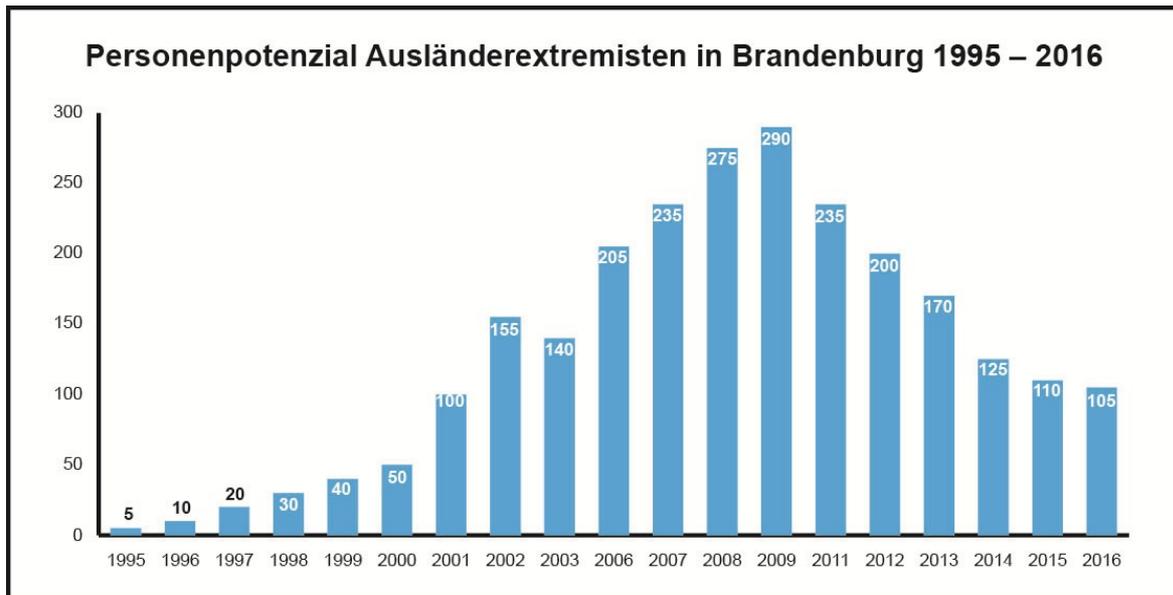
Für den Bereich islamistischer Extremismus gibt der Verfassungsschutzbericht 100 (+ 30) Personen an. Unverändert werden rund zehn islamistische Extremisten als Gefährder eingestuft. Darüber hinaus liegen Erkenntnisse vor, dass Einzelpersonen von Brandenburg aus in Richtung Syrien ausgereist sind, wahrscheinlich um an Kampfhandlungen teilzunehmen. Der rapide Anstieg des islamistischen Personenpotenzials ist unter anderem auf die verbesserte Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. In immer kürzeren Abständen gehen Hinweise auf potenzielle Islamisten bei den Sicherheitsbehörden ein. Meist sind es Einzelhinweise ohne Bezug zu einem Netzwerk, weshalb sie schwer zu verifizieren sind. Hinzu kommt die teilweise unübersichtliche Lage infolge verstärkter Migration. Nachhaltige Strukturen konnten nicht festgestellt werden, jedoch etablieren sich bestimmte personelle Netzwerke, welche auf Kennverhältnissen beruhen und über das Land streuen. Allerdings gibt es in Berlin islamistisch beeinflusste Einrichtungen. Diese dienen auch in Brandenburg lebenden Einzelpersonen als Anlaufpunkte.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Noch verfügen islamistische Extremisten in Brandenburg mehrheitlich über Bezüge zum „Kaukasus-Emirat“. Da sich dortige Gruppierungen teilweise dem terroristischen „Islamischen Staat“ (IS) unterstellt haben, ist damit eine hohe abstrakte Gefahr für Brandenburg verbunden. Islamistische Extremisten binden enorme personelle, materielle und finanzielle Ressourcen unserer Sicherheitsbehörden. Mit einem weiteren Anstieg dieses Personenpotenzials muss gerechnet werden. Denn unsere

Sicherheitsbehörden gewinnen ständig neue Erkenntnisse. Ebenso ist immer noch nicht absehbar, wie viele Extremisten und Terroristen den Flüchtlingsstrom ab September 2015 genutzt haben, um nach Deutschland zu gelangen. Dass sie diesen Strom genutzt haben, ist aber klar. Unklar ist ebenso, wie viele der bei uns Schutz Suchenden erst hier zu Extremisten oder Terroristen werden.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Das größte Personenpotenzial im Bereich Ausländerextremismus weist in Brandenburg unverändert die bundesweit mit einem Betätigungsverbot belegte „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) auf. Ende 2016 wurden ihr nur rund 85 (- 10) Personen zugerechnet.

Neben der Beobachtung extremistischer Bestrebungen wirkt der Verfassungsschutz an Zuverlässigkeitsüberprüfungen mit. Besonders hier zeigt sich der wichtige Service-Charakter der Behörde. Sie sammelt Daten über Extremisten, um zu verhindern, dass solche Personen beispielsweise beruflichen Zugang zum Sicherheitsbereich von Flughäfen erlangen. 2016 gingen insgesamt 5.004 (- 54) entsprechende Anfragen ein: davon 3.565 gemäß Luftsicherheitsgesetz, 49 gemäß Atomgesetz, 240 gemäß Sprengstoffgesetz und 1.150 auf der Grundlage der Bewachungsverordnung. Sollte der Neubau des Flughafens Berlin-Brandenburg wirklich mal abgeschlossen sein und Tegel parallel dazu schließen, werden die wichtigen Zuverlässigkeitsüberprüfungen gemäß Luftsicherheitsgesetz ausschließlich vom brandenburgischen Verfassungsschutz durchgeführt, was eine erhebliche Zusatzbelastung darstellen wird. Der Verfassungsschutz wirkt ebenfalls als Sicherheitsdienstleister an den personalintensiven Sicherheitsüberprüfungen mit, die Mitarbeiter von etwa 20 Behörden (unter anderem: Polizei, Staatskanzlei und Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften) betreffen. 312 (+ 190) Sicherheitsüberprüfungen waren es 2016.

Informationsangebote des Verfassungsschutzes waren 2016 erneut stark nachgefragt. In 102 (+ 38) Veranstaltungen wurden Vorträge gehalten. Rund 4.000 (+ 1.500) Bürger nahmen teil. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 968 mit 35.400 Zuhörern. Aufgrund des großen Beratungsbedarfs vieler Behörden zum Thema "Reichsbürger" bot der Verfassungsschutz 28 Vorträge dazu 2016 mit an. Insgesamt 1.200 Interessierte, überwiegend Mitarbeiter von Behörden, nahmen daran teil. Ebenso wirkte der Verfassungsschutz an dem Ende 2015 veröffentlichten Handbuch „Reichsbürger“ mit. Mit einer aktualisierten Neuauflage ist im Laufe des Jahres 2017 zu rechnen. In

Erfurt fand 2016 zudem die gemeinsame Fachtagung der Verfassungsschutzbehörden Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen unter dem Titel „Migration und Sicherheit – Wie Extremisten Flüchtlingsbewegungen zu instrumentalisieren versuchen“ statt.

Zusammenfassend stellt sich die Lage für das Land, seine Bürger, die Sicherheit und den Verfassungsschutz so dar:

- dritthöchster Stand rechtsextremistischer Gewalt seit Bestehen des Landes, und höchster Stand seit 1993;
- höchster Stand gewaltbereiter Rechtsextremisten seit 2006;
- höchster Stand von Neonationalsozialisten in der Geschichte des Landes;
- höchster Stand des rechtsextremistischen Personenpotenzials seit 2000;
- höchster Stand von Mitgliedern rechtsextremistischer Parteien seit 2010;
- höchster Stand islamistischer Extremisten seit Bestehen des Landes;
- höchster Stand linksextremistischer Gewalt seit Bestehen des Landes;
- erneutes Anwachsen gewaltbereiter Linksextremisten;
- höchster Stand von Mitgliedern der linksextremistischen „Roten Hilfe“ seit Bestehen des Landes;
- weiterhin niedrigste Zahl von Verfassungsschützern seit knapp 20 Jahren;
- Untersuchungsausschuss als zusätzliche, wenn auch notwendige Belastung.

1. Aufgaben, Befugnisse und Kontrolle des Verfassungsschutzes

Zu den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gehören nach der Definition des Bundesverfassungsgerichts die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrparteienprinzip, die Chancengleichheit aller politischen Parteien und das Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition. Ohne die Achtung dieser Prinzipien ist eine Demokratie nicht möglich. Um diese zu schützen, sammelt der Verfassungsschutz Informationen über Bestrebungen, die gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung gerichtet sind. Er wertet sie aus und unterrichtet zuständige Stellen. In unserer Demokratie zählen dazu die Bevölkerung, die Landesregierung, die öffentliche Verwaltung, die Polizei und viele andere. Auf diesem Wege über verfassungsfeindliche Bestrebungen zu informieren, ist daher eine zentrale Aufgabe des Verfassungsschutzes. Denn der beste Schutz der Verfassung ist der informierte Bürger.

Am 31. Dezember 2016 hatte der brandenburgische Verfassungsschutz im Ministerium des Innern und für Kommunales 90² Mitarbeiter (2015: 90). An Sachmitteln standen der Verfassungsschutzbehörde im Haushaltsjahr 2016 insgesamt 1.258.190 Euro zur Verfügung. Davon wurden 1.258.176 Euro verausgabt.

Der Verfassungsschutz ist der Inlandsnachrichtendienst Deutschlands. Diese Aufgabe fällt sowohl in die Zuständigkeit des Bundes als auch der Länder. Anders als die Polizei hat der Verfassungsschutz keine exekutiven Befugnisse. Kein Verfassungsschützer darf Wohnungen durchsuchen, Personen festnehmen oder Zeugen vernehmen. Verfassungsschützer sind unbewaffnet und tragen keine Uniform. Im demokratischen Rechtsstaat wachen parlamentarische Gremien über alle Aktivitäten des Verfassungsschutzes. Im Landtag Brandenburg sind das die „Parlamentarische Kontrollkommission“ (PKK) und die „G 10-Kommission“. Die PKK ist von der Landesregierung unter anderem umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten (§ 25 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Die „Parlamentarische Kontrollkommission“ kann von der Landesregierung alle für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte, Unterlagen, Akten- und Dateneinsicht, Stellungnahmen und Zutritt zur Verfassungsschutzbehörde verlangen. Bei besonderem Aufklärungsbedarf können Bedienstete mit Zustimmung des Innenministers zum Sachverhalt befragt werden. Darüber hinaus wird die PKK regelmäßig ohne Aufforderung nach § 7 Absatz 3 in Verbindung mit Absatz 4 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz über Quellen und Observationen sowie in anonymisierter Form über Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses informiert. Der Landtag beschließt über Größe und Zusammensetzung der Parlamentarischen Kontrollkommission. Sie soll nicht mehr als neun Mitglieder haben. Hierbei muss die parlamentarische Opposition angemessen vertreten sein (§ 24 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Das Gremium tritt in der Regel alle zwei Monate zusammen, Beratungen erfolgen in geheimer Sitzung.

Beschränkungen des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses werden durch die vom Landtag gewählte „G 10-Kommission“ vor ihrer Durchführung auf ihre Zulässigkeit und Notwendigkeit überprüft. Anordnungen, welche die „G 10-Kommission“ für unzulässig oder nicht notwendig erachtet, hat das Innenministerium unverzüglich einzustellen. Die Kontrollbefugnis erstreckt sich auf die gesamte Erhebung, Verarbeitung und Nutzung der nach dem „Artikel 10-Gesetz“ erlangten personenbezogenen Daten. Die „G 10-Kommission“ besteht aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt

² Die Zahl umfasst auch Teilzeitbeschäftigte. Wie in den vorangegangenen Berichten werden einzelne Abordnungsplätze nicht ausgewiesen.

besitzen oder Diplomjurist sein muss, und zwei Beisitzern. Mitglieder der „G 10-Kommission“ sind in ihrer Amtsführung unabhängig und Weisungen nicht unterworfen (§ 2 Abs. 3 Gesetz zur Ausführung des Artikel 10-Gesetzes).

Alle Bürger haben das Recht, ein Auskunftersuchen gemäß § 12 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz beim Verfassungsschutz zu stellen. Davon machten im Jahr 2016 insgesamt 194 (2015: 200) Personen Gebrauch.

Der Verfassungsschutz hält den Einsatz von menschlichen Quellen zur Erfüllung seines Auftrages für unabdingbar. Denn Quellen sind durch andere nachrichtendienstliche Mittel nicht zu ersetzen. Im Bereich des Rechtsextremismus haben Quellen maßgeblich dazu beigetragen, dass die jeweiligen brandenburgischen Innenminister bislang acht Vereinsverbote erlassen konnten. Mit solchen Verboten wird die Ausbreitung extremistischer Ideologien maßgeblich unterbunden. Ebenso trägt der Quelleneinsatz zur Aufklärung politisch motivierter Kriminalität bei. Dies gilt beispielsweise für die Eindämmung rechtsextremistischer Hasskonzerte. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Quellen ist im Verfassungsschutzgesetz des Landes Brandenburg und insbesondere detailliert in der „Dienstweisung Beschaffung“ geregelt. Festgelegt sind Mindeststandards bei der Werbung von Quellen als auch bei der Informationserhebung durch Quellen.

2. Rechtsextremismus

Rechtsextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg		
	2015	2016
subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten	470	530
Neonationalsozialisten	450	505
NPD	290	300
DER DRITTE WEG	25	30
DIE RECHTE	25	25
sonstige rechtsextremistische Organisationen	60	105
gesamt	1.320	1.495
Mehrfachmitgliedschaften	90	100
Personenpotenzial (nach Abzug der Mehrfachzählungen)	1.230	1.390

Seit dem Jahr 2015 ist eine deutliche Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg festzustellen. Dies ist unter anderem an dem rasanten Anstieg des rechtsextremistischen Personenpotenzials auf 1.390 (2015: 1.230) erkennbar. Seit dem Jahr 2000 war die Zahl der Rechtsextremisten in Brandenburg nicht mehr so hoch. Besonders starken Zulauf verzeichnen derzeit subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten (+50) und Neonationalsozialisten (+55). Die Anti-Asyl-Thematik erwies sich als geeignet, sowohl junge „Asylgegner“ an die Szene heranzuführen als auch gestandene „Alt-Nazis“, die ihre politische Sozialisierung während der Flüchtlingskrise zu Beginn der neunziger Jahre erfuhren, wieder zu reaktivieren. Zugleich ist ein Anstieg der Gewaltstraftaten im Bereich „politisch-motivierter Kriminalität – rechts“ festzustellen. Insgesamt 167 Fälle sind bekannt geworden (2015: 129). Das ist der höchste Stand seit 1993 und eine Zunahme gegenüber 2015 von 25 Prozent. Im Vergleich zum Jahr 2011, in dem mit 36 Gewaltstraftaten der niedrigste Wert in der Geschichte des Landes Brandenburg verzeichnet wurde, bedeutet dies eine Verfünffachung. Besonders die Stadt Cottbus mit 30 und der Landkreis Spree-Neiße mit 20 Gewaltstraftaten stechen hervor. Auch der Landkreis Ostprignitz-Ruppin (19) und Frankfurt (Oder) (13) fallen durch überdurchschnittlich hohe Deliktzahlen auf. Körperverletzungen machen den größten Anteil der Gewaltdelikte aus. Die Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene steht in einem direkten Zusammenhang mit der Verschärfung der Flüchtlingskrise in Europa. Die Agitation gegen Flüchtlinge und Asylsuchende war im Jahr 2016 der programmatische Dreh- und Angelpunkt der extremen Rechten. Die Anti-Asyl-Kampagne besteht dabei im Wesentlichen aus drei Bestandteilen: 1. Demonstrationen und Kundgebungen, 2. Übergriffe auf Flüchtlinge beziehungsweise Flüchtlingsunterkünfte und 3. Hetze im Internet.

Demonstrationen und Kundgebungen

Im Jahr 2016 wurden im Land Brandenburg 176 asylfeindliche Demonstrationen durchgeführt, was noch einmal einen Anstieg zum Vorjahr bedeutet. Insbesondere zu Beginn des Jahres gelang es der rechtsextremistischen Szene, regelmäßig mehrere hundert Teilnehmer zu asylfeindlichen Demonstrationen zu versammeln. Zwischen Januar und April 2016 fanden einschlägige Versammlungen in enger Taktung im ganzen Land statt. Ab Mai 2016 war das Demonstrationsgeschehen spürbar rückläufig. Die zahlreichen Kundgebungsformate, die sich an den Pegida-Demonstrationen in Dresden (Sachsen) orientierten, lockten zunehmend weniger Teilnehmer auf die Straße. Die Organisatoren resignierten zu großen Teilen und verzichteten in den letzten Monaten des Jahres teilweise ganz auf die Durchführung von Kundgebungen. Zu den größten asylfeindlichen Demonstrationen im Jahr 2016 zählte der „Abendappell der guten Hoffnung“ am

26. Februar 2016 in Oranienburg (OHV) mit 700 Teilnehmern und die Versammlung des „Bürgerbündnisses Havelland“ am 12. Januar 2016 in Rathenow (HVL) mit über 600 Teilnehmern. An beiden Veranstaltungen nahmen auch zahlreiche Rechtsextremisten teil.

Besorgniserregend sind insbesondere die Versuche von Rechtsextremisten, bürgerliche asylkritische Demonstrationen zu beeinflussen. Deutlich ist in den vergangenen zwei Jahren eine Erosion der Abgrenzung festzustellen. Scheinbar bestehen an immer weniger Orten Berührungspunkte zwischen Bürgerinitiativen, Rechtspopulisten und Rechtsextremisten. Grenzen verwischen zunehmend. Stillschweigende Kooperationen werden häufiger. Nur selten ist die Einflussnahme durch Rechtsextremisten augenscheinlich. Häufig wird aus der Deckung agiert. Für die Öffentlichkeit nicht sichtbar, kümmern sich Rechtsextremisten im Hintergrund um Logistik, Infrastruktur und Planung. Die fremdenfeindliche Weltsicht soll soweit wie möglich hinter der Fassade der „bürgerlichen“ Proteste verborgen bleiben. Die Szene hat schnell gemerkt, dass sie da, wo sie offen auftritt, deutlich weniger Protestpotenzial mobilisieren kann, als dort, wo sie im Hintergrund wirkt.

Übergriffe auf Flüchtlinge bzw. Flüchtlingsunterkünfte

Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlinge beziehungsweise auf Flüchtlingsunterkünfte stieg im Jahr 2016 noch einmal rasant an. Während im Jahr 2015 insgesamt 141 Straftaten festgestellt wurden, waren es im vergangenen Jahr 312 Fälle und somit mehr als eine Verdopplung. Besorgniserregend ist insbesondere, dass nicht nur die Quantität der Straftaten sprunghaft in die Höhe geschossen ist, sondern auch die Qualität. Gerade die Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte wie etwa in Jüterbog (TF), und Nauen (HVL) sind Beweis für die neue Qualität rechtsextremistisch motivierter Straftaten. Es gilt genau zu beobachten, ob die aktuelle Situation den Nährboden für einen neuen Rechtsterrorismus bilden könnte. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Gewalt gegen Asylbewerber und Anschläge gegen deren Unterkünfte auch in Zukunft signifikant abnehmen wird. Ebenfalls steht zu befürchten, dass die Konfrontationsgewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten durch die aktuelle Flüchtlingsdebatte weiter angefeuert wird.

Hetze im Internet

Rechtsextremisten nutzen die Möglichkeiten des Internets, um dort ihre menschenverachtende und rassistische Propaganda zu verbreiten. Bewusst werden hier Ängste und Neid geschürt. Insbesondere „Hasspostings“, die sich in allen sozialen Netzwerken breit machen, kommt hierbei eine besondere Bedeutung zu. Die Rolle des Internets bei der Radikalisierung, Mobilisierung und Rekrutierung der Szene kann nicht überschätzt werden. Die vermeintliche Anonymität des Internets befeuert viele Rechtsextremisten, gegen Flüchtlinge, Ausländer und Andersdenkende zu hetzen. Zudem werden Halbwahrheiten und bewusste Falschmeldungen („Fake News“) lanciert, die insbesondere kriminelle Handlungen von Flüchtlingen thematisieren. Nachweisbar sind viele dieser Meldungen erfunden oder übertrieben. Im Netz werden sie jedoch schnell geteilt und weiterverbreitet. Auf diese Weise werden Unwahrheiten verbreitet und Tatsachen verdreht. Besonders häufig werden vermeintliche Straftaten von Flüchtlingen geschildert und Auseinandersetzungen zwischen Asylbewerbern als Beleg für deren Gewalttätigkeit herangezogen. Ziel der „Fake News“ ist, die Flüchtlinge pauschal als kriminelle Gewaltverbrecher darzustellen und zu diskreditieren. Zugleich versuchen die Urheber, zum Beispiel durch manipulierte Bilder von Flüchtlingen mit Luxusartikeln, Sozialneid zu schüren. Die Asylbewerber werden als begünstigte Sozialschmarotzer dargestellt, denen es an Dankbarkeit und Wertschätzung fehle. Nicht selten wird der tatsächliche Urheber der „Fake News“ verschleiert. Die erfundenen „Nachrichten“ werden auf diese Weise in großer Dynamik innerhalb der Szene verbreitet und befeuern den Ausländerhass. Auch die Nutzung von „Memes“ oder Videos verschafft der rechtsextremistischen

Szene einen großen Resonanzraum in der Welt der sozialen Netzwerke. Grundsätzlich ist eine zunehmende Verrohung der Sprache und der Bilder festzustellen. Immer häufiger wird im Internet offen und unverhohlen zu Gewalt gegen Ausländer, politisch Andersdenkende und „Staatsrepräsentanten“ aufgerufen. Die steigenden Zahlen der Gewaltstraftaten zeigen, dass dieser Verbalradikalismus immer häufiger in die reale Welt übertragen wird. Die lautstarken Agitatoren in den sozialen Netzwerken werden zu geistigen Brandstiftern und Impulsgebern für die Ausübung von schweren und schwersten Gewaltstraftaten.

2.1 Rechtsextremistische Parteien

Den rechtsextremistischen Parteien, von denen in Brandenburg im Jahr 2016 die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), „DIE RECHTE“ und „DER DRITTE WEG“ aktiv waren, gelang es bisher nicht, Profit aus der politischen Situation zu schlagen. Ihre Mitgliederzahlen blieben konstant oder nahmen lediglich unwesentlich zu. Die NPD, die sich einmal als Motor und Taktgeber der Anti-Asyl-Kampagne verstanden hat, wurde von der Entwicklung abgehängt. Rechtspopulisten haben der Partei schon lange den Rang abgelaufen. Der NPD fiel im Jahr 2016 eher die Funktion des begleitenden Kommentators zu als die des Meinungsführers. Bei „DIE RECHTE“ sah es sogar noch finsterner aus. Lange erhoffte man sich, ein Auffangbecken für NPD-Anhänger zu werden, die dem Parteiverbot durch das Bundesverfassungsgericht zuvor kommen wollten. Dieser Wunsch erfüllte sich nicht. Nach ewigen Streitereien um die Führung des Landesverbandes steht die Partei in Brandenburg vor einem Scherbenhaufen. Der Landesverband ist de facto inaktiv. Lediglich ein einzelner Kreisverband hält die Parteistandarte mehr schlecht als recht hoch. Auch „DER DRITTE WEG“, der erst im April 2015 seinen ersten Stützpunkt im Land Brandenburg gründete, konnte nicht richtig Fahrt aufnehmen. Zwar existieren mittlerweile drei Stützpunkte in Brandenburg. Der Partei gelang es bisher jedoch nicht, die Führungsrolle in der rechtsextremistischen Szene zu übernehmen, die sie sich selbst zuspricht. Dies liegt unter anderem daran, dass die Partei bislang mit ihrer Strategie scheiterte, bei den Mitgliedern auf „Klasse“ statt auf „Masse“ zu setzen. Auch „DER DRITTE WEG“ musste erkennen, dass die gewünschte „Klasse“ in der rechtsextremistischen Szene in Brandenburg eher Mangelware ist. Dennoch ist dem „DRITTEN Weg“ von allen in Brandenburg vertretenden rechtsextremistischen Parteien am meisten Potenzial zuzugestehen.

2.2 NPD und JN

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands wurde 1964 mit dem Ziel gegründet, national-konservative Strömungen zu bündeln. 1969 scheiterte sie mit 4,3 Prozent am Einzug in den Bundestag. Sie verfügte zu diesem Zeitpunkt über fast 30.000 Mitglieder und war in sieben Länderparlamenten vertreten. Die Wahlniederlage führte zu Streitigkeiten. Die Wahlergebnisse und Mitgliederzahlen brachen ein. 1972 verlor sie ihre letzten Landtagsmandate und versank für Jahrzehnte in der Bedeutungslosigkeit.

Die ursprünglich eher kleinbürgerlich-deutschnational ausgerichtete Partei erfuhr 1991 mit ihrem dritten Parteivorsitzenden Günther Deckert eine neue Orientierung. Vor allem revisionistische aber auch sozialrevolutionäre und ausländerfeindliche Themen machten die ursprüngliche Abgrenzung von Neonationalsozialisten brüchig. Während Deckert Mitte der 1990er Jahre eine mehrjährige Haftstrafe unter anderem wegen Volksverhetzung verbüßte, konnte der innerparteiliche Konkurrent Udo Voigt an die Spitze gelangen. Der heutige NPD-Europaabgeordnete leitete endgültig die Nazifizierung der Partei ein und öffnete die Partei gezielt für Neonationalsozialisten. Bis heute propagiert er die „Dreisäulenstrategie“ der NPD: „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Parlamente“ und „Kampf um die Straße“. Später kam die vierte Säule „Kampf um den organisierten Willen“ hinzu, was ein gemeinsames Antreten von NPD und Neonationalsozialisten bei Wahlen meint.

Nach 30 Jahren errang die Partei im Jahr 2004 wieder erste Mandate bei der Landtagswahl in Sachsen. Zehn Jahre später, 2014, scheiterte sie an der Fünfprozenthürde. In Mecklenburg-Vorpommern war sie von 2006 bis 2016 im Landtag vertreten. In zahlreichen Kommunalvertretungen hat die NPD bis heute Sitze.

Finanzskandale unter dem Vorsitz von Udo Voigt erschütterten die Partei grundlegend. Zwar nahm sie gerne an der Parteienfinanzierung des abgelehnten „Systems“ teil, fälschte aber die Parteibilanzen. Die Folgen der Strafzahlungen in Millionenhöhe führen zu einer anhaltend klammen Parteikasse.

Infolge des Finanzskandals konnte sich am 11. November 2011 auf dem Bundesparteitag in Neuruppin Holger Apfel in einer Kampfkandidatur mit seinem Leitmotiv des „seriösen Radikalismus“ gegen Udo Voigt durchsetzen. Die Partei sollte vor Ort als politische Kraft wahrgenommen werden, indem die bürgerlichen Kompetenzen der Partei gestärkt würden. Der in dieser Hinsicht erfolglose Apfel legte im Dezember 2013 alle Ämter und Mandate nieder und verließ die Partei. Grund für diesen Schritt waren Gerüchte und Vorwürfe hinsichtlich seiner sexuellen Orientierung, deren Wahrheitsgehalt nicht öffentlich geklärt wurde. Zweifler vermuteten eine Intrige.

Die Machtkämpfe und die versuchten Strategiewechsel in der Partei dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass in der NPD-Führung seit den 1990ern nie ein Paradigmenwechsel vollzogen wurde. Es wurde lediglich vermieden, die neonationalsozialistischen Konzepte zu offensichtlich in die Öffentlichkeit zu tragen, um sich für nationalkonservative Kreise als Wahlalternative anzubieten. Dies gelang bisher jedoch nicht, da die Partei nie ihr „Schmuddel-Image“ ablegen konnte. Daher fordern innerparteiliche Kritiker öffentlich, zu der radikaleren Linie zu stehen und sich nicht weichgespült zu geben.

Der Übergangsvorsitzende Udo Pastörs wurde im November 2014 auf dem Bundesparteitag in Weinheim (Baden-Württemberg) vom saarländischen NPD-Funktionär Frank Franz abgelöst. Dieser führt nun eine Partei, die unter einem rasanten Mitgliederschwund leidet (2011: 6.300, 2012: 6.000, 2013: 5.500, 2014: 5.200). Hinzu kommen die Neugründungen zweier Organisationen, die der NPD im

rechtsextremistischen Lager Konkurrenz machen. Im Mai 2012 wurde „DIE RECHTE“ vom bekannten Neonationalsozialisten Christian Worch ins Leben gerufen, während Ende September 2013 „DER DRITTE WEG“ in Rheinland Pfalz gegründet wurde. Für viele Neonationalsozialisten sind diese zwei Neugründungen anziehender als die NPD. Die NPD verliert ihr Monopol auf den legalen Schutzschirm, unter dem Kameradschaften hoffen, Vereinsverboten entgehen zu können.

Inzwischen ist auch ein Urteil zum zweiten NPD-Verbotsverfahren gefallen. Am 3. Dezember 2013 reichte der Bundesrat Antrag beim Bundesverfassungsgericht ein. Als wesentliche Verbotgründe wurden die verfassungswidrige Ideologie sowie ein aktiv-kämpferisches und aggressives Handeln der NPD angeführt. Die Materialsammlung belegt auf gut tausend Seiten die Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus, einhergehend mit der Relativierung nationalsozialistischen Unrechts und die antisemitische Haltung der Partei. Vorn an steht der ethnisch verwendete Volks- und Personenbegriff, der als Verstoß gegen die Menschenwürde zu werten ist:

„Ein Afrikaner, Asiate oder Orientale wird nie Deutscher werden können, weil die Verleihung bedruckten Papiers ja nicht die biologischen Erbanlagen verändert, die für die Ausprägung körperlicher, geistiger und seelischer Merkmale von Einzelmenschen und Völkern verantwortlich sind. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, egal, wie lange sie in Deutschland leben. Sie mutieren durch die Verleihung des Passes ja nicht zu Deutschen.“³

Das politische Handeln der NPD zielt darauf ab, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen und abzuschaffen. Aufgeführt werden Rechtsverstöße der Partei und ihrer führenden Mitglieder. Insgesamt wurden in dem zweiten NPD-Verfahren alle Vorkehrungen zur Sicherstellung eines rechtsstaatlichen Verfahrens getroffen. Schon das Erreichen des Hauptverfahrens ist als Erfolg der Sicherheitsbehörden zu werten.

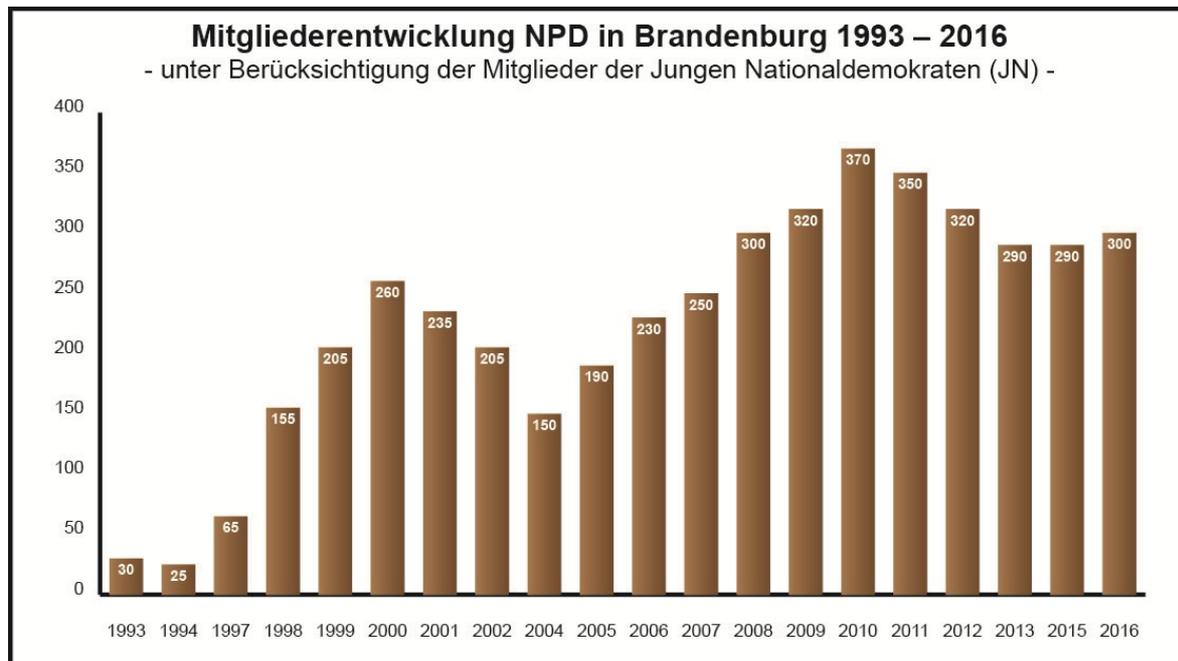
Das Bundesverfassungsgericht hat im Verbotsverfahren gegen die NPD am 17. Januar 2017 den Verbotantrag als unbegründet abgewiesen. Nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts vertritt die NPD zwar ein auf die Beseitigung der bestehenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politisches Konzept. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Ihr politisches Konzept missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet auch planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin. Allerdings fehlt es (derzeit) an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.

NPD im Land Brandenburg

In Brandenburg gründete sich 2003 ein eigener Landesverband der NPD, der zuvor gemeinsam mit Berlin bestand. Nach dem Einzug der NPD in die Landtage von Sachsen (2004) sowie Mecklenburg-Vorpommern (2006) und der Öffnung der Partei für Neonationalsozialisten entsprechend Voigts Dreisäulenstrategie stieg 2010 die Mitgliederzahl der NPD in Brandenburg auf ihren Höchststand von 370. Insbesondere die Säule „Kampf um die Straße“ war attraktiv für Neonationalsozialisten. Entsprechend traten Aktivisten aus den verbotenen Organisationen „Nationalistische Front“ (NF), „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und „Heimatreue Deutsche Jugend“ (HDJ) bei. Der Eintritt

³ Argumentationsbroschüre des NPD-Parteivorstands, 2012

der vom Verbot bedrohten Organisation „Die Nationalen“ um den Neonationalsozialisten Frank Schwerdt brachte dem Landesverband damals einen spürbaren Zuwachs.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Das Scheitern bei der Landtagswahl 2009 zeigt, dass es der NPD in Brandenburg weniger gut gelang, die „Freien Kräfte“ einzubeziehen. Obwohl einige neonationalsozialistische „Freie Kräfte“ zur Kooperation mit der NPD bereit waren, lehnten andere die Partei ab, da sie durch ihr politisches Handeln selbst als Teil des verhassten Systems aufträte. Diese Auffassung vertrat etwa die rechtskräftig verbotene Gruppierung „Widerstand Südbrandenburg“ (auch als „Spreelichter“ oder „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ bekannt). Funktionierende Schnittmengen zwischen der NPD und den Neonationalsozialisten fanden und finden sich in den Kreisverbänden Havel-Nuthe, Prignitz-Ruppin, Oberhavel und Dahmeland.

Die Schwäche des Landesverbandes samt seinem Vorstand stellt das größte Problem der NPD dar. Seit 2009 richtete die NPD immer weniger Veranstaltungen aus, für die sich der Landesverband in Brandenburg verantwortlich zeigte. Im Landtagswahlkampf wurde deutlich, wie wenig Personen landesweit öffentliches Engagement für die Partei zeigen. Es gibt nur wenige Ausnahmen: So führte der Landesverband Brandenburg am 25. Juni 2016 eine Kundgebungstour durch, wobei er von einigen Ortsverbänden unterstützt wurde. Am 24. September 2016 lud der brandenburgische Landesverband zu seinem Familienfest unter dem Motto „Märkischer Herbstanfang“ ein. Die Veranstaltung wurde behördlich untersagt und fiel ersatzlos aus.

Klaus Beier ist seit 2004 Vorsitzender des NPD-Landesverbandes Brandenburg und seit 2003 Vertreter der NPD im Kreistag Oder-Spree. Als Bundespressesprecher war er bis 2011 viele Jahre Funktionär auf Bundesebene. Mit dem Wechsel von Voigt auf Apfel verlor Beier vorübergehend sein Sprecheramt. Auf dem Bundesparteitag im November 2014 in Weinheim (Baden Württemberg) konnte er es zurückerringen.

Im Landesvorstand wird Beier von Thomas Salomon und Ronny Zasowk vertreten. Salomon ist gleichzeitig verantwortlich für die regionale vierteljährlich erscheinende Parteipublikation „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin und Brandenburg“. Zasowk, der zugleich Stadtverordneter in Cottbus ist, war bis zum Ausscheiden der NPD aus dem sächsischen Landtag im August 2014 in der dortigen Landtagsfraktion angestellt. 2014 ist er zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden.

Weitere brandenburgische NPD-Vorstandsmitglieder sind Aileen Rokohl (Vorsitzende des NPD-Kreisverbandes Barnim), die seit 2015 Landesschatzmeisterin ist. Michel Müller (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Havel-Nuthe) und Robert Wolinski sind für die Organisation im Landesverband zuständig. Benjamin Mertsch (Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Lausitz) trägt die Verantwortung für Kommunales. Florian Stein, der Pressesprecher des Landesverbandes, ist außerdem seit 2014 parlamentarischer Mitarbeiter des NPD-Europaabgeordneten Udo Voigt und Mitglied im Bundesvorstand der NPD.

Auf Bundesebene haben einige Vorstandsmitglieder einen vergleichsweise guten Stand. Dem nicht besonders erfolgreichen Landesverband hingegen fehlt jedoch die Tätigkeit und Energie ihrer auf Bundesebene aktiven Funktionäre. Die Organisationskraft der NPD in Brandenburg lebt von einigen Multifunktionären. Schon der Ausfall eines Aktivpostens kann zur Stagnation eines ganzen Kreisverbandes führen. Derzeit ist die Mitgliederzahl der NPD im Land Brandenburg mit rund 300 Mitgliedern nahezu unverändert (2015: 290).

Von der sowohl verdeckt als auch offen betriebenen Anti-Asylkampagne konnte die NPD hinsichtlich der Mitgliederzahlen im Jahr 2016 kaum profitieren. Der Trend, die Partei mit Anhängern neonationalsozialistischer Strukturen zu verstärken und zu verjüngen, stagniert.

Die NPD unterhielt im Jahr 2016 in Brandenburg die Kreisverbände: Dahmeland, Havel-Nuthe, Lausitz, Märkisch-Oderland, Prignitz-Ruppin, Oberhavel und Oderland. Der ehemalige Kreisverband Barnim-Uckermark spaltete sich am 1. Januar 2017 in die Kreisverbände Barnim und Uckermark auf. Damit erhöhte sich die Zahl der Kreisverbände in Brandenburg von ehemals acht auf neun.

Dazu kommt der im April 2014 gegründete Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (JN). Sowohl in den Kreisverbänden als auch bei den JN gehen die Aktivitäten von einigen wenigen Protagonisten aus. Der Landesverband der JN führte am 26. März 2016 einen Landeskongress durch, bei dem ein neuer Vorsitzender gewählt wurde. Der 25-jährige Vorsitzende erklärte auf der konstituierenden Sitzung des neuen Vorstandes: „Es gilt einen positiven Nationalismus, der die Vielfalt der einzelnen Völker erhalten will, in den sich anbahnenden gesellschaftlichen Paradigmenwechsel einfließen zu lassen. Junger Nationaldemokrat kann nur derjenige werden, der diese Notwendigkeit begreift und dem unsere weltanschaulichen Grundpfeiler immanent geworden sind.“⁴

Bei den Kommunalwahlen errang die NPD 49 Mandate im Land, davon sind jedoch nur noch knapp 40 besetzt. Beispielsweise trat ein Mandatsträger im Kreistag Havelland aus persönlichen Gründen zurück. Hier erfolgte die Nachbesetzung durch Maik Schneider, welcher zu diesem Zeitpunkt bereits der Stadtverordnetenversammlung Nauen (HVL) angehörte. Schneider wurde inzwischen unter anderem wegen eines Brandanschlages gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft im August 2015 zu insgesamt neuneinhalb Jahren verurteilt. Damit verliert er seine Sitze. Thomas Haberland, der jetzige Vorsitzende des Kreisverbandes Uckermark, verlor durch seinen Wegzug das Mandat der Stadtverordnetenversammlung Joachimsthal (BAR). Eine Nachbesetzung ist bisher nicht gelungen.

⁴ Homepage JN Bundesverband: „Zweiter ordentlicher Landeskongress der JN Brandenburg: Eine neue Führungsmannschaft für Brandenburgs nationalistische Jugend“, 30.03.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017).

Auch eine dritte Mandatsträgerin verzichtete Ende 2016 auf ihr Mandat in der Stadtverordnetenversammlung Fürstenberg (OHV). Auch für sie wurde bisher innerhalb der Partei kein Ersatz gefunden.

Der Landesverband sowie die Kreisverbände sind im Internet mit eigenen Webseiten vertreten. Wesentlich für die Partearbeit und die politischen Aktivitäten sind jedoch die Facebook-Auftritte des Landesverbandes, der Kreisverbände und einzelner Parteifunktionäre.

NPD-Kreisverbände

„Märkisch-Oderland“ (MOL)

Der Kreisverband umfasst den gleichnamigen Landkreis. Im Kreisverband existiert der Stadtverband Strausberg, in dem nur wenige Einzelmitglieder aktiv sind. Der Kreisverband verfügt über keinen eigenen Internetauftritt. Im Jahr 2016 waren keine nennenswerten Aktivitäten zu verzeichnen.

„Lausitz“ (SPN, OSL, EE, CB)

Der Kreisverband Lausitz besteht aus den Ortsbereichen Cottbus, Guben (SPN), Calau (OSL), Herzberg (EE) und Lauchhammer (OSL). Die Mitgliederzahl liegt wie in den Vorjahren bei 65. Er gehört zu den aktiveren Kreisverbänden der NPD in Brandenburg. Auf der Webseite werden interessierte „Landsleute“ vom ehemaligen Kreisverbandsvorsitzenden Zasowk begrüßt. „Die NPD steht auch hier in Südbrandenburg politisch für die Eckpfeiler unseres Denkens ein, die da wären: nationale Identität, nationale Souveränität und nationale Solidarität. Mit verschiedensten Aktivitäten wie Verteilaktionen, Infoständen, Kundgebungen, Demonstrationen, Redner- und Informationsveranstaltungen und kulturellen Veranstaltungen machen wir auf unser Wollen aufmerksam.“

Zum Kreisverband gehören die kreisfreie Stadt Cottbus sowie die Landkreise Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz und Elbe-Elster. Vorsitzender ist seit Dezember 2015 Benjamin Mertsch. Kommunalpolitisch ist die NPD in allen Landkreisen der Lausitz vertreten. Im Internet verfügt der Kreisverband über eine Webseite und einen Facebook-Auftritt. Wie bei den meisten NPD-Kreisverbänden dient Facebook als zentrales Kommunikationsmittel.

Inhaltlich befasst sich der Kreisverband mit der Flüchtlingspolitik und schürt Ängste vor „islamistischem Terror“⁵, „Asylströmen“ und „Ausländer-Krawallen“. Als Autor vieler Beiträge versucht Zasowk das Sicherheitsempfinden der Bürger für seine Zwecke zu beeinflussen. Er zeichnet Bilder einer überforderten Polizei, fordert Bürgerwehren und will „Bio-Deutsche“ durch Selbstverteidigungskurse, Pfefferspray und Waffen aufrüsten. Im Dezember 2016 verteilten Anhänger des Kreisverbandes nach Eigenangaben Abwehrrsprays an Frauen.⁶

Fast schon traditionell wurde auch im Jahr 2016 der Jahrestag der Bombardierung von Cottbus im 2. Weltkrieg thematisiert und zu einem Gedenkmarsch am 15. Februar 2016 aufgerufen. Zasowk formulierte hierzu: „Während nun schon seit Jahren immer wieder aufrechte Deutsche zusammen finden, um der Opfer der Bombardierung in Ruhe und Würde zu gedenken, missbrauchen Gutmenschen von allen etablierten Parteien bis hin zu den Gewerkschaften dieses Datum, um ihren nationalen Selbsthass offen zur Schau zu stellen.“⁷ An der von Zasowk für den NPD-Verband Lausitz

⁵Homepage NPD Lausitz: „Wie viel Terror braucht es, damit Deutschland reagiert?“, 18.01.2016

⁶Facebookseite NPD Lausitz, 18.12.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

⁷Homepage NPD Lausitz: „Gedenken der Bombardierung von Cottbus“, 26.01.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

angemeldeten Versammlung nahmen 47 Personen aus dem regionalen rechtsextremistischen Spektrum teil. An Gegenveranstaltungen nahmen hingegen rund 1.350 Personen teil.

Die einzelnen Ortsbereiche des Kreisverbandes Lausitz bemühen sich um regelmäßige Beiträge auf ihren Facebook-Auftritten. Der Ortsbereich Herzberg (EE) lädt zu politischen Stammtischen ein oder wirbt für eine Versammlung des Kreisverbandes Lausitz am 29. Oktober 2016 in Spremberg (SPN) und Cottbus mit dem Thema: „Asylflut stoppen! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!“ Am 3. Oktober 2016, dem Tag der Deutschen Einheit, berichten die Ortsbereiche Lauchhammer (LOS) und Herzberg über eine gemeinsam durchgeführte Mahnwache in Herzberg und Falkenberg (EE), um „auf die immer noch bestehenden Defizite der nationalen Souveränität Deutschlands aufmerksam zu machen“.⁸ Flugblätter mit der Schlagzeile „Asylflut in Südbrandenburg endlich stoppen“⁹ und dem Konterfei Mertschs sind zumindest in Falkenberg im Dezember 2016 verteilt worden. Der Ortsbereich Calau (OSL) berichtete über Informationsstände in Altdöbern (OSL) und Großräschen (OSL). Eingeladen wurde auch zu einer Versammlung am 9. Juli 2016 in Spremberg zum Thema: „Spremberg sagt NEIN zum Asylheim“.¹⁰ Auch der Ortsbereich Lauchhammer postete regelmäßig Einladungen zu politischen Stammtischen und stellte Berichte über Informationsstände ein, beispielsweise in Elsterwerda (EE). Die letzte Mahnwache des Jahres hielt er gemeinsam mit dem Ortsbereich Cottbus vor der Stadthalle in Cottbus Ende November 2016 ab. Des Weiteren führte er regelmäßig Infostände, Mahnwachen und Verteilaktionen im Stadtbereich Cottbus durch. Ähnlich verhält es sich mit dem Ortsbereich Guben (SPN). Hier versuchte man beispielsweise in Peitz (SPN) und Lieberose (LDS) sowie im Gubener Umland Bürger anzusprechen. Im Dezember 2016 wurden hier die „Lausitzstimme“ und in Elbe-Elster die „Elbe-Elster-Stimme“ verteilt.

„Oderland“ (Frankfurt (Oder), LOS)

Der Kreisverband Oderland erstreckt sich über Frankfurt (Oder) und den Landkreis Oder-Spree. Hierzu gehören die Stadtverbände Frankfurt (Oder) und Fürstenwalde (LOS) sowie die Ortsbereiche Scharmützelsee (LOS) und Schöneiche (LOS). Die Vorsitzende des Kreisverbandes ist Manuela Kokott, eine langjährige Parteifunktionärin, die bei der Bundestagswahl 2017 als Direktkandidatin antreten soll¹¹. Kokott und ihr Kreisverband beteiligten sich auch bei der bundesweiten Verteilaktion von CS-Gas im Dezember 2016. Mit der Aktion, die insbesondere junge deutsche Frauen ansprechen sollte, wollte man laut Selbstdarstellung „Deutschland ein Stück sicherer machen“. Tatsächlich geht es eher darum, Angst zu verbreiten und Wählerstimmen einzusammeln. Auf der Internetseite des Kreisverbandes Oderland wird dazu ausgeführt: „Jedoch reicht meist eine Armlänge Abstand nicht aus, um sich vor Zugriffen dieser ‚Kulturbereicherer‘ zu schützen. Wir haben mit unserer Aktion vielen jungen Frauen ein Stück Selbstvertrauen übergeben. Dieses System kann und will uns nicht schützen. Es ist an uns, für unsere Sicherheit selbst zu sorgen!“¹²

Kokott sitzt für die NPD in der Gemeindevertretung Spreenhagen (LOS). Anfang 2015 war sie aus dem Landesvorstand ausgetreten und treibt seitdem die regionale Vernetzung der Szene voran. Als Organisatorin und Rednerin gehört sie zu den treibenden Aktivistinnen in der Region. Auch über die Region des Kreisverbandes hinaus spricht sie auf Versammlungen und versucht mit den „Freien Kräften“ oder anderen Organisationen wie „DIE RECHTE“ oder „DER DRITTE WEG“ zu kooperieren.

⁸ Facebook-Seite NPD Herzberg, 03.10.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

⁹ Facebook-Seite NPD Herzberg, 23.11.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

¹⁰ Facebook-Seite NPD Calau, 28.06.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

¹¹ Homepage NPD Oderland, 31.01.2017 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

¹² Homepage NPD Oderland, 19.12.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

Auch Klaus Beier, der Landesvorsitzende der NPD Brandenburg, entstammt diesem Kreisverband und ist als Angehöriger des Kreistags im Landkreis Oder-Spree aktiv. Wie Kokott versucht er eine Angstwelle herbeizuschreiben, auf der er surfen kann. Auf der Internetseite des Kreisverbandes Oderland sprach er von dem „Katastrophenfall“: „Die NPD warnt seit Jahren vor der Asyl-Katastrophe und wurde dafür im Kreistag Oder-Spree nur abfällig belächelt. Die noch im April ausgerufenen gutmenschlichen Willkommenskultur im Kreistag zu Beeskow schwappt jetzt mit tausenden Fremden über das Oderland.“¹³

Facebook wird vom Kreisverband verwendet, um Flugblattverteilungen zu dokumentieren und auf Versammlungen aufmerksam zu machen. An einer Anti-Asyl-Versammlung am 20. Februar 2016 in Frankfurt (Oder) mit etwa 180 Teilnehmern nahmen auch Vertreter des NPD-Kreisverbandes teil. Am 30. April 2016 fand eine ähnliche Veranstaltung in Müncheberg (MOL) und Erkner (LOS) statt. Für die Veranstaltung warb ein Flyer, den die NPD gemeinsam mit „DIE RECHTE“ und der „Europäischen Aktion“ (EA) verantwortete. Der Flyer ruft zum Widerstand auf: „Oderland im Widerstand. Deutscher Deine Heimat ist in Gefahr. Wehrt Euch!“ Kokott war sowohl Anmelderin der Veranstaltung als auch Rednerin. Gemeinsam mit der Kleinpartei „DIE RECHTE“ initiierte der Kreisverband Oderland am 3. Oktober 2016 in Bad Freienwalde (MOL) eine Versammlung zum Thema „Kriminelle Ausländer raus“. Diese wurde vorher über Facebook mit dem Flyer „Bad Freienwalde wehrt sich“ beworben. Auch hier wird die NPD durch Kokott und Beier vertreten. Am Volkstrauertag gedachte der Kreisverband Oderland in Ketschendorf, Fürstenwalde und Halbe denen „die für ihren Glauben an unser Volk und unsere Zukunft gefallen sind“. Die Berichterstattung auf der eigenen Internetseite zeigt Kokott und Beier.¹⁴

„Dahmeland“ (LDS, TF)

Der wenig aktive Kreisverband umfasst die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming. Der Kreisverband gliedert sich mit seinen etwa 30 Mitgliedern in den Stadtverband Königs Wusterhausen (LDS) und den Regionalverband Teltow-Fläming sowie den Ortsbereich Schenkenländchen (LDS). Vorsitzender ist Benjamin Weise. Sein Vertreter ist der ehemalige Landesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten (JN), Pierre Dornbrach. Von diesem Kreisverband gehen keine bedeutsamen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten aus. Allenfalls sind die Jungen Nationaldemokraten (JN) im Landkreis wahrnehmbar. Im Mai 2016 wanderten sie zwischen Jüterbog und Luckenwalde (beide TF), unter anderem durch ein ehemaliges militärisches Übungsgelände. Hier standen die „Bunkeranlagen des ehemaligen Luftstützpunktes der Wehrmacht“¹⁵ im Mittelpunkt ihres Interesses. Selbst die netzwerkende Unterstützung von vorgeblich bürgerlichen Initiativen wie „Nein zum Heim“ in Ludwigsfelde, Luckenwalde oder Wünsdorf (alle TF) führte nicht zu Kundgebungen oder anderen wahrnehmbaren Aktionen im Landkreis. Der Internet-Auftritt des Kreisverbandes beschränkt sich auf die Facebook-Seite „NPD in Teltow-Fläming“. Eigene Aktivitäten lassen sich auch hier nicht finden. Ähnlich passiv verhält sich der Kreisverband auf der brandenburgischen NPD-Internetseite.

„Havel-Nuthe“ (HVL, Potsdam, PM, Brandenburg a. d. H.)

Der Verband besteht aus den Stadtverbänden Brandenburg a.d.H., Nauen (HVL), Rathenow (HVL), Potsdam sowie Bad Belzig (PM) und deckt geografisch die Landkreise Havelland, Potsdam-Mittelmark sowie die kreisfreien Städte Potsdam und Brandenburg an der Havel ab. Der Kreisvorsitzende Michel Müller wurde Anfang des Jahres 2016 auf der Jahreshauptversammlung in seinem Amt bestätigt. Er ist zugleich auch Beisitzer im Bundesvorstand. Der Facebook-Auftritt „NPD Havel-Nuthe“ beschränkt sich

¹³ Facebook-Seite NPD Oderland, 01.02.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

¹⁴ Homepage NPD Oderland: „Volkstrauertag im Oderland“, 13.11.2016 (letzter Zugriff am 30.05.2017)

¹⁵ Homepage JN Bundesverband: „Gemeinschaft statt Vollsuff“, 09.05.2016 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

hauptsächlich darauf, Beiträge des Landesverbandes und anderer Kreisverbände zu teilen. Eigene Aktivitäten lassen sich kaum erkennen.

Rege Unterstützung durch den Kreisverband erfährt insbesondere das „Bürgerbündnis gegen die Islamisierung des Havellandes“ in Rathenow (HVL). Für deren Kundgebungen am 12. Januar 2016 und am 5. März 2016 rührte die NPD kräftig die Werbetrommel. Ende Januar wurde auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes darüber berichtet, dass der NPD-Stadtverordnete Maik Schneider in der Stadtverordnetenversammlung Anfragen zum Thema Asyl einreichte. Wiederholt fiel er durch seine Hetze gegen Asylbewerber beziehungsweise gegen den Bau von Flüchtlingsunterkünften auf. Ende des Jahres 2016 stand er neben fünf weiteren Angeklagten vor dem Landgericht Potsdam. Hauptanklagegrund war der Brandanschlag auf eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Nauen (HVL), der bundesweite Beachtung fand. Die Turnhalle brannte komplett aus und hinterließ einen Millionenschaden. Schneider räumte zwar die Tat ein, erklärte jedoch gleichzeitig, dass er lediglich ein Zeichen setzen und die Halle nur einrußen wollte. Neben diesem Hauptanklagepunkt wurden weitere Delikte verhandelt. So hat die Gruppe um Schneider ein Auto eines polnischen Bürgers in Brand gesetzt und immer wieder ein Büro der Partei „Die Linke“ mit Farbbeuteln attackiert. Sowohl Schneider, der der Verfassungsschutzbehörde seit 2006 bekannt ist, als auch einige weitere Angeklagte blicken auf eine lange kriminelle Karriere und tiefe Verwurzelung in der rechtsextremistischen Szene zurück. So stand ein Mitangeklagter bereits 2005 wegen Gründung und Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung vor Gericht. Diese Gruppe – das Freikorps Havelland – verübte Brandanschläge gegen Ausländer und deren Geschäfte. Maik Schneider wurde zu einer Gesamtstrafe von neun Jahren und sechs Monaten verurteilt, davon für die Brandstiftung und die Sachbeschädigung acht Jahre, dazu ein Jahr und sechs Monate für Nötigung und Hakenkreuzschmierereien. Dennis W. wurde zu sieben Jahren für Brandstiftung und Sachbeschädigung, Christopher L. zu zwei Jahren auf Bewährung wegen Beihilfe zur Brandstiftung und Sachbeschädigung, Christian B. zu einem Jahr und sechs Monaten auf Bewährung wegen Beihilfe zur Brandstiftung, Sebastian F. zu einem Jahr und drei Monaten auf Bewährung wegen Beihilfe zur Brandstiftung und Thomas E. zu acht Monaten auf Bewährung wegen Sachbeschädigung verurteilt.

Die Art und Weise, wie sich die brandenburgische NPD mit der Tat auseinandersetzt, ist typisch für sie. Sie reagierte erst auf das Urteil und schloss Schneider kurzer Hand aus der Partei aus. Auf ihrer Internetpräsenz erklärte sie: „Maik Scheider ist kein Mitglied der NPD [...] Gegen jede weitere Falschdarstellung dieses Sachverhalts wird die Brandenburger NPD juristisch vorgehen.“¹⁶

Bei der Landratswahl am 10. April 2016 trat im Landkreis Havelland NPD-Mann Frank Kittler an. Er fand Unterstützung in seinem Kreisverband durch das Aufhängen und Verteilen von Plakaten und Flugblättern. Im Ergebnis erreichte er 1,4 Prozent der Wählerstimmen.

Am 20. Februar 2016 organisierte die NPD in Bad Belzig und Brück (beide PM) gemeinsam mit „Freien Kräften“ unter dem Motto „Überfremdung? Nein Danke! – Bad Belzig und Brück wehrt sich“ eine Kundgebung. Auch hier waren Manuela Kokott und André Schär aktiv daran beteiligt.

André Schär kandidierte am 25. September 2016 zur Bürgermeisterwahl in Bad Belzig (PM). Der Stadtverband verteilte Flyer und informierte auf Facebook über Wahlkampfaktivitäten. Im Juli 2016 postet die NPD Potsdam-Mittelmark auf ihrer Facebook-Seite: „Oberster Bezugspunkt nationaldemokratischer Politik ist die Verantwortung für Überleben und Fortbestand des deutschen Volkes in seinem angestammten mitteleuropäischen Lebensraum. In Übereinstimmung mit den

¹⁶ Homepage NPD Brandenburg: „Maik Schneider ist kein Mitglied der NPD“, 10.02.2017 (letzter Zugriff am 16.05.2017)

Vorgaben der UN-Charta lehnen wir die Massenzuwanderung und die Veränderung der ethnischen Mehrheiten in den urbanen Ballungsräumen unseres Landes als Anschlag auf die Integrität und Identität unseres Volkes konsequent ab.“ Bebildert wird der Post mit einem Plakat: „Wenn eine Regierung ihr Volk austauschen will, muss das Volk die Regierung austauschen!“¹⁷ Mit immerhin 5,5 Prozent der Wählerstimmen gehörte Schär aber zu den deutlich abgeschlagenen Kandidaten.

Der Stadtverband beteiligte sich ebenfalls an der bundesweiten NPD-Aktion vom Dezember 2016 und verteilte in Bad Belzig (PM) und Umgebung CS-Gas an Frauen.

Die Facebook-Profile „NPD Brieselang“ und „NPD Potsdam“ werden zwar gepflegt, lassen aber keine nennenswerten Aktivitäten erkennen. Der Stadtverband Potsdam versucht Präsenz in der Landeshauptstadt zu zeigen. Laut Eigenangaben konnte Anfang März 2016 ein neuer Vorstand gewählt werden. Jedoch blieb es für den Rest des Jahres aufgrund fehlender aktiver Mitglieder still.

„Prignitz-Ruppin“ (PR, OPR)

Der 2015 aktivierte Kreisverband der NPD Prignitz-Ruppin erstreckt sich über die Landkreise Prignitz sowie Ostprignitz-Ruppin und unterhält einen Stadtverband Neuruppin (OPR). Kreisverbandsvorsitzender ist Peter Börs. Sowohl der Facebook-Auftritt des Kreisverbandes als auch dessen Homepage lassen sehr wenig nennenswerte eigene Aktivitäten erkennen. Der Stadtverband Neuruppin ist regsamer und postet regelmäßig auf seinem Facebook-Auftritt.

Die Partei arbeitet vor Ort mit regionalen „Freien Kräften“ zusammen. Der Stadtverband Neuruppin (OPR) mobilisiert auch für Veranstaltungen, die von den „Freien Kräften“ organisiert werden. Beispiele hierfür sind die Versammlungen in Glöwen (PR) und Rheinsberg (OPR). An der Kundgebungsreihe „Friedlich ist nicht wer schweigt, sondern wer das Unrecht beim Namen nennt!“ nahmen am 6. Februar 2016 etwa 110 Personen teil, darunter die „Freien Kräfte Neuruppin“ und die „Freien Kräfte Prignitz“. Aber auch der Kreisverband Oderland mit Manuela Kokott an der Spitze schloss sich an.¹⁸ Anlass war die Sexualstraftat eines jugendlichen Asylbewerbers, die bis zum Herbst 2016 regelmäßig vom Kreisverband aufgegriffen wurde.

Der Kreisverband Prignitz-Ruppin führte einige Aktionen gemeinsam mit dem Kreisverband Havel-Nuthe durch, darunter Flugblattaktionen. Er unterstützte auch Frank Kittler, den Landratskandidaten der NPD im Landkreis Havelland. Ebenso nahm man an den Gedenkveranstaltungen am 4. März 2016 in Rathenow (HVL) beziehungsweise am 20. April 2016 am „Gefallenendenkmal“ in Nauen (HVL) teil.

Auch überregional ist der Stadtverband Neuruppin (OPR) aktiv. So berichtet er über die Teilnahme an einem „Trauermarsch“ in Dresden¹⁹, um den Bombenopfern vom Februar 1945 zu gedenken. In Plauen (Sachsen) nahm die NPD am 1. Mai 2016 an einer Kundgebung teil. Ebenfalls reihte man sich in den revisionistischen Aufmarsch am Volkstrauertag in Wunsiedel (Bayern) ein, den die Konkurrenzpartei „DER DRITTE WEG“ organisierte.

Auch in Neuruppin (OPR) und in Wusterhausen (OPR) gab es im Dezember 2016 Verteilaktionen von CS-Gas im Rahmen der bundesweiten NPD-Kampagne „Deutschland ein Stück sicherer machen“.²⁰

¹⁷ Facebook-Seite NPD Potsdam-Mittelmark, 17.07.2016 (letzter Zugriff am 15.05.2017)

¹⁸ Facebook-Seite NPD Oderland, 09.02.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017),

¹⁹ Facebook-Seite NPD Neuruppin, 13.02.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017),

²⁰ Facebook-Seite NPD Neuruppin, 30.12.2016 (letzter Zugriff 07.02.2017)

„Barnim-Uckermark „(BAR, UM)

Für die Landkreise Barnim und Uckermark bestand bis Ende des Jahres 2016 ein gemeinsamer Kreisverband. Die Vorsitzende Aileen Rokohl sitzt als Schatzmeisterin im Landesvorstand und vertritt die Partei in der Stadtverordnetenversammlung Bernau (BAR). Darüber hinaus ist sie in der Bundesgeschäftsstelle der NPD in Berlin beschäftigt. Vom Stadtverband Bernau gehen im Gegensatz zum Stadtverband Joachimstal (BAR) einige Aktivitäten aus.

Am 5. März 2016 führte die NPD in Templin (UM) eine Kundgebung: „Asylflut stoppen - Das Boot ist voll“ durch.²¹ Unter den Teilnehmern waren sowohl Thomas Haberland als auch Rokohl. Als Rednerin trat erneut Manuela Kokott auf.

Eine Besonderheit des Kreisverbandes ist sein „Flaggschiff“, ein plakatiertes LKW. Am 16. April 2016 fuhr er durch den Landkreis Barnim. Haltepunkte in Bernau, Wandlitz, Klosterfelde, Ützdorf, Rüdnitz, allesamt Orte, an denen Asylbewerber aufgenommen werden sollen, wurden fotografisch dokumentiert. Vor der Asylbewerber-Unterkunft in Bernau-Waldfrieden hielt das „Flaggschiff“ an und verkündete mit übergroßen Buchstaben: „Das Schiff ist voll“²². Auf einer Kundgebungsfahrt „Wir arbeiten, Fremde kassieren! Asylmissbrauch stoppen!“ Eine weitere Fahrt im Barnim führte am 21. Mai 2016 nach Bernau, Eberswalde und Wandlitz. Als Hauptredner waren Aileen Rokohl und Ronny Zasowk an Bord. Am 11. Juni 2016 ging es dann weiter in die Uckermark. Station wurde in Templin, Lychen, Prenzlau und Angermünde gemacht. Diesmal sprachen der Landesvorsitzende, Klaus Beier, und Aileen Rokohl.

Über ein halbes Jahr, bis zum Ende des Jahres 2016, fanden im Kreisverband keine weiteren nennenswerten Aktivitäten statt. Der Kreisverband Barnim-Uckermark spaltete sich am 1. Januar 2017²³ in die Kreisverbände Barnim und Uckermark auf. Vorsitzende des Kreisverbands Barnim wurde Aileen Rokohl. Vorsitzender des Kreisverbandes Uckermark Thomas Haberland. Zuversichtlich wurde in einer Pressemitteilung erklärt, dass es mit „der weiteren Verankerung vor Ort [...] den Aktivposten in beiden Verbänden künftig gelingen (wird), noch mehr Vertrauen bei den Bürgern aufzubauen“.

Der Kreisverband Uckermark verfügt noch über einen weiteren Aktivist, David Weide aus Schwedt/Oder. Mehr oder weniger als Einzelkämpfer führt er regelmäßig Mahnwachen, Infostände und Kranzniederlegungen in Angermünde und Schwedt durch. Auf seinem Facebook-Profil berichtet er darüber. Selten sind mehr als zwei Teilnehmer bei Weides Veranstaltungen vor Ort. Dies zeugt nicht nur von dem Zerwürfnis innerhalb des Kreisverbandes, es zeigt auch, wie wenig Unterstützung die NPD in den eigenen Reihen, geschweige durch die regionalen „Freien Kräfte“ erfährt.

Das viel beworbene Familienfest „Märkischer Herbstanfang der NPD“, welches durch den NPD-Landesvorstand für den 24. September 2016 geplant wurde, musste aufgrund behördlicher Intervention abgesagt werden²⁴.

²¹Facebook-Seite NPD Barnim-Uckermark, 05.03.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

²²Facebook-Seite NPD Barnim-Uckermark, 16.04.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

²³Homepage NPD Brandenburg: „NPD gründet neue Kreisverbände im Barnim und der Uckermark“, 02.01.2017 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

²⁴Facebook-Seite NPD Oberhavel, 23.09.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

„Oberhavel“ (OHV)

Der Kreisverband Oberhavel umfasst den gleichnamigen Landkreis und verfügt lediglich über den Stadtverband in Oranienburg (OHV) und den Ortsbereich Gransee-Zehdenick (OHV). Der Kreisvorsitzende ist Burkhard Sahner. Vertreten wird er von Thomas Schulz und Landesvorstandsmitglied Robert Wolinski. Nach Angaben der NPD ist der Kreisverband mit seinen etwa 70 Mitgliedern der stärkste Kreisverband in Brandenburg.²⁵

Seit Jahren organisiert der Kreisverband regelmäßig interne Informationsveranstaltungen. Als Referenten sind überregional bekannte NPD-Funktionäre vertreten. Im November 2016 hielt der Bundesvorsitzende Frank Franz einen Vortrag.²⁶ Auch Frank Rennie war am 23. September 2016 zu Gast und bestritt in Zehdenick (OHV) einen Lieder- und Vortragsabend. Tags darauf besuchte der Kreisverband mit seinen Gästen als Ersatz für das untersagte Familienfest „Märkischer Herbstanfang der NPD“ die Gedenkstätte Sachsenhausen.²⁷

Auf der Facebook-Seite der NPD Oberhavel wird aktiv Öffentlichkeitsarbeit, im Wesentlichen „Anti-Asylpropaganda“ betrieben. Die seit Ende 2014 in Oranienburg stattfindenden „Abendspaziergänge für eine angemessene Asylpolitik“ sind zwar offiziell keine Parteiveranstaltungen. Deren Organisation wird aber durch NPD-Mitglieder aktiv unterstützt. NPD-Funktionäre, JN-Mitglieder und „Freie Kräfte“ nahmen an „Abendspaziergängen“ teil, so auch Robert Wolinski, einer der führenden Aktivisten des Kreisverbandes. Überdies stehen die „Abendspaziergänge“ im Fokus der Berichterstattung auf der Facebook-Seite des Kreisverbandes.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Gemäß NPD-Satzung sind die JN „integraler Bestandteil“ der Partei. Seit 1969 gibt es die Jugendorganisation für den „Nachwuchskader“. Gegliedert ist die Organisation in einen Bundesverband, mehrere Landesverbände und regionale Stützpunkte. Nicht in allen Bundesländern sind die JN präsent. Bereits Mitte der 1990er Jahre leiteten die JN die spätere Kooperation der Mutterpartei mit neonationalsozialistischen „Freien Kräften“ ein, obwohl diese grundsätzlich parteifern sind. Der Tätigkeitsschwerpunkt der JN ist im „vopolitischen Raum“ zu finden. In einem Strategiepapier aus dem Jahr 2010 setzten sich die JN die Aufgabe, den freiheitlich demokratischen Wertekanon der Bundesrepublik Deutschland durch eine nationalistische Weltanschauung zu ersetzen:

„Geistige Produkte dessen, wie die ‚demokratische Zivilgesellschaft‘ oder die ‚westliche Wertegemeinschaft‘, sind im vopolitischen Raum zu hinterfragen und ggf. am Beispiel zu entkräften, um das bestehende Ideenkonstrukt in seiner Gesamtheit langfristig zu destabilisieren. In das entstandene Vakuum sollten dann umgehend Alternativen Platz finden, die auf den Fundamenten einer modernen nationalpolitischen Ideengeschichte stehen.“²⁸

Die JN erheben den Anspruch als Kaderorganisation eine Bewegung anzuführen und verfolgen drei Hauptziele, die der JN-Bundesvorsitzende Sebastian Richter als Dreiklang bezeichnet: „Volk - Wir bekennen uns als einzige Jugendorganisation in Deutschland zum deutsch-europäischen Abstammungsprinzip. Wir wollen die Völker erhalten und fordern daher Gleichberechtigung der Völker

²⁵Facebook-Seite NPD Oberhavel, 11.02.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

²⁶Facebook-Seite NPD Oberhavel, 05.11.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

²⁷Facebook-Seite NPD Oberhavel, 26.09.2016 (letzter Zugriff am 07.02.2017)

²⁸ Homepage JN Bundesverband: „Vopolitischer Raum-Strategie zur Aufgabendifferenzierung in der Volksfront von Rechts unter besonderer Betrachtung der Notwendigkeit einer neuen JN“, 07.03.2010 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

statt den öden Multikulti-Völkerbrei, der schon heute gescheitert ist. Heimat - Wir wollen unsere Kultur leben und bewahren. Deshalb setzen wir die Traditionen unserer Jahrtausende alten Geschichte fort, die so eng mit dem Land verbunden ist, in dem wir leben. Freiheit - Heute wird zwar Meinungsfreiheit gepredigt, jedoch gilt diese nur für eine kleine politische Kaste der Bundesrepublik und für deren dumpfe Mitläufer, die idiotischem Konsumwahn und totaler Ich-Sucht verfallen sind. Selbstdenker, Idealisten und Nationalisten bekommen die Härte des Staatsapparates zu spüren, wenn sie echte Freiheit einfordern und ihr Leben nach ihren Idealen führen. Doch die deutsche Jugend lässt sich nichts verbieten. Wir stehen auf gegen Unfreiheit, Werteverlust, moralische Verkommenheit und die herrschende Heuchelei. Freiheit liegt uns im Blut.“²⁹

In Brandenburg wird die Mutterpartei wesentlich stärker wahrgenommen als ihre Jugendorganisation. Insofern wird durch die JN eine Zersplitterung der „Nationalisten“ kritisiert. Der Führungsanspruch und das elitäre Selbstverständnis der JN machen es ihr jedoch schwer, eine Bewegung zu formen.

Der JN-Landesverband Brandenburg gründete sich am 12. April 2014. Landesvorsitzender wurde Pierre Dornbrach, der sich zugleich im JN-Bundesvorstand für die Bildungsarbeit verantwortlich zeigt. Dornbrach zog sich Mitte 2015 von den JN Brandenburg zurück. Im März 2016 wählte der Landesverband auf seinem Landeskongress einen neuen Landesvorsitzenden, der bislang nicht von sich reden machte. Während der konstituierenden Sitzung ergoss sich der 25-Jährige in einer Fülle JN-typischer Sprechblasen: „Aufgabe der JN Brandenburg ist es, an der Bildung eines neuen Typus der nationalen Jugend mitzuwirken. Deutschland braucht eine konsequente seiner Linie treu bleibende Jugend, die auf einem weltanschaulichen Fundament basiert. Die fehlende Stringenz und Integrität im heutigen vermeintlich nationalen Lager macht es notwendig sich von jenen abzugrenzen, denen der Kampf um die Freiheit nur Selbstzweck ist. In der volkstreuem Jugendbewegung ist kein Platz für Halbherzigkeit und schnöden Chauvinismus. Es gilt einen positiven Nationalismus, der die Vielfalt der einzelnen Völker erhalten will, in den sich anbahnenden gesellschaftlichen Paradigmenwechsel einfließen zu lassen. Junger Nationaldemokrat kann nur derjenige werden, der diese Notwendigkeit begreift und dem unsere weltanschaulichen Grundpfeiler immanent geworden sind.“³⁰

Die Gründung des Landesverbandes verschaffte den JN in Brandenburg jedoch keinen neuen Schwung. Von den vier ursprünglichen Stützpunkten Oranienburg (OHV), Potsdam, Lausitz und Schenkenländchen (LDS) gingen 2016 wenige nennenswerte Aktivitäten aus. Am aktivsten sind die JN Schenkenländchen. In Oberhavel gibt es Überschneidungen mit dem Kreisverband der NPD und mit den „Freien Kräften“.

Inzwischen werden die sozialen Netzwerke als wesentliche Propaganda-Plattform genutzt. Bildungsseminare, Kundgebungen, Plakatierungs- und Flyer-Verteilungsaktionen, Wanderungen und Sportveranstaltungen sind die Aktivitäten, mit denen man Kadernachwuchs ansprechen will. Zumeist beteiligen sich die JN lediglich an Aktionen der Mutterpartei oder anderer Strukturen. Auf der Facebook-Seite der JN Brandenburg wird über die verschiedenen Aktionen berichtet. Im vierten Quartal 2016 gab es keine Postings.

Die JN Brandenburg unterstützten asylkritische Initiativen, etwa die Bürgerinitiative „Zukunft Heimat“ in Golßen (LDS), indem sie zu Kundgebungen mobilisiert und selbst daran teilnimmt, wie beispielsweise in Zossen (TF) am 3. Februar 2017.³¹

²⁹ Homepage JN Bundesverband: „Unsere Ziele“, ohne Datum (zuletzt abgerufen am 17.5.2017)

³⁰ Homepage JN Bundesverband: „Zweiter ordentlicher Landeskongress der JN Brandenburg: Eine neue Führungsmannschaft für Brandenburgs nationalistische Jugend“, 30.03.2016 „(zuletzt abgerufen am 17.05.2017)

³¹ Facebook-Seite JN Brandenburg, 05.02.2016 (letzter Zugriff am 31.05.2017)

Bei einer Tour durch die Landkreise Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming wurde im Februar 2016 auf einem Pkw-Anhänger ein Holzkreuz mit der Aufschrift „Dresden 1945“ von Ort zu Ort gefahren und vor verschiedenen Ortseingängen fotografiert.³² Wichtiger als die Aktionen selbst ist deren virale Verbreitung auf Plattformen im Netz. Sie soll den JN das Image und den Wiedererkennungswert einer überall präsenten Aktivistentruppe verschaffen. Veranstaltungen mit Freizeitwert sind die von den JN durchgeführten Wanderungen sowie das sportliche Kräfteressen mit anderen Rechtsextremisten. Stolz berichteten die JN auf Facebook, dass sie beim „6. Germanischen Achtkampf“ den Sieg über die anderen rechtsextremistischen Gruppierungen davon trugen.³³

Fazit

Die NPD in Brandenburg verliert weiter an Einfluss. Die Mitgliederzahlen stagnieren und lassen keinen Aufwärtstrend erwarten. Die Anti-Asyl-Kampagne brachte nicht den erhofften Zulauf und ist thematisch erschöpft. Die Partei mit Anhängern der neonationalsozialistischen Szene aufzufrischen, scheint der NPD auch nicht mehr zu gelingen. Durch die „gemäßigte“ Außendarstellung der NPD profitieren vielmehr andere neonationalsozialistische Organisationen, wie die rechtsextremistische Splittergruppe „DER DRITTE WEG“, in der sich zum Teil auch ehemalige enttäuschte NPD-Unterstützer wiederfinden.

Anzahl und Wirkungsgrad von Aktionen der brandenburgischen NPD waren im Jahr 2016 übersichtlich. Selbst der strukturell vergleichsweise gut aufgestellte Kreisverband Oberhavel ist nach Beendigung der „Abendspaziergänge“ im Frühjahr 2016 kaum noch in Erscheinung getreten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im NPD-Verbotsverfahren vom 17. Januar 2017 stellt fest, dass die NPD nachweislich die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebt. Das Gericht kommt jedoch auch zu dem Schluss, dass es der Partei an Gewicht fehle, ihre Ziele zu erreichen.

³²Facebook-Seite JN Brandenburg, 13.02.2016 (letzter Zugriff am 31.05.2017)

³³Facebook-Seite JN Brandenburg, 22.08.2016 (letzter Zugriff am 31.05.2017)

2.3 „DIE RECHTE“

Die Partei „DIE RECHTE“ wurde am 27. Mai 2012 in Hamburg auf Initiative des bekennenden Neonationalsozialisten Christian Worch gegründet. Der seit Jahrzehnten aktive Rechtsextremist ist gleichzeitig ihr Bundesvorsitzender. Die Gründung erfolgte als ablehnende Reaktion auf die Fusion von „Deutscher Volksunion“ (DVU) und NPD. Unzufriedene ehemalige DVU-Mitglieder konnten in „DIE RECHTE“ eine Alternative zur NPD finden. Auch ehemalige Mitglieder verbotener neonationalsozialistischer Vereinigungen traten ein, um ihre Aktivitäten unter dem Schutzmantel des Parteienprivilegs ungestört und ungefährdet fortsetzen zu können. Folglich finden sich in vielen Landesverbänden Anhänger neonationalsozialistischer, antisemitischer und fremdenfeindlicher Organisationen wieder. Erkennbar insbesondere beim Landesverband Nordrhein-Westfalen, der kurz nach dem Verbot der neonationalsozialistischen Organisationen „Nationaler Widerstand Dortmund“, „Kameradschaft Hamm“ und „Kameradschaft Aachener Land“ im September 2012 entstand.

Die Partei hat eigenen Angaben zufolge 650 Mitglieder und zehn Landesverbände³⁴. Am 27. November 2016 hat der siebente Bundesparteitag in Erfurt (Thüringen) stattgefunden. Auf der Homepage des Bundesverbands wird darüber berichtet und den Landesverbänden Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu ihrer „kontinuierlich guten Arbeit“ sowie dem damit angeblich einhergehenden Mitgliederzuwachs gratuliert.³⁵

Das Parteiprogramm³⁶ von „DIE RECHTE“ ist von der alten DVU mehr oder weniger abgekupfert, in etlichen Punkten allerdings sprachlich wie inhaltlich modernisiert und ergänzt worden. Mit einem Lippenbekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung und der Vermeidung expliziter neonationalsozialistischer Standpunkte gibt sich die „DIE RECHTE“ den Anschein einer bürgerlichen, seriösen Partei. Dennoch finden sich in der Programmatik unter den 15 propagierten Zielen klassisch rechtsextremistische Inhalte. Die Wahrung einer tausendjährigen Identität, der Schutz des Volkes vor Übergriffen und die Aufhebung der Duldung von Ausländern sind Kernanliegen der Partei. „DIE RECHTE“ verortet sich selber zwischen der radikaleren NPD und den „Republikanern“ bzw. den „PRO-Parteien“. Auch die Assoziation zur Partei „Die Linke“ ist bewusst und gewollt³⁷. Namen und Logo folgen dem gleichen logischen Prinzip, nur dass die rote Pfeilspitze in die andere Richtung weist. Bald fünf Jahre nach der Gründung macht die Partei allenfalls durch Provokationen von sich reden.

Auch wenn die rechtsextremistischen Parteien keine gemeinsame Linie erkennen lassen, so haben sie mit dem Flüchtlingsthema ein gemeinsames Betätigungsfeld gefunden, zu dem sie anlassbezogen kooperieren. So fand der „Tag der deutschen Zukunft“ als „partei- und spektrrenübergreifende Protestkampagne gegen Multikulti und Überfremdung“³⁸ am 4. Juni 2016 in Dortmund unter maßgeblicher Regie von „DIE RECHTE“ statt.

Nach eigenen Angaben nahmen Mitglieder der Partei „DIE RECHTE“ im Dezember 2016 an einer überparteilichen Kundgebung wegen des islamistischen Terroranschlags in Berlin teil. Die Kundgebung trug das Thema: „Grenzen dicht machen – an Merkels Händen klebt Blut“. Mit etwa 200 Teilnehmern erhoffte man sich in Berlin ein Zeichen gegen die vermeintlich fatale Einwanderungspolitik der

³⁴ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“ unter Rubrik „Verbände“, (letzter Zugriff am 31.05.2017)

³⁵ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Kurzer Bericht zum 7. Bundesparteitag von DIE RECHTE in Erfurt“, 12.12.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

³⁶ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“, Rubrik „Programm“, ohne Datum (letzter Zugriff am 17.05.2017)

³⁷ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Warum DIE RECHTE?“, 08.06.2012 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

³⁸ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Dortmund: Größte Demonstration seit Beginn der TddZ-Kampagne erfolgreich verlaufen!“, 06.06.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

herrschenden Parteien zu setzen. Als Redner fungierten unter anderem David Köckert und Alexander Kurth von dem PEGIDA-Ableger „THÜGIDA“ sowie Mitglieder der AfD und der NPD.³⁹

Auch wenn sich „DIE RECHTE“ formal zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung bekennt, inhaltlich kommt sie mit Meinungsfreiheit und Pluralismus nicht klar. Statt das Gewaltmonopol des Staates zu akzeptieren, setzt sie auf Selbstjustiz und befeuert eine Militanzdebatte gegen ihre politischen Gegner. In einem Internetbeitrag heißt es: „Wir haben wieder einmal eine erfreuliche Nachricht zu vermelden: Angesichts des immer deutlicher voranschreitenden staatlichen Kontrollverlustes nehmen immer mehr deutsche Landsleute ihren Schutz selbst in die Hand und beantragen einen Kleinen Waffenschein. [...] Doch wenn das Regime nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann oder will, müssen wir Deutschen unseren Schutz selbst in die Hand nehmen. Unter Losungen wie „Ein Volk hilft sich selbst“ und „Deutsche helfen Deutschen“ schließen sich überall in unserem Land Menschen zusammen, die das Vertrauen in das politische System längst vollständig verloren haben. [...] Doch wir müssen natürlich auch darauf hinweisen, dass es mit dem Kleinen Waffenschein und dem Kauf einer Gas- oder Schreckschusspistole nicht getan ist. Vor allem müssen wir auch mental darauf vorbereitet sein, die Waffe im Notfall tatsächlich einzusetzen und den Angreifer mit einem sauber platzierten Schuss außer Gefecht zu setzen.“⁴⁰ Vor dem Hintergrund von weiteren Facebook-Beiträgen zur Krisenvorsorge durch Selbstverteidigung und Waffenaneignung ist der letzte Satz ein mehr als bedenkliches Statement. Zumal der Dank des Bundesvorstandes zum Jahreswechsel 2016/2017 mit den Worten: „Deutschland braucht deshalb auch im Jahr 2017 aufrechte Streiter, ehrbare Kämpfer und politische Soldaten, die unser Volk in seiner tiefen Erniedrigung nicht im Stich lassen und für seine Freiheit kämpfen“⁴¹ einem ähnlichen Duktus folgt.

„DIE RECHTE“ im Land Brandenburg

Der Landesverband Brandenburg wurde am 26. Januar 2013 gegründet. Er umfasst etwa 25 Mitglieder. Erster Landesvorsitzender wurde der ehemalige DVU-Landesvorsitzende Klaus Mann aus Finowfurt (BAR). Sein Nachfolger wurde am 2. Mai 2015 Rene Herrmann aus Chorin (BAR). Zum Stellvertreter wurde Robert Gebhardt aus Bad Freienwalde (MOL) gewählt. Rene Herrmann betreibt einen Internetversandhandel und vertreibt unter anderem Materialien des „DIE RECHTE“-Landesverbandes. Robert Gebhardt kandidierte 2014 auf einer gemeinsamen Liste von NPD und „DIE RECHTE“ für den Kreistag Märkisch-Oderland und konnte einen Sitz erringen. Er ist zudem Hauptakteur der neonationalsozialistischen „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB). Die Kameradschaft erklärte im Juli 2010 nach einem vereinsrechtlichen Ermittlungsverfahren ihre Auflösung, trat jedoch ab 2013 wieder in Erscheinung. Im Februar 2014 wurde der „Kreisverband Märkisch Oderland Barnim“ der Partei „DIE RECHTE“ gegründet, welcher ebenfalls mit „KMOB“ abgekürzt wird. Kameradschaft und Kreisverband sind annähernd personenidentisch. Robert Gebhardt leitet sowohl den Kreisverband als auch die Kameradschaft. Es liegt nahe, dass die Mitglieder der Kameradschaft in die Partei eingetreten sind, um sich einem Vereinsverbot zu entziehen, indem sie sich unter den Schutzschirm des Parteienprivilegs begeben. Räumlich und organisatorisch ist „DIE RECHTE“ auf ihren bisher einzigen Kreisverband in Raum Märkisch-Oderland und Barnim beschränkt. Darüber hinaus gibt es nur noch vereinzelte Mitglieder. Die Partei machte im Jahr 2016 kaum von sich reden. Lediglich an einer Kundgebung des NPD-Kreisverbandes Oderland am 30. April 2016 in Müncheberg (MOL) nahmen einzelne Mitglieder teil. Ferner beteiligte man sich bei einer Kundgebung des NPD-Kreisverbandes am

³⁹ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Überparteiliche Kundgebung ‚Grenzen dicht machen – an Merks Händn klebt Blut‘ in Berlin“, 29.12.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2016)

⁴⁰ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Erfreulich: Immer mehr Deutsche beantragen Kleinen Waffenschein“, 29.11.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁴¹ Homepage Bundesverband „DIE RECHTE“: „Zum Jahreswechsel: Danke!“, 30.12.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

3. Oktober 2016 mit dem Thema „Bad Freienwalde wehrt sich! Gegen Ausländergewalt – Kriminelle Ausländer raus!“.

Auch die innerparteilichen Aktivitäten sind 2016 weitgehend eingeschlafen. Die Internetpräsenz des Landesverbandes ist verwaist und konnte im Mai 2017 nicht mehr aufgerufen werden. Der Facebook-Auftritt ist seit dem Frühjahr 2016 nicht mehr erreichbar. Facebook selbst hat mehrere Seiten der rechtsextremistischen Partei, darunter die des Bundesverbandes und weiterer Unterorganisationen, wegen Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen gesperrt.⁴² Alles deutet auf einen Rückzug des Landesverbandes und auf eine anstehende Auflösung von „DIE RECHTE“ in Brandenburg hin, denn die wenig aktiven Mitglieder sind kaum in der Lage, Einfluss auf rechtsextremistische Aktivitäten in Brandenburg zu nehmen. Wäre da nicht die Angst der „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ vor einem Verbot, hätte sich der Landesverband der Partei „DIE RECHTE“ vermutlich längst aufgelöst.

Fazit

Die Aktivitäten von „DIE RECHTE“ sind in Brandenburg erneut zurückgegangen. Der Landes- oder auch Kreisverband ist in den sozialen Netzwerken nicht mehr präsent und zeigt sich organisatorisch schwach entwickelt. Wesentliche Tätigkeiten, politische Willensbildung oder gezielte Einflussnahme auf andere sind nicht erkennbar. Vielmehr scheint sich das Kalkül zu bestätigen, die Organisationsform Partei aus taktischen Erwägungen zu nutzen, um weiterhin unter dem Schutzschirm des Parteienstatus rechtsextremistisch agieren zu können. „DIE RECHTE“ führt in Brandenburg allenfalls ein Nischendasein. Von der inzwischen abebbenden Anti-Asyl-Problematik konnte sie nicht profitieren. Die konkurrierende rechtsextremistische Splitterorganisation „DER DRITTE WEG“ unterscheidet sich erheblich in Organisationsgrad, Programmatik und Aktivitäten. Insofern ist sie für aktive Rechtsextremisten attraktiver.

⁴² www.spiegel.de: „Facebook sperrt offenbar ‚Die Rechte‘-Seiten“, 13.01.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

2.4 „DER DRITTE WEG“

„Wir sind NATIONAL – Wir sind REVOLUTIONÄR – Wir sind SOZIALISTISCH“.⁴³ So beschreibt „DER DRITTE WEG“ sein Selbstverständnis auf seiner Internetseite. Die Splitterorganisation „DER DRITTE WEG“ wurde am 28. September 2013 in Heidelberg vor allem von ehemaligen NPD-Funktionären sowie Anhängern der neonationalsozialistischen Szene gegründet. Insbesondere Mitglieder der 2014 verbotenen Organisation „Freies Netz Süd“ fanden sich in der Kleinpartei wieder. Ähnlich wie bei „DIE RECHTE“ diente auch die Gründung von „DER DRITTE WEG“ der Umgehung von Verbotsmaßnahmen auf Grundlage des Vereinsrechts. Schließlich kann die Verfassungswidrigkeit einer Partei nur durch das Bundesverfassungsgericht festgestellt werden. „DER DRITTE WEG“ hofft, er falle unter diese gesetzliche Bestimmung.

„DER DRITTE WEG“ hat gemäß Parteigesetz Unterlagen beim Bundeswahlleiter hinterlegt und wird im Verzeichnis der Parteien und politischen Vereinigungen geführt. Bundesvorsitzender ist Klaus Armstroff, ein ehemaliger NPD-Funktionär. Trotz der bundesweit nur etwas mehr als 200 Mitglieder ist die Splitterorganisation bestrebt „in allen Teilen Deutschlands wirksam zu werden“.⁴⁴ „DER DRITTE WEG“ ist ein Sammelbecken für Neonationalsozialisten. Einen Großteil seiner Mitglieder hat er in Bayern.

Ideologisch vertritt „DER DRITTE WEG“ einen strikten neonationalsozialistischen Rechtsextremismus mit völkischen, fremdenfeindlichen und antidemokratischen Positionen. Er bezeichnet sich selbst als „Volkspartei, die politisch die Deutsche Volksherrschaft und wirtschaftlich die Deutsche Volkswirtschaft anstrebt.“ Revisionistische Gebietsansprüche deutet sie in ihrem Zehn-Punkte-Programm an. Darin heißt es „Deutschland ist größer als die BRD“ und „Heimat bewahren“. Auch „DER DRITTE WEG“ folgt in seiner Ideologie dem identitären „Volk und Raum“-Schema. „Zur Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes sind die Überfremdung Deutschlands und der anhaltende Asylmissbrauch umgehend zu stoppen.“ Zur „Abwendung des drohenden Volkstodes“ wird vorgeschlagen, kinderreiche Familien zu fördern. „Wir sind nicht bürgerlich sondern volksnah“, heißt es auf der Internetseite. Doch bei Betrachtung der fremdenfeindlichen, antidemokratischen und rassistischen Positionen wird klar, dass mit „volksnah“ eher „völkisch“ gemeint ist. Auch bei der NPD und Denkern der „Neuen Rechten“ werden Anleihen gemacht. Anklänge an deren metapolitisches Konzept sind unverkennbar. Die römische „III“ im Parteesymbol möchte „DER DRITTE WEG“ als die drei Säulen der Partei verstanden wissen: 1. Politischer Kampf, 2. kultureller Kampf, 3. Kampf um die Gemeinschaft.

Die Kleinpartei gliedert sich in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte. Anstatt der zu erwartenden Bezeichnung als Gebietsverband Ost, unterstreicht die Partei mit der Verwendung des Begriffes Mitte, „Deutschland ist größer als die BRD“. Der Gebietsverband Mitte setzt sich satzungsgemäß aus den Bundesländern Brandenburg, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammen. Gebietsverbandsleiter ist Matthias Fischer, der seit seinem Umzug von Bayern zurück nach Brandenburg den Aufbau der Strukturen im Land vorantreibt.

Laut Satzung ist ein Kreisverband die kleinste selbständige organisatorische Einheit. In Gebieten, in denen keine Untergliederungen bestehen, können „Stützpunkte“ eingerichtet werden. In Brandenburg existieren derzeit mangels Kreisverbänden die Stützpunkte „Potsdam / Mittelmark“ (Gründung 18. April 2015), „Uckermark“ (Gründung 12. Dezember 2015) und „Mittelmark (Havel)“ (Gründung 9. Januar 2016).

⁴³ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Zehn-Punkte-Programm“, ohne Datum (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁴⁴ Auf der Internetseite des Bundeswahlleiters lässt sich die Satzung abrufen (letzter Zugriff am 17.05.2017)

Die Struktur-Bezeichnungen werden jedoch losgelöst von Gebietskörperschaftsgrenzen verwendet. So erstreckt sich der Stützpunkt „Potsdam / Mittelmark“ über das Gebiet des Landkreises Potsdam-Mittelmark hinaus und reicht bis nach Sachsen-Anhalt. Der Stützpunkt „Uckermark“ umfasst „den gesamten nordöstlichen Teil Brandenburgs“. Der Stützpunkt „Mittelmark (Havel)“ deckt die gesamte Havelregion der Mittelmark, einschließlich Werder (Havel), Brandenburg an der Havel bis Potsdam ab. Auch der Stützpunkt „Berlin“ umfasst nicht nur die Stadt, sondern angrenzende Randgebiete Brandenburgs. Derzeit wird von etwa 30 Mitgliedern im Land Brandenburg ausgegangen.

Mitglieder und Sympathisanten von „DER DRITTE WEG“ traten seit Ende des Jahres 2015 vorrangig mit landesweiten Verteilaktionen asylfeindlicher Flugblätter und Anmeldungen von Versammlungen in Erscheinung. Außerdem beteiligten sie sich an bundesweiten Kampagnen wie der „Winterhilfe“, in deren Rahmen Kleidung für Bedürftige und Obdachlose gesammelt wurde. Diese Kampagne knüpft an das Vorbild des nationalsozialistischen „Winterhilfswerks“ an, das Sach- und Geldspenden für „Volksgenossen“ zur Stärkung der „Volksgemeinschaft“ sammelte. Mitglieder von „DER DRITTE WEG“ nahmen auch im September 2016 am Aktionswochenende „Deutschland ist größer als die BRD“ teil. Aktionen hierzu fanden beispielsweise in Bergholz-Rehbrücke (PM), Prenzlau (UM) und Angermünde (UM) statt.

Darüber hinaus wurden im April 2016 zahlreiche asylfeindliche Postkarten mit dem Aufdruck „Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen – Gutschein für die Ausreise aller Überfremdungsbefürworter Richtung Afrika“ versandt. Auf der Rückseite der Karte befand sich das „Angebot“, die ungeliebte Heimat auf verschiedenen Wegen (Boot, Balkan-Route, Flug) zu verlassen. Die Karte sollte ausgefüllt an das Postfach von „DER DRITTE WEG“ zurückgeschickt werden. Zum Empfängerkreis zählten insbesondere Kommunal- und Landespolitiker, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, Journalisten, Vertreter von Pro-Asyl-Initiativen, Integrationsbeauftragte sowie Bündnisse beziehungsweise Bürger, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Mit dem Versand der Postkarten wurde offenkundig eine Aktion kopiert, die „DER DRITTE WEG“ bereits im Landtagswahlkampf in Rheinland-Pfalz durchführte.

Für die Öffentlichkeitsarbeit nutzt „DER DRITTE WEG“ eine eigene Internetseite, einen YouTube-Channel und soziale Netzwerke wie Twitter und Facebook. Über die Internetseite können neben Flugblättern und Fahnen auch Kleidungsstücke erworben werden. Die Kleidung ist Uniform ähnlich gestaltet und trägt die römische „III“ im Lorbeerkranz als Parteiemblem.

Die Splitterorganisation stellt sich als Gruppierung mit elitärem Selbstverständnis dar. Sie verhält sich distanziert zu den Parteien des rechten Spektrums. Versammlungen, Mahnwachen und öffentlichkeitswirksame Aktionen, die von „DER DRITTE WEG“ initiiert werden, erfolgen in Brandenburg weitestgehend ohne Einbeziehung anderer Gruppierungen. Mitglieder und Anhänger der Partei treten zu politischen Aktionen überwiegend mit einheitlichem Erscheinungsbild auf, grenzen sich damit auch ab. Jedoch gibt es mit den Themen „Asylmissbrauch“ und „Überfremdung“ ein gemeinsames Aktionsfeld von Rechtsextremisten, welches punktuell und anlassbezogen von allen gemeinsam bedient wird.

Stützpunkt „Uckermark“

Vom Stützpunkt „Uckermark“ aus entfaltet die Kleinpartei die meisten Aktivitäten. Diese werden anschließend auf der parteieigenen Internetseite präsentiert. Im Wesentlichen geht es um die Darstellung asylfeindlicher Flugblattaktionen. Außerdem werden auch Versammlungen und „Heldengedenkfeiern“ thematisiert. Zum Jahreswechsel 2015/2016 führte man nach eigener Darstellung im Rahmen der bundesweiten Kampagne „Futter statt Böller“ eine Spendenaktion für das Tierheim in

Angermünde (UM) durch. Außerdem wurden im Juli „Tausende Flugblätter verteilt, die sich kritisch mit dem Thema Asyl beschäftigen“. Im gleichen Monat wurden „in mehreren Städten und Gemeinden aktuelle Flugblätter [...] zum Thema Kapitalismus und die damit einhergehende Überfremdung unserer Heimat“ verteilt.

Des Weiteren versucht sich die Kleinpartei als Veranstalterin von bislang ausschließlich fremdenfeindlichen Versammlungen zu präsentieren. Am 12. März 2016 fanden in der Uckermark gleich drei zum Thema „Grenzen dicht – Asylflut stoppen!“ statt: zwei in Angermünde mit 12 Personen, eine in Templin unter Beteiligung von 38 Personen.

Im Mai und September 2016 betätigte sich „DER DRITTE WEG“ als „Grabpfleger“. „In Angermünde, Prenzlau und vielen anderen kleineren Gemeinden wurden an Denkmälern des Krieges Gedichte gelesen und Kerzen aufgestellt. Am 13. November 2016 folgte ein regionales „Heldengedenken [...] an vielen Gräbern und Gedenkstätten in unserer Heimat, der Uckermark“.⁴⁵ Mit der morbiden Heldenverehrung stellt sich „DER DRITTE WEG“ in die Tradition des Dritten Reiches, das den Begriff „Heldengedenken“ 1934 verordnete, um sowohl den Gefallenen des 1. Weltkriegs zu gedenken, aber auch die „Gefallenen der Bewegung“ zu verklären, wie die beim Hitler-Putsches von 1923 getöteten Nationalsozialisten genannt wurden.

Am 18. Juni 2016 fand zum zweiten Mal das „Sommerfest des Stützpunktes „Uckermark“ mit anschließender Sonnenwendfeier“ statt. Während dieser Veranstaltung verkündete Gebietsverbandsleiter Matthias Fischer: „Schon Morgen stehen wir wieder konzentriert auf den Straßen Deutschlands um für unsere Sache zu streiten und der politische Alltag hat uns zurück. Unsere Partei wächst und bleibt sich mit dem heutigen Fest treu und lebt mit der gesamten Familie im Kleinen das vor, was wir täglich im Großen fordern.“ Darüber hinaus hielt er die Parteiaktivisten dazu an, sich mit den Mitgliedern anderer Stützpunkte auszutauschen. Die Verteilung von Stützpunktfahnen an die vier Stützpunktleiter aus Brandenburg und Berlin wurde mit pathetischen Worten begleitet: „Mögen sie ehrenhaft vorangetragen werden, wenn wir für die Neuordnung eines nationalen und sozialistischen Deutschlands marschieren!“⁴⁶

Im November 2016 tat sich der Stützpunkt mit Angstmacherei hervor, indem er eine „Nationalen Streife“ in Prenzlau⁴⁷ ankündigte. Die Bildung einer Bürgerwehr sei nötig geworden, „denn wo Angst das Leben bestimmt und unsere Ordnungshüter an ihre Grenzen kommen, ist die Gemeinschaft und somit wahre Zivilcourage gefragt“.

Stützpunkte „Mittelmark (Havel)“ und „Potsdam-Mittelmark“

Größtenteils spielen sich die Aktivitäten der beiden Stützpunkte „Mittelmark (Havel)“ und „Potsdam-Mittelmark“ auf der parteieigenen Internetpräsenz ab. Es wird über Spendenaktionen im Rahmen des bundesweiten Projekts der Kleinpartei zur „Winterhilfe“ berichtet. So habe man am 29. Februar 2016 die Tee- und Wärmestube in Werder (Havel) (PM) mit Sachspenden unterstützt. Bei der Gelegenheit stellte sich „DER DRITTE WEG“ als eine „junge, nationalrevolutionäre Partei“ vor. Die „Deutsche Winterhilfe“ sei ein Projekt „Deutsche helfen Deutschen“. „DER DRITTE WEG“ sei angetreten, um sich den

⁴⁵ Homepage Bundesverband DER DRITTE WEG, „Heldengedenken in der Uckermark, 21.11.2016 (letzter Zugriff: 30.05.2017)

⁴⁶ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Sommer, Sonne, Uckermark!“, 21.06.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁴⁷ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Afrikaner legt in Prenzlau los, und der III. Weg läuft Streife!“, 08.11.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

Misständen der heutigen Zeit entgegenzustellen und sich auf der Grundlage naturwissenschaftlicher Fakten für eine gerechte Ordnungsform innerhalb des Volkes einzusetzen.⁴⁸ Auch im Winter 2016 wurde der Aufruf gestartet, im Rahmen der Aktion „Winterhilfe“ für „deutsche Obdachlose“ und „notleidende Volksgenossen“ zu spenden.⁴⁹

Internetberichten zufolge sind „asylkritische“ Flugblätter Anfang Februar 2016 in Schönefeld (bei Beelitz)⁵⁰, Treuenbrietzen⁵¹ und im März in Bergholz-Rehbrücke⁵² sowie Werder (Havel) (alle PM) verteilt worden. „Um über diese bereits herrschende Überfremdung unserer Heimat und die daraus resultierenden Zustände aufzuklären, verteilten mittelmärkische „III. Weg“-Aktivisten mehr als tausend Flugblätter in der Baublütenstadt Werder (Havel).“[...] Verpackt in ein Zitat des Dichters Karl Theodor Körner waren die Flugblätter mit einer unverhohlenen Drohung gegen die Regierung garniert: „Noch sitzt ihr da oben ihr feigen Gestalten, vom Feinde bezahlt und dem Volke zum Spott. Doch einst wird wieder Gerechtigkeit walten, dann richtet das Volk und es gnade euch Gott!“⁵³

Im Rahmen der „Märkischen Literaturtage“ fand am 24. Februar 2016 eine Lesung des Eritreers Zekarias Kebraeb zu seinem Buch „Hoffnung im Herzen, Freiheit im Sinn“ statt. Sie wurde von einer „Wortergreifungsaktion“ der Kleinpartei überschattet. Eigenangaben zufolge positionierten sich Anhänger von „DER DRITTE WEG“ vor der Bibliothek in Werder (Havel) (PM), verteilten „Anti-Asylflut-Flugblätter“ und debattierten hierüber mit Veranstaltungsteilnehmern und Veranstaltern. Der Kritik des Veranstalters auf dieses Verhalten sei entgegnet worden: „Wir sind die Stimme gegen die kranke Asylpolitik der BRD, die Stimme gegen die massenhafte Überfremdung unserer Heimat mit kulturfremden Menschen. Wir werden nicht weichen!“⁵⁴

Als Veranstalterin trat „DER DRITTE WEG“ am 9. April 2016 in Beelitz und Brück (beide PM) - mit zwei Kundgebungen zum Thema „Grenzen dicht - Asylflut stoppen!“ in Erscheinung. An den beiden Versammlungen nahmen jeweils 20 Personen teil. Eine für den 20. August 2016 angemeldete Mahnwache zum gleichen Thema in Teltow (PM) wurde von lediglich acht Personen unterstützt.

Auch die kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel wurde im Jahr 2016 von den Tätigkeiten erreicht. Nach Eigenangaben verteilten Aktivisten im Winter 2016 eine Fahrzeugladung Sachspenden an die „in Not geratenen Volksgenossen“ und präsentieren sich hiermit kämpferisch auf der eigenen Internetseite: „DER DRITTE WEG ist angetreten, um der deutschen Identität eine Bresche in die Zukunft zu schlagen!“⁵⁵

⁴⁸ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Deutsche Winterhilfe in Werder (Havel)“, 08.03.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁴⁹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Winterhilfe in Potsdam-Mittelmark“, 21.12.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵⁰ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „100 Asylanten für 100 Einwohner!“, 22.01.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵¹ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Asylkritische Verteilung in der Sabinchenstadt Treuenbrietzen“, 16.02.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵² Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Asylkritische Flugblatt-Verteilung in Bergholz-Rehbrücke!“, 09.03.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵³ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Werder (Havel) und die „alleinreisenden Männer“!“, 19.03.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵⁴ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Hoffnung im Herzen, Freiheit im Sinn...“, 04.03.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵⁵ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Winterhilfe in Brandenburg a. d. Havel“, 26.02.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

Im Landkreis Teltow-Fläming beschränkten sich die Aktivitäten auf die Verteilung von fremden- und asylfeindlichen Flyern. Der Stützpunkt „Mittelmark (Havel)“ übernahm die Verteilung im Juli in Blankenfelde-Mahlow, der Stützpunkt Potsdam/ Mittelmark rechnete sich eine Verteilaktion in Wünsdorf⁵⁶ zu.

Außer in den drei offiziellen Stützpunkten im Land Brandenburg sind insbesondere in der Region Frankfurt (Oder) und im Landkreis Oder-Spree Aktivitäten der Partei zu verzeichnen. Es ist daher nicht auszuschließen, dass hier die Gründung eines weiteren Stützpunktes in Vorbereitung ist. Am 3. Januar 2016 nahmen Mitglieder der Partei an einer Versammlung zum Thema „Stopp dem Asylmissbrauch“ in Beeskow (LOS) teil.⁵⁷ Unter den Teilnehmern waren auch der Gebietsverbandsleiter „Mitte“, Matthias Fischer, und der mutmaßliche Koordinator im Landkreis Oder-Spree, Pascal Stolle.

Fazit

Es ist anzunehmen, dass „DER DRITTE WEG“ weiterhin am Ausbau seiner Strukturen arbeitet und weitere Stützpunkte in der Fläche Brandenburgs gründen will. Vermutlich wird sich die Kleinpartei auch im Bundestagswahlkampf aktiv beteiligen, um dem Parteistatus gerecht zu werden. Allzu viele Wählerstimmen wird sie sich nicht versprechen. Aber darauf kommt es ihr auch nicht an. Letztlich verstehen sich ihre Mitglieder weniger als Parteisoldaten als eine Bewegungsavantgarde. Grundsätzlich könnte „DER DRITTE WEG“ auch Mitgliedern anderer rechtsextremistischer Organisationen als Auffangbecken dienen. Allerdings ist der Druck nach dem gescheiterten NPD-Verbotsverfahren nicht besonders groß. Die Kleinpartei wird wahrscheinlich ihre flüchtlingsfeindliche Anti-Asyl-Kampagne aggressiv fortführen. Auch wenn die Thematik nicht mehr ergiebig genug sein sollte, ist anzunehmen, dass sich „DER DRITTE WEG“ seinem Lieblingsthema widmet, dem „Mythos der Volksgemeinschaft“.⁵⁸

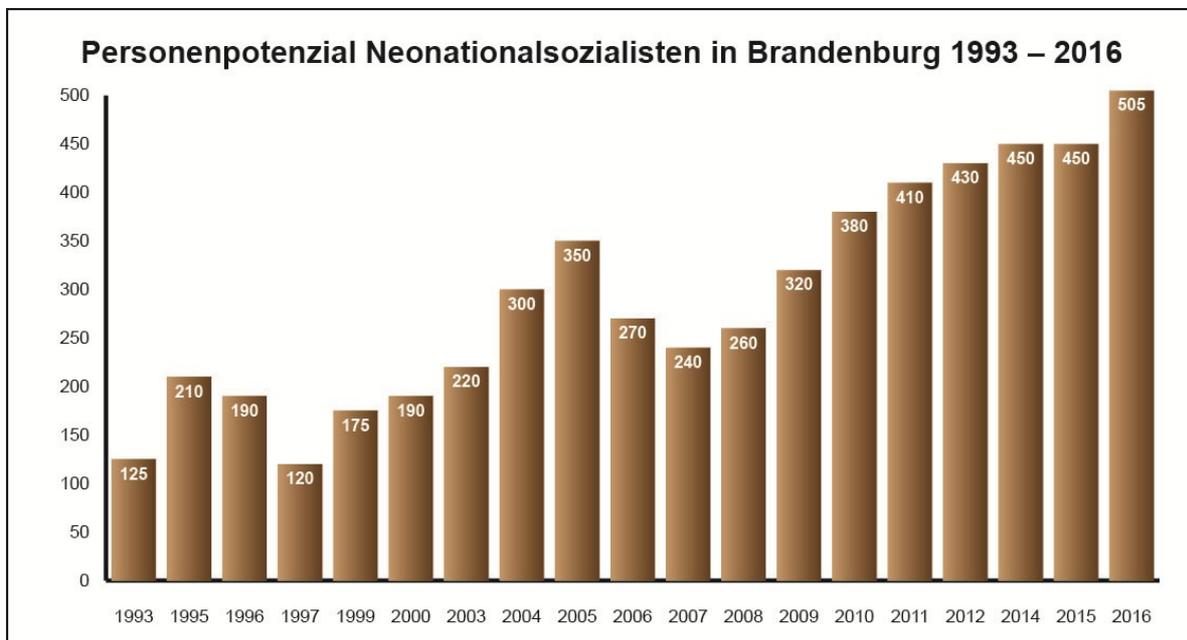
⁵⁶ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Erneute Verteilung in Wünsdorf“, 01.09.2016 (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁵⁷ Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Die Partei ‚Der III. Weg‘ unterstützt Anti-Überfremdungsaktivitäten in Beeskow!“, 10.1.2016 (letzter Zugriff am 17.5.2017)

⁵⁸Homepage Bundesverband „DER DRITTE WEG“: „Ja zur Familie Teil 1“, 20.11.2016 (letzter Zugriff am 17.5.2017)

2.5 Neonationalsozialisten und subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Neonationalsozialisten unterscheiden sich grundlegend von „subkulturell geprägten, gewaltbereiten Rechtsextremisten“. Natürlich können auch hier Übergänge fließend sein und personelle Überschneidungen bestehen. Dennoch lassen sich die unterschiedlichen „Szenen“ voneinander abgrenzen. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten verbindet insbesondere die Szene-Musik, die für sie ein identitätsstiftendes Element ist und ihren Lebensstil prägt. Sie scheuen es, in feste und auf Dauer angelegte Organisationsstrukturen eingegliedert zu werden. Misstrauisch halten „Subkulturelle“ Abstand zu rechtsextremistischen Parteien oder anderen Personenzusammenschlüssen. Im vergangenen Jahr stieg ihre Zahl auf 530 (2015: 470). In ähnlichem Maße stieg auch die Anzahl der Neonationalsozialisten auf 505 (2015: 450). Anders als die „subkulturell geprägten, gewaltbereiten Rechtsextremisten“ zeichnen sich die Neonationalsozialisten durch einen mehr oder weniger hohen Organisationsgrad aus. Dabei unterliegt die Szene einem steten Wandel.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Nach der Wiedervereinigung sammelten sich Neonationalsozialisten in den neuen Ländern insbesondere in hierarchisch organisierten Vereinen und Strukturen. Nach zahlreichen Vereinsverboten auf Bundes- und Landesebene suchten die Aktivisten nach alternativen Organisationsformen. Diese fanden sie zunächst im Kameradschaftswesen. Doch auch die Kameradschaften erwiesen sich nur als bedingt geeignet, rechtsstaatliche Vereinsverbote zu umgehen. Bis Mitte der 2000er Jahre kam es zu zahlreichen Verbotsverfahren, weil neonationalsozialistischen Gruppierungen nachgewiesen werden konnte, dass sie sich aktiv-kämpferisch gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richteten oder weil der Zweck der Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwider lief. Bis heute konnten auf diese Weise sieben rechtsextremistische Personenzusammenschlüsse in Brandenburg verboten werden:

1995: Direkte Aktion/Mitteldeutschland

1997: Kameradschaft Oberhavel

2005: Kameradschaft Hauptvolk, sowie die Untergliederung Sturm 27

2005: Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive (ANSDAPO)

2006: Kameradschaft Schutzbund Deutschland
2011: Freie Kräfte Teltow-Fläming (FKTF)
2012: Widerstand in Südbrandenburg („Spreelichter“)

Heute ist das Spektrum der Organisationsformen breit aufgefächert. Neonationalsozialisten führen ihren Kampf gegen das verhasste „System“ und die verfassungsmäßige Ordnung in ganz unterschiedlichen Zusammenschlüssen. Noch immer existieren vereinzelt klassische rechtsextremistische Vereine und Kameradschaften. Häufiger schließen sich Neonationalsozialisten jedoch als „Freie Kräfte“, „Autonome Nationalisten“, „Bruderschaften“ oder auch in Form loser (häufig internetbasierter) Netzwerke zusammen. Gemeinsam ist ihnen die Ablehnung fester Parteiorganisationen, weil Parteien bereits Teil des „Systems“ seien. Trotz der grundsätzlichen Ablehnung von Parteistrukturen hält Neonationalsozialisten nichts davon ab, anlassbezogen mit Parteien zu kooperieren. Sogar ein kompletter Übertritt in Parteien ist für Neonationalsozialisten nicht ausgeschlossen, sofern damit die Hoffnung verbunden ist, unter dem Dach einer Partei ein drohendes Vereinsverbot abzuwenden. Diesen Weg beschritt in Brandenburg beispielsweise die „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“ (KMOB), die 2014 geschlossen als „Kreisverband Märkisch Oderland Barnim“ (KMOB) in die Partei „DIE RECHTE“ eintrat.

Zumeist unterscheiden sich „Freie Kräfte“ und „Autonome Nationalisten“ auch im äußeren Erscheinungsbild von den althergebrachten Kameradschaften oder Skinhead-Gruppierungen. Nicht mehr Springerstiefel und Bomberjacke gehören zu den Erkennungszeichen. In den letzten Jahren hat eine grundsätzliche und vielschichtige Erneuerung des Auftretens und der Ästhetik der rechtsextremistischen Szene stattgefunden. Das Ziel ist Anschlussfähigkeit an die jüngere und erlebnisorientierte Generation. Dies führt dazu, dass „Autonome Nationalisten“ oder „Freie Kräfte“ im Auftreten äußerlich kaum mehr etwa von linksautonomen Szenegängern unterschieden werden können. Schwarze, legere Kleidung, Basecaps und Turnschuhe statt Springerstiefel sind die vorherrschenden Modeartikel bei rechtsextremistischen Zusammenkünften geworden.

Eine Besonderheit bilden die „Bruderschaften“ oder „Brotherhoods“. Deren Mitglieder kopieren den Lifestyle der „Outlaw Motorcycle Gangs“ (OMCG). Dafür werden sowohl Äußerlichkeiten wie beispielsweise Lederkuppen mit Patches (Vereinsabzeichen) als auch die streng hierarchischen Strukturen der Rocker übernommen. Nicht selten benennen die braunen Bruderschaften auch Funktionen und Ämter innerhalb ihres Clubs nach dem Vorbild der OMCG. So stehen den Bruderschaften für gewöhnlich ein Präsident und ein Vice-Präsident vor. Der Kassierer wird zum Treasurer. Vollwertige Mitglieder sind „Fullmembers“, Anwärter auf eine Mitgliedschaft werden „Prospects“ genannt. Auch wenn Rituale, Sprachcodes und Outfit aus der Welt der OMCGs stammen – mit einem wesentlichen Element des Rockerlebens fremdeln die Neonationalsozialisten: mit dem Motorrad. Ziel der Bruderschaften ist es vor allem, den inneren Zusammenhalt zu fördern und einen vermeintlich elitären Zirkel zu formen. Öffentliche, politische Auftritte sind eher die Ausnahme. In Brandenburg existierten 2016 insgesamt sieben dieser Bruderschaften. Nazis in Kutten sind damit in Brandenburg alles andere als ein seltenes Bild.

So vielfältig die Erscheinungsformen „moderner“ Neonationalsozialisten auch sein mögen, verbindendes Element ist die rechtsextremistische Ideologie. Allen Neonationalsozialisten ist gemein, dass sie sich – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – ideologisch auf das Dritte Reich als Ideal einer staatlichen Ordnung beziehen. Der Nationalsozialismus wird verherrlicht, die Verbrechen des Dritten Reiches werden verharmlost, relativiert oder verleugnet. Der militaristische Führerstaat wird als politisches Ziel ausgegeben. Demokratische Institutionen und Repräsentanten des Staates werden diffamiert und zu „Volksfeinden“ erklärt. Neonationalsozialisten propagieren eine Volksgemeinschaft auf

rassistisch-biologistischer Basis. Hinzu kommt ein aggressiver Nationalismus gepaart mit fremdenfeindlichem, rassistischem und antisemitischem Gedankengut. An die Stelle eines demokratischen Pluralismus tritt bei Neonationalsozialisten ein antipluralistischer Volkskollektivismus. All dies verkörpert eine fundamentale Ablehnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Grundsätzlich sind Neonationalsozialisten gewaltbereit, pflegen aber ein taktisches Verhältnis zur Gewalt, das heißt, sie behalten sich den richtigen Moment für den Einsatz von Gewalt vor, etwa den Zeitpunkt der „Machtergreifung“.

Regional lassen sich 2016 deutliche Schwerpunkte in Brandenburg erkennen. Insbesondere das südliche Brandenburg stellt einen „Hot Spot“ der subkulturell geprägten Szene dar. Cottbus und der angrenzende Landkreis Spree-Neiße beherbergen überdurchschnittlich viele Angehörige dieser Szene. Aber auch Frankfurt (Oder) und der Landkreis Oder-Spree heben sich vom Landesdurchschnitt ab. Die Landkreise im nördlichen Brandenburg zählen hingegen eher zu den Hochburgen der Neonationalsozialisten. Insbesondere in der Prignitz, in Ostprignitz-Ruppin sowie im Barnim und Märkisch-Oderland sind überdurchschnittlich häufig „Freie Kräfte“ oder „Autonome Nationalisten“ in ihren verschiedenen Ausprägungen zu finden. Insgesamt waren im Jahr 2016 im Land Brandenburg 20 neonationalsozialistische Personenzusammenschlüsse aktiv:

Neonationalsozialistische Strukturen 2016 in Brandenburg

Bezeichnung	Organisationsform	Region
Antikapitalistische Kollektive/Aktionsgruppe Nord-Ost (AKK/AGNO)	Autonome Nationalisten	PR/OPR
AO Strausberg	Bruderschaft	Strausberg (MOL)
Barnimer Freundschaft (BF 25)	Bruderschaft	Wandlitz (BAR)
Brigade 8	Bruderschaft	ohne regionale Zuordnung
Bruderschaft 25	Bruderschaft	Frankfurt (Oder)
Bruderschaft H8	Bruderschaft	Strausberg (MOL)
Europäische Aktion (EA)	Verein	Frankfurt (Oder)
Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN/O)	Freie Kräfte	Neuruppin (OPR)
Freie Kräfte Ost/Freie Kräfte Wittstock	Freie Kräfte	Wittstock (OPR)
Freie Kräfte Prignitz (FKP)	Freie Kräfte	Wittenberge/Lenzen (PR)
Freie Kräfte Schwedt/Oder (FKS)	Freie Kräfte	Schwedt/Oder (UM)
Hammerskin-Supporter (Crew 38)	Bruderschaft	ohne regionale Zuordnung
Identitärer Aufbruch	Freie Kräfte	Senftenberg (OSL)
Inferno Cottbus (inkl. Unbequeme Jugend)	Hooligans	Cottbus
Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)	Bruderschaft	Frankfurt (Oder)
Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB)	Kameradschaft	Bad Freienwalde (MOL)
Märkische Skinheads 88 (MS88)	Kameradschaft	OHV
Nationalisten Spremberg	Freie Kräfte	Spremberg (SPN)
North Side Crew	Kampfsportverein	Lübben (LDS)
Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT)	Bruderschaft	Wittstock (OPR)

Antikapitalistische Kollektive/Aktionsgruppe Nord-Ost (AKK/AGNO)

Die 2016 verstärkt öffentlichkeitswirksam in Erscheinung tretenden Gruppierungen des „Antikapitalistischen Kollektivs“ (AKK) agieren vordergründig, als wären es Linksextremisten, nämlich antikapitalistisch und antiimperialistisch. Die „Aktionsgruppe Nord-Ost“ (AGNO) ist aber ein Zusammenschluss von „Autonomen Nationalisten“, die sich als Teil des AKK-Berlin/Brandenburg verstehen und inhaltlich dem „Europaweiten Aktionsbündnis gegen den Kapitalismus (AKN/ACN) nahestehen. Die Gruppe bezeichnet sich selbst als „Autonome Nationalisten“ und kopiert das Autonomie-Konzept der Linksautonomen. Die Mitglieder grenzen sich zum einen durch das äußere Erscheinungsbild von gängigen Szeneklischees ab. Sie kleiden sich eben nicht „szenetypisch“, sondern verzichten auf einschlägige Marken beziehungsweise Kleidungsstücke. So sollen Vorurteile und Hemmnisse innerhalb der jugendlichen „Zielgruppe“ abgebaut werden. Der Zugang zu Jugendlichen wird durch ein junges, frisches, „poppiges“ Erscheinungsbild der Aktivisten und ihrer Publikationen erheblich erleichtert. Zudem grenzt sich die AGNO bewusst von festen Strukturen, wie Parteien ab. Das bietet ihnen Raum für „kreative Aktionen“, die eben nicht erst „von oben“ abgesegnet werden müssen. Die AGNO propagiert (wie ihr linkes Vorbild) die Bildung von „Schwarzen Blöcken“ auf Demonstrationen und ist dem gewalttätigen Straßenkampf nicht abgeneigt. Ihre Akteure verstehen sich selbst als neue und moderne „Nationale Sozialisten“, die den Kampf auf der Straße aufgenommen haben, um jegliche Jugendkulturen zu unterwandern. Sie bezeichnen sich selbst als sozialistisch und antikapitalistisch denkende Nationalisten, die den Fortbestand von Volk, Nation und Kultur durch „Multikulti“, „Überfremdung“ und „Vermischung“ gefährdet sehen. Ziel sei es, ein freies, nationales und sozialistisches Deutschland in einem Europa der Nationalstaaten zu schaffen.⁵⁹

Inhaltlich werden Themenfelder, wie Antikapitalismus, Naturschutz oder gesunde Ernährung besetzt und in einen völkischen, nationalen Kontext gerückt. Der Kampf gegen das „raffende Kapital“ bildet einen Kernpunkt der Kampagnen. Das „raffende Kapital“ wird dem „schaffenden Kapital“ entgegengehalten und ist ähnlich wie „jüdische Hochfinanz“, „Ostküste“ oder „ZOG“ (Zionist Occupied Government) eine Chiffre für das vermeintliche Streben von Juden nach Weltherrschaft. Die AGNO stellt sich als Globalisierungsgegner dar und propagiert einen Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union. Der Kapitalismus soll in eine staatlich kontrollierte Volkswirtschaft überführt werden, in der Schlüsselindustrien in der Hand des Staates bleiben. Die Zuwanderung „billiger Arbeitskräfte“ soll abgeschafft werden, sodass der deutsche Arbeiter nicht mehr gezwungen ist, unter Billiglohngegebenheiten arbeiten zu müssen.⁶⁰ Stil und Präsentation der Botschaften gleichen denen der antikapitalistischen Linken. Parallelen bestehen auch zu anderen alternativen, linken Jugendkulturen, wie zum Beispiel der „Straight Edge“- Bewegung.⁶¹ So wird unter anderem für einen gesunden Lebenswandel geworben. Übermäßiger Alkohol- und Zigarettenkonsum wird kritisiert und Drogenkonsum strikt abgelehnt. Ebenso steht der Natur- und Umweltschutz auf der Agenda. Gesellschaftlich interessierte Jugendliche können sich mit diesen Standpunkten leichter identifizieren und werden erst auf den „zweiten Blick“ mit dem rechtsextremistischen Hintergrund konfrontiert. Die AGNO steigert ihre Attraktivität innerhalb der Jugendszene, indem sie die Grenzen verwischt und eben keine strikte Trennung zwischen den einzelnen Jugendkulturen praktiziert.

Die Gruppierung zeichnete sich in den Jahren 2015 und 2016 vor allem durch häufige, auch überregionale Demonstrationsteilnahmen aus, so zum Beispiel am 6. Januar 2016 bei einem Fackelmarsch in Wittstock (OPR) und am 6. Februar 2016 sowie am 20. Februar 2016 in Plattenburg, Ortsteil Glöwen (PR). Im Rahmen der 1. Mai-Kundgebung in Plauen (Sachsen) formierten sich etwa 200

⁵⁹ AGNO Homepage: „Wir über uns“, ohne Datum (letzter Zugriff am 17.5.2017)

⁶⁰ AGNO Homepage: „Nationaler Sozialismus“ ohne Datum (letzter Zugriff am 17.05.2017)

⁶¹ AGNO Homepage: „Gesunder Lifestyle“ ohne Datum (letzter Zugriff am 17.05.2017)

AKK-Angehörige und -Sympathisanten zu einem „Schwarzen Block“, aus dem heraus es zu Angriffen auf Polizisten und Gegendemonstranten kam. AKK-Gruppierungen beteiligten sich unter anderem an den bundesweiten Protesten gegen die Freihandelsabkommen CETA und TTIP. Bei der Auswertung der regionalen Veranstaltungen fällt auf, dass die Mitglieder der AGNO regional gut vernetzt sind und persönliche Kontakte zu Akteuren anderer Organisationen pflegen. Dazu zählen insbesondere die „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ und die „Freien Kräfte Prignitz“. Persönliche Kontakte untereinander werden auch überregional unterhalten. So sind die Akteure der AGNO mit antikapitalistischen Gruppierungen wie etwa den „NS Müritz“ aus Mecklenburg-Vorpommern und dem Erfurter „Kollektiv 56“ aus Thüringen gut vernetzt.

AO Strausberg

Die rund zehn Mitglieder der „AO Strausberg“ sind regional in der rechtsextremistischen Szene in und um Strausberg (MOL) verankert. „AO“ steht vermutlich für „Aufbauorganisation“. 2005 war die „Alternative Nationale Strausberger Dart-, Piercing- und Tattoo-Offensive“ (ANSDAPO) verboten worden. Hier rahmten das A und das O das Kürzel NSDAP ein. Damit lehnte man sich offensichtlich seinerseits an die „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei / Aufbauorganisation (NSDAP/AO) an, ein nationalsozialistischer Versandhandel mit Sitz in den USA. Die Zahlen- und Buchstaben-Mimikry ist für rechtsextremistische Subkulturen typisch. Sie trennt zwischen Eingeweihten und Nicht-Eingeweihten und verschafft somit Ersteren das Gefühl von Zusammengehörigkeit, Identität und Kontinuität.

Vereinzelt nahmen Mitglieder der AO Strausberg an asylfeindlichen Versammlungen teil, ohne dabei einen Bezug zu der Gruppierung erkennen zu lassen. Die AO Strausberg tritt bei szeneeinternen Veranstaltungen mit rockerähnlichen Kutteln auf und wird daher zu den „Bruderschaften“ gezählt.

Barnimer Freundschaft (BF 25)

Eine weitere „Bruderschaft“ ist die „Barnimer Freundschaft“. Die Gruppierung besteht aus Personen aus dem Landkreis Barnim und Berlin. Die Mitglieder tragen auf Szeneveranstaltungen Lederkutteln mit eigenen Logos und Schriftzügen. Die Gruppe unterhält gute Beziehungen zum NPD-Kreisverband Barnim-Uckermark sowie zu Rechtsextremisten aus Berlin und Thüringen. Der bundesweit durch sein öffentlich gezeigtes KZ-Tattoo bekanntgewordene Marcel Zech sowie der rechtsextremistische Liedermacher „Recht auf Wahrheit“ (R.a.W.) und der rechtsextremistische Berliner Rapper „Villain051“ sind Mitglieder in der „Barnimer Freundschaft“. Beide Musiker gehören dem Musikprojekt „A3stus“ an. Dass die „Barnimer Freundschaft“ in der rechtsextremistischen Szene bestens vernetzt ist, zeigte sich am 15. Oktober 2016. Die Gruppe stellte die Security für eines der größten rechtsextremistischen Konzerte der letzten Jahre in Unterwasser (Schweiz) mit 5.000 Besuchern. Am 10. September 2016 wurde durch die Polizei ein rechtsextremistisches Konzert im Clubhaus unterbunden. Darüber hinaus waren hier Auftritte mehrerer Liedermacher und Bands geplant. Das Clubhaus befindet sich in Wandlitz, OT Klosterfelde (BAR).

Brigade 8 (B8)

Die in Schleswig-Holstein gegründete „Brigade 8“ ist ein rechtsextremistischer Personenzusammenschluss, welcher wie ein Rockerclub strukturiert ist. B8 ist ebenfalls ein Versteckspiel mit Zahlen und Buchstaben. Das Kürzel ist eine Reminiszenz an die im Jahr 2000 verbotene neonazistische Skinheadorganisation „Blood and Honour“ (B&H). In Brandenburg verfügt die „Brigade 8“ über keine eigene feste Struktur. Im Raum Cottbus/Spree-Neiße gibt es mehrere Anhänger des in Weißwasser (SN) beheimateten „Brigade 8“-Chapters „Eastside“.

Bruderschaft 25

Die aus Frankfurt (Oder) und Umgebung stammende „Bruderschaft 25“ zählt fünf Mitglieder. „25“ ist ein oft genutzter Szenecode und steht für den 2. („B“) und den 5. („E“) Buchstaben des Alphabets. Dabei handelt es sich um eine Anspielung auf den Wahlspruch der Hitlerjugend: „Blut und Ehre“. Die Namensähnlichkeit zur verbotenen rechtsextremistischen Vereinigung „Blood and Honour“ („Blut und Ehre“) ist offensichtlich und zeigt die Verbundenheit der Gruppe zur rechtsextremistischen Musikszene.

Bruderschaft H8

Die aus der Region Strausberg (MOL) stammende „Bruderschaft H8“ hat etwa zehn Mitglieder. Bei Veranstaltungen tragen sie Lederkutteln mit Symbolen und Schriftzügen. Das Symbol der „Bruderschaft H8“ sind zwei in Form eines „X“ gekreuzte Doppelpfeile. Dieses Erkennungszeichen ist angelehnt an das Symbol der „Pfeilkreuzler“, einer bis 1945 in Ungarn existierenden faschistischen Partei. Der Zusatz „H8“ hat eine doppelte Bedeutung. Zum einen wird „H8“ auf Englisch wie „hate“ ausgesprochen, steht also für „Hass“. Zum anderen wird die Kombination von „H“ und „8“ in der rechtsextremistischen Szene auch als Abkürzung für „Heil Hitler“ verwendet, da der 8. Buchstabe des Alphabets das „H“ ist. Die „Bruderschaft H8“ ist überregional gut vernetzt, besonders mit Rechtsextremisten aus Berlin und Thüringen. Im Oktober 2016 konnte die Polizei in Letschin (MOL) eine als private Geburtstagsfeier deklarierte Konzertveranstaltung der „Bruderschaft H8“ verhindern.

Europäische Aktion (EA)

Die „Europäische Aktion“ (EA) wurde zu Beginn des Jahres 2010 gegründet und hat ihren offiziellen Sitz in der Schweiz. Unter ihrem Dach versammeln sich Rechtsextremisten unterschiedlicher Couleur. An der Gründung waren unter anderem ehemalige Mitglieder der 2008 verbotenen rechtsextremistischen Organisationen „Collegium Humanum“ (CH) und „Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten“ (VRBHV) beteiligt. Die EA betreibt eine ausgeprägte antisemitische und reversionistische Agitation. Sie unterhält in Frankfurt (Oder) einen Stützpunkt mit einer Handvoll Mitgliedern. Wie auch in den beiden Vorjahren nahmen Mitglieder des Stützpunktes am 16. Juli 2016 am „Autonomiemarsch für Oberschlesien“ in Katowice (Polen) teil.

Freie Kräfte Neuruppin / Osthavelland (FKN/O)

Etwa 15 Aktivisten sind dem Kern der „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ (FKN/O) zuzurechnen. Sie waren auch 2015 und 2016 wieder die aktivste rechtsextremistische Gruppierung in der Region. Die FKN/O organisieren teilweise mit hohem Aufwand eigene Demonstrationen und Mahnwachen und kündigen auf ihrer Facebook-Seite regelmäßig Termine an. Im Mittelpunkt ihrer Agitation stand auch 2016 wieder die „Anti-Asyl-Kampagne“. Die FKN/O war zumindest mitverantwortlich für eine Reihe von Veranstaltungen, wie zum Beispiel die Demonstrationen in Plattenburg/OT Glöwen (PR). Sie fanden unter dem Motto „Friedlich ist nicht, wer schweigt, sondern der das Unrecht beim Namen nennt!“ am 6. Februar 2016, 20. Februar 2016 und 3. Juni 2016 statt. Am 30. September 2016 wurde in Perleberg (PR) ein weiteres Mal unter dem Motto demonstriert. Hintergrund war der Urteilspruch gegen einen afghanischen Jugendlichen wegen sexueller Belästigung. Die FKN/O meinten das Urteil skandalisieren und für sich ausschlagen zu können. Doch es kamen nur etwa 30 Demonstranten.

Am 20. April 2016, dem Jahrestag der Bombardierung von Nauen (HVL) durch Alliierte und des in der Szene gerne gefeierten „Führergeburtstags“, halten die „Freien Kräfte Neuruppin/Osthavelland“ regelmäßig Mahnwachen ab. 2016 wurden sie durch Vertreter der NPD und von „DER DRITTE WEG“

unterstützt. Am 2. Juli 2016 beteiligten sich FKN/O-Mitglieder an provokativen Gegenaktionen zum „Emil-Wendland-Gedenken“, mit dem in Neuruppin (OPR) an den Obdachlosen erinnert wird, der 1992 von Neonationalsozialisten ermordet wurde.

Diese Aktionen, wie auch regelmäßige interne Events, dienen zum einen der Bindung der Kameraden an die FKN/O, zum anderen aber auch der Kontaktpflege zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, insbesondere der NPD. Mehrere Aktivisten der FKN/O sind Mitglied der NPD.

Freie Kräfte Ost“ (FKO) / „Freie Kräfte Wittstock

Im Jahr 2011 etablierte sich in Wittstock/Dosse (OPR) die neonationalsozialistische Struktur „Freie Kräfte Ost“ (FKO). Dieser Zusammenschluss gewaltbereiter Jugendlicher setzte sich zunächst nicht nur aus Jugendlichen und jungen Erwachsenen der Stadt Wittstock, sondern auch aus der Altmark und dem Raum Waren/Müritz (Mecklenburg-Vorpommern) zusammen. Der Aktionsradius erstreckte sich schnell auf die Nachbarstadt Neuruppin (OPR). Einige Aktivisten der FKO zeichnen sich durch besonders häufige Demonstrationsteilnahmen aus. An die Stelle des Namens „Freie Kräfte Ost“ (FKO) trat in den letzten Jahren die Bezeichnung „Freie Kräfte Wittstock / Dosse“. Der Personenkreis blieb jedoch identisch. Auch die engen Beziehungen in die Altmark und zu „Freien Kräften“ in und um Waren/Müritz sind geblieben. Die Mitglieder fielen häufig durch Gewalttaten auf. Einige Rechtsextremisten aus der Stadt pflegen enge Beziehungen zum inzwischen verbotenen „Hamburger Nationalkollektiv / Weiße Wölfe Terror Crew“ (HNK/WWT). Zudem existieren enge Verflechtungen und zumindest personelle Überschneidungen zur „Aktionsgruppe Nord/Ost“ (AGNO). Banner und Transparente der „Freien Kräfte Wittstock“ tauchen immer wieder bei Demonstrationen und Veranstaltungen neben denen der AGNO auf, so zum Beispiel beim „Fackelmarsch“ in Wittstock (OPR) am 6. Dezember 2015 und am 6. Februar 2016 in Plattenburg, OT Glöwen (PR).

Freie Kräfte Prignitz (FKP)

Unter der Bezeichnung „Freie Kräfte Prignitz“ (FKP) traten Angehörige der rechtsextremistischen Szene aus Wittenberge und Lenzen (beide PR) erstmals am 18. Januar 2014 bei einer Demonstration in Magdeburg (Sachsen-Anhalt) auf. Es handelt sich um einen lockeren, aber gut vernetzten Zusammenschluss von rund 15 Personen. Sie pflegen einen engen und regen Kontakt zu den „Freien Kräften Neuruppin/Osthavelland“. Die FKP sind auch überregional gut vernetzt und unterhalten Kontakte zur rechtsextremistischen Szene in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Im Jahr 2016 bildete die „Anti-Asyl-Kampagne“ einen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten. So versuchten die FKP den sexuellen Übergriff eines jugendlichen Afghanen auf Kinder in der Gemeinde Plattenburg auszuschlachten und beteiligten sich an der Organisation sowie Durchführung mehrerer lokaler Demonstrationen. Auf ihrer Facebook-Seite geben sie Veranstaltungshinweise, posten Kommentare und Bilder zu eigenen Aktionen und teilen Berichte über Aktionen anderer rechtsextremistischer Gruppierungen. Dazu zählen die NPD, „DER DRITTE WEG“ und weitere „Freie Kräfte“.

Freie Kräfte Schwedt/Oder

Die „Freien Kräfte Schwedt/Oder“ (UM) traten erstmals im Jahr 2013 in Erscheinung und hatten in der Vergangenheit keine Berührungsscheu mit der örtlichen NPD. Es gab gemeinsame Aktionen, die im Internet kundgetan wurden. Am 23. Februar 2016 – Todestag von Horst Wessel – wurde auf dem Facebook-Profil „Wahrheit für Schwedt“ darüber berichtet, dass in Schwedt/Oder (UM) Transparente mit der Abbildung von Horst Wessel angebracht wurden, untertitelt mit den Worten „ERMORDET DURCH ROTE HAND“. Man erfährt über die Nazi-Ikone: „Horst Wessel war ein vorbildlicher SA Sturmführer und

ein Deutscher Freiheitskämpfer. [...] Horst Wessel und auch andere SA Kämpfer sollten für uns ein Vorbild sein.“ Die Aktion trägt die Handschrift der „Freien Kräfte Schwedt (Oder)“.⁶² Ebenfalls über das Facebook-Profil „Wahrheit für Schwedt“ wurde unter dem Motto „8. Mai, wir feiern nicht!“ berichtet, dass „am 8. Mai 2016 die Freien Kräfte Schwedt (Oder) und Mitglieder des NPD Ortsbereiches ein Gesteck auf dem Soldatenfriedhof in Schwedt (Oder) [ablegten], um an die deutschen Opfer zu gedenken, die durch die Besatzer ermordet worden sind.“ Der Bericht endet mit den Worten: „Wir feiern den 8. Mai nicht, denn! Befreier morden nicht! Befreier rauben nicht! Befreier schänden nicht!“. Den Internetbeitrag unterzeichnete David Weide, Kreistags- und Stadtabgeordneter für die NPD Barnim-Uckermark. Auf der Schleife des Gestecks war zu lesen: „Im Kampf für die Freiheit gestorben, NPD Ortsbereich Schwedt/O., freie Kräfte Schwedt/O.“⁶³

Anlässlich der Wiederkehr des Todestages von Rudolf Hess fand in Schwedt/Oder (UM) am 17. August 2016 wieder eine Plakatierung statt. Es wurde an einem Brückengeländer ein Bettlaken festgestellt, auf dem das Abbild von Rudolf Hess sowie der Schriftzug „MÄRTYRER STERBEN NIE“ angebracht waren. Auch diese Aktion trägt die Handschrift der „Freien Kräfte Schwedt/Oder“.⁶⁴ Anlässlich des „Heldengedenkens“ am 13. November 2016 legten der NPD-Ortsbereich Schwedt und die „Freien Kräfte Schwedt/Oder“ wieder einen gemeinsamen Grabstrauß in Schwedt/Oder ab. Die Aktion wurde auf der Facebook-Seite „Wahrheit für Schwedt“ dokumentiert.⁶⁵

Hammerskin-Supporter/Crew 38

In Brandenburg existiert seit 2012 die „Crew 38 Brandenburg“. Hinter „Crew 38“ verbirgt sich eine Supporter-Gruppierung der Hammerskins. Die Hammerskins, die ursprünglich aus den USA stammen, sind der rechtsextremistischen Musikszene zugehörig und organisieren europaweit Konzerte. Die „Crew 38“ erledigt dabei vorrangig Hilfsaufgaben wie beispielsweise Ordnerdienste. Vereinzelt werden durch die „Crew 38“ auch eigenständig Konzerte durchgeführt. „38“ ist ebenfalls ein Szenecode. Er steht für den 3. („C“) und den 8. („H“) Buchstaben des Alphabets und die wiederum für „Crossed Hammers“, also gekreuzte Hammer, das Emblem der „Hammerskins“.

Identitärer Aufbruch

„Identitärer Aufbruch“ ist der Name einer kleinen Aktionstruppe von Rechtsextremisten, die unter wechselnden Bezeichnungen aktiv sind und verschiedene öffentlichkeitswirksame Aktionen zum Thema „Volkstod“ inszenierten. Bekannt geworden sind vor allem Aktionen, bei denen sich Rechtsextremisten als „Krümelmonster“ kostümierten. Zwischen 2013 und 2015 sorgten Aktionen an Schulen der Region Lausitz für Aufsehen, als Rechtsextremisten Gräber aushoben und Propagandamaterial verteilten. Damit wollten sie symbolisch zum Ausdruck bringen, Demokraten hätten „das deutsche Volk“ getötet. Seit Mitte 2015 versuchte diese zahlenmäßig sehr kleine Gruppe aufkeimende „Anti-Asyl“-Proteste ebenfalls für sich zu nutzen. Sie gab sich eine seriöser klingende Bezeichnung und trat seit Ende 2015 als Bürgerinitiative „Heimat & Zukunft“ im Internet auf und ist nicht zu verwechseln mit der asylkritischen Bürgerinitiative „Zukunft Heimat“. Obwohl die Themen Massenabwanderung, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung die Menschen in der Lausitz durchaus beschäftigen, stieß die „Volkstod“-Kampagne nie auf Resonanz. Auch die Versuche, auf die „Anti-Asyl“-Proteste aufzusatteln, schlugen fehl. Im Jahre 2016 nahm die Popularität der „Identitären Bewegung“ stark zu. Die Lausitzer Kleinstgruppierung wollte auf dieser Welle mitschwimmen gab sich die neue Bezeichnung „Identitärer Aufbruch“, schuf sich ein

⁶² Facebook-Seite „Wahrheit für Schwedt“, 23.02.2016 (letzter Zugriff am 08.03.2016)

⁶³ Facebook-Seite „David Weide“, 08.05.2016 (letzter Zugriff am 09.05.2016)

⁶⁴ Facebook-Seite „Wahrheit für Schwedt“, 17.08.2016 (letzter Zugriff am 07.09.2016)

⁶⁵ Facebook-Seite „Wahrheit für Schwedt“, 13.11.2016 (letzter Zugriff am 15.11.2016)

Logo in den Farben der „Identitären Bewegung“ und richtete Profile in verschiedenen sozialen Netzwerken ein. Es folgten mehrere Aktionen im Stile der „Identitären Bewegung“, über die umgehend auf den entsprechenden Seiten des „Identitären Aufbruch“ berichtet wurde. Am 7. November 2016 wurde am Haupteingang des Landratsamtes in Senftenberg (OSL) ein Plakat mit der Aufschrift „An euren Händen klebt Blut“ angebracht. Weiterhin wurden drei Figuren aufgestellt, die die Bundeskanzlerin, den Landrat und den Bürgermeister darstellen sollten. An den Figuren befanden sich die Schriftzüge „Überfremdung, Asylwahn, Volksaustausch“. Der „Identitäre Aufbruch“ in der Lausitz ist keine Teilmengliederung der Organisation „Identitären Bewegung“. Die Lausitzer Aktionsgruppe orientiert sich lediglich an der „Identitären Bewegung“.

Inferno Cottbus (IC99) / Unbequeme Jugend Cottbus (UJC)

„Inferno Cottbus“ existiert nach eigenem Bekunden seit 1999 und ist eine rechtsextremistische Fußball-Hooligan-Gruppierung des „1. FC Energie Cottbus“. Sie verfügen zusammen mit ihrer Jugend-/Nachwuchsorganisation „Unbequeme Jugend Cottbus“ über ein Personenpotenzial im hohen zweistelligen Bereich. Die Mitglieder, die aus Cottbus, dem nahen Umland und vereinzelt sogar aus dem nördlichen Sachsen stammen, sind bestens in der rechtsextremistischen Szene Südbrandenburgs und mit anderen rechtsextremistischen Fangruppierungen vernetzt. Der Gruppierung wurde durch den „1. FC Energie Cottbus“ ein Erscheinungs- und Auftrittsverbot im eigenen Stadion ausgesprochen. Einige Mitglieder haben zum Teil jahrelange bundesweite Stadionverbote.

Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)

Die „KSKW“ setzt sich aus Rechtsextremisten aus Frankfurt (Oder), Beeskow (LOS) und Gardelegen (Sachsen-Anhalt) zusammen. Die Gruppierung verfügt über 10 bis 15 Mitglieder. Einige der Beeskower Mitglieder gehören ebenfalls der rechtsextremistischen Band „Frontfeuer“ an. Mitglieder nehmen sporadisch an asylfeindlichen Versammlungen teil, geben sich dabei aber nicht als Mitglieder der „KSKW“ zu erkennen.

Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB)

„KMOB“ – diese Abkürzung steht für „Kameradschaft Märkisch Oder Barnim“. Seit Februar 2014 steht sie auch für „Kreisverband Märkisch-Oderland-Barnim“ der Partei „DIE RECHTE“. An der Gründung des Kreisverbands am 1. Februar 2014 waren Angehörige der Kameradschaft beteiligt. Die Deckungsgleichheit der Abkürzung ist kein Zufall: Die aus der Kameradschaft kommenden Mitglieder haben den Schutzschirm des Parteienprivilegs gesucht, um einem möglichen Organisationsverbot zuvorzukommen. Die Führungsperson der Kameradschaft, Robert Gebhardt, ist auch der Vorsitzende des Kreisverbandes.

Märkische Skinheads 88 (MS 88)

Die aus der Region stammende Gruppierung „Märkische Skinheads 88“ (MS88) ist seit 2011 bekannt und insbesondere in der Konzertszene aktiv. Führende Aktivisten sind im NPD-Kreisverband Oberhavel aktiv. Die Gruppierung ist unter anderem an der Organisation und Durchführung von Konzerten und Musikveranstaltungen beteiligt. Hier spielt insbesondere Robert Wolinski und dessen Veranstaltungsdienst „MVD“ eine tragende Rolle. So waren die „MS88“ beispielsweise im Jahr 2014 für ein Konzert in Greifswald (Mecklenburg- Vorpommern) sowie ein Konzert in Staupitz (Sachsen) verantwortlich. Nachdem es im Jahr 2015 wieder ruhiger um die Gruppierung geworden war, wurden die

„MS88“ mit Liederabenden am 29. Januar 2016 in Mecklenburg-Vorpommern und am 30. Januar 2016 in der Region Oranienburg wieder aktiv.

Nationalisten Spremberg

Die rechtsextremistische Szene Spremberg (SPN) ist seit Jahren eine der aktivsten und aggressivsten im Land Brandenburg. Es handelt sich um eine Szene mit auffallend vielen minderjährigen Mitgliedern. Nicht wenige haben Straftaten zu verantworten, zumeist Schmierereien, die häufig öffentlichkeitswirksam an stark frequentierten Orten wie Bahnhof oder Busbahnhof angebracht werden, sodass die rechtsextremistische Szene im Stadtbild präsent ist. Die Szene in Spremberg zeichnet eine starke Fluktuation aus. Einige der Jugendlichen sind im „Fanclub Spremberg“ des FC Energie Cottbus e. V. organisiert. Bereits seit vielen Jahren sind Verbindungen der Spremberger Rockerszene zur rechtsextremistischen Szene bekannt. In den 90er Jahren entstand der MC Berserker. Im Jahre 2002 trat der MC Berserker zum MC Gremium Cottbus über. Seit 2004 existiert ein eigenes Chapter Spremberg des MC Gremium. Einige ältere Neonazis der Region sind bei den Rockern aktiv, unterhalten aber zumindest weiterhin persönliche Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene.

Northsidecrew (NSC)

Der in Lübben (LDS) beheimatete rechtsextremistische Kampfsportverein „Northsidecrew“ (NSC) hat ca. 15 Mitglieder und verfügt mit der ehemaligen Diskothek „Players“ über eigene Trainings- und Clubräume. Bereits die Abkürzung „NSC“ lässt den Charakter der Gruppe erahnen. Auch das Vereinssymbol erinnert nicht rein zufällig an Dolche, welche die zur NSDAP gehörende „Sturmabteilung“ (SA) trug. Die SA nutzte das Motiv des Dolchs ebenso im „Wehr-“ und im „Sportabzeichen“. Die „NSC“ ist in der regionalen rechtsextremistischen Szene Südbrandenburgs gut vernetzt, besonders mit der rechtsextremistischen Fußballhooligan-Szene und führt in unregelmäßigen Abständen Szene-Veranstaltungen in ihren Trainingsräumen mit mehreren Dutzend Teilnehmern durch. So konnte die Polizei beispielsweise am 30. April 2016 ein Konzert mit ca. 80 Teilnehmern verhindern.

Weisse Wölfe Terrorcrew (WWT)

Die „Weisse Wölfe Terrorcrew“ (WWT) entstand 2007 in der rechtsextremistischen Skinheadszenen in Hamburg als Fangruppierung der rechtsextremistischen Musikgruppe „Weisse Wölfe“ aus Nordrhein-Westfalen. In der Folgezeit begingen die Mitglieder mehrere rechtsextremistisch motivierte Straftaten und offenbarten ihre Sympathie zu dem in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk. 2011 formierte sich die „WWT“ neu. Sie verlor Mitglieder aus der subkulturell geprägten rechtsextremistischen Szene, nahm neue Mitglieder aus dem Spektrum der „Autonomen Nationalisten“ auf und wurde politisch aktiver. 2014 gründete die „WWT“ Sektionen in mehreren Bundesländern. In der Hochzeit konnten der „WWT“ rund 70 bis 100 Mitglieder in elf Bundesländern zugerechnet werden. Die „WWT“ war streng hierarchisch gegliedert. Das Sagen hatte der Sektionsleiter. Die „WWT“-Mitglieder besuchten nicht nur Konzerte, sondern organisierten auch welche. Identitätsstiftend waren die regelmäßigen Demo-Teilnahmen, uniforme Kleidung, mit der man sich auf Veranstaltungen blicken ließ, sowie Gewalttaten aus der Gruppe heraus. Die „WWT“ sah sich als elitäre Vereinigung innerhalb der Szene. Mitglieder der „WWT“ trugen auf Demonstrationen ein Banner mit der Aufschrift: „Die Schonzeit ist vorbei! Nationalen Sozialismus durchsetzen! Mit allen Mitteln... Auf allen Ebenen...“

Am 16. März 2016 hat der Bundesminister des Innern die gewaltbereite rechtsextremistische Vereinigung „Weisse Wölfe Terrorcrew“ verboten, deren Zweck und Tätigkeit den Strafgesetzen zuwider lief und sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtete. Es wurden Durchsuchungsmaßnahmen in

zehn Bundesländern, so auch in Brandenburg, durchgeführt. Die Mitglieder der bundesweit aktiven Gruppierung waren über Jahre hinweg durch Neonazi-Propaganda und Gewaltstraftaten gegen Migranten, „linke“ Szeneangehörige und Polizeibeamte aufgefallen. Das Verbot ist mittlerweile bestandskräftig. Einzelpersonen der WWT waren auch in Brandenburg, insbesondere in Wittstock (OPR) aktiv.

2.6 „Identitäre Bewegung“

Auch wenn sie sich anders nennen, die „Identitären“ sind mehr Organisation als Bewegung. In Deutschland sind sie als eingetragener Verein organisiert. Es gibt Funktionäre, einfache Mitglieder, Fördermitglieder, eine Satzung, Landes- und Ortsverbände und eine Spendenkasse. Programmatische Schriften sind auf ein Minimum reduziert.

Die „Identitäre Bewegung“ wird der „Neuen Rechten“ zugerechnet. Die „Neue Rechte“ distanziert sich vom Nationalsozialismus der Vergangenheit sowie vom Neonationalsozialismus der Gegenwart und ist rechtsintellektuell ausgerichtet. Die „Identitären“ richten sich an ein eher jugendliches Klientel mit konservativ-revolutionärer Ausrichtung. Ein zeitgemäßer Auftritt mit neuer Symbolik und gemäßiger Rhetorik eröffnet ihnen Zugänge sowohl zur aktionsorientierten Jugendszene als auch zum konservativ bürgerlichen Milieu. Dennoch verfolgen sie das Ziel, zentrale Verfassungsnormen abzuschaffen und einen völkischen Nationalstaat zu errichten. Die „Identitäre Bewegung“ ist ein aktionsorientiertes und stark internetbasiertes Netzwerk. Ihr Logo ist das Symbol des gelben griechischen Buchstabens Lambda auf schwarzem Grund. Ihren Ursprung hat die „Identitäre Bewegung“ im „Bloc identitaire“, einer aus verschiedenen regionalen Gruppen entstandene politische Bewegung in Frankreich, die der „Neuen Rechten“ zugerechnet wird. Im Oktober 2012 besetzten französische „Identitäre“ ein Moscheedach in Poitiers (Frankreich). Es handelte sich um eine symbolische Aktion, denn Poitier war der Ort eines Scharmützels, bei dem im Jahr 732 ein fränkisches Reiterheer unter Karl Martell erstmals die Sarazenen besiegen konnte. Zuvor hatte diese Gruppierung auf YouTube eine „Kriegserklärung“ eingestellt. Im Jahr 2012 weitete sich die „Identitäre Bewegung“ nach Österreich und Deutschland aus.

Am 10. Oktober 2012 gründete sich die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IDB) als Facebook-Gruppe. Im August 2014 wurde der Verein „Identitäre Bewegung Deutschland e.V.“ gegründet. Er ist beim Amtsgericht Paderborn (Nordrhein-Westfalen) registriert. Die Anhänger vertreten ethnopluralistische Ideen. Demnach sind alle Völker gleichwertig, solange sie sich nicht vermischen. Sonst werden sie dekadent und minderwertig. Unter „identitär“ verstehen sie, ihre jeweils eigene regionale, nationale und kulturelle Herkunft gegen Einflüsse von außen zu verteidigen und Traditionen zu bewahren. Auf der Homepage „www.identitaerebewegung.de“ wird behauptet, man stehe für „100% Identität, 0% Rassismus“. Allerdings tauschen sie nur die Begriffe „Rasse“ gegen „Identität“ aus. Der Begriff „Identität“ ist jedoch nichts anderes als ein kulturalistisches Deckmäntelchen für das biologistische Abstammungsprinzip, denn er wird ebenfalls durch die Kategorien „Volk“ und „Raum“ bestimmt. Letztlich läuft das identitäre Modell auf Abschottung und Apartheid hinaus.

Seit dem Jahr 2015 trat die „Identitäre Bewegung“ verstärkt mit der Kampagne „Der große Austausch“ an die Öffentlichkeit, einem Szenario, wonach die einheimische Bevölkerung verschwindet und durch fremde Einwanderer ersetzt wird. Die einheimische Bevölkerung laufe Gefahr, binnen kurzer Zeit zur Minderheit zu werden. Eine islamische Mehrheit und eine islamisch geprägte Gesellschaft drohten. Es wird auch der Begriff „Ethnosuizid“ ins Feld geführt.

„Identitäre Bewegung“ in Brandenburg

Anhänger der „Identitären Bewegung“ aus Berlin und Brandenburg starteten am 20. April 2014 ihren Facebook-Auftritt. Nachdem die „Identitäre Bewegung“ in Brandenburg in den ersten zweieinhalb Jahren ihres Bestehens nicht an das bürgerlich-konservative Milieu andocken konnte, änderte sich die Situation im Zuge der gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit dem verstärkten Flüchtlingsstrom ab Mitte 2015 einhergingen. Themen der „Identitären“ wie „nationale und kulturelle Identität“ sowie „Islamisierung“ wurden plötzlich populär. Es entstand eine Schnittmenge zwischen asylkritischen

Bürgern und asylfeindlichen Rechtsextremisten, die für die Ideologie und Aktionsformen der „Identitären Bewegung“ durchaus empfänglich war. Am 3. Dezember 2015 kündigte die „Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg“ auf ihrer Facebook-Seite an, nunmehr auch in Brandenburg aktiv werden zu wollen und rief für das Jahr 2016 zur „Märkischen Offensive“.

Die „Identitäre Bewegung“ nutzte asylkritische Proteste, um ihre Botschaft zu transportieren. Im PEGIDA-Umfeld stieß sie auf ein aufgeschlossenes Publikum und offene Ohren. Da die „Identitären“ als rechtsextremistische Bewegung der breiten Öffentlichkeit eher unbekannt waren und auch nicht dem Image eines rechtsextremistischen „Bürgerschrecks“ entsprechen, begegneten ihnen auf derartigen Veranstaltungen kaum Vorbehalte. Die „Identitären“ fanden hier eine Spielwiese und ihre dezent verpackten rassistischen Thesen fielen gelegentlich auf fruchtbaren Boden.

Die erste Kundgebung der „PEGIDA Havelland“ am 23. Januar 2016 in Schönwalde (HVL) bezeichnete die „Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg“ auf ihrer Facebook-Seite als Auftakt ihrer Kampagne „Märkische Offensive!“ Eine Person der „Identitären Bewegung“ trat als Redner auf. An einer asylkritischen Demonstration am 19. März 2016 in Lübben (LDS) nahm erstmals eine ganze Gruppe „Identitärer“ teil.

Gelegentlich fanden kleinere Propagandaaktionen im Land Brandenburg statt. Es wurden mehrere Ausflüge durch das Land unternommen, über die dann im Internet berichtet wurde. Die „Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg“ berichtet auf ihrer Facebook-Seite über ein „IB-Sommercamp Berlin-Brandenburg 2016“, das am Wochenende vom 23. bis 25. September im Oderbruch stattfand. Das Camp galt dem gegenseitigen Kennenlernen, Vermitteln „identitärer Ansichten“, dem Erlernen von Kampfsport-Techniken einschließlich Übungskämpfen. Zudem wurden „Vorträge über grundlegende Standpunkte der Identitären Bewegung und Massenpsychologie“ gehalten.

Große öffentlichkeitswirksame Aktionen veranstaltete die „Identitäre Bewegung“ jedoch nicht im Land Brandenburg, sondern in Berlin. Am 17. Juni 2016 demonstrierte sie dort unter dem Motto „Aufstand gegen das Unrecht und für unsere Zukunft“ unter anderem gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung. Obwohl viele „Identitäre“ von auswärts anreisten, kamen letztlich nur 150 Teilnehmer zusammen. Am 27. August 2016 kletterten „Identitäre“, unter ihnen auch mehrere Brandenburger, auf das „Brandenburger Tor“ in Berlin, brachten Transparente an, zündeten Bengalos und schwenkten „Lambda“-Fahnen. In der Folge feierten sich die „Identitären“ für ihren gelungenen Coup ausgiebig im Internet. Diese logistisch gut vorbereitete Aktion an einem derart symbolträchtigen Ort sicherte der „Identitären Bewegung“ die Aufmerksamkeit der Medien, fachte aber zugleich die Diskussion über den Umgang mit dieser Gruppierung an. Am 19. November 2016 besetzten „Identitäre“ einen Balkon der Bundesgeschäftsstelle der Partei „BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN“ in Berlin. Sie entrollten dort ein Transparent, schwenkten Fahnen und zündeten Pyrotechnik. Eine Person wandte sich mit einem Megaphon an die Öffentlichkeit. Die Aktion richtete sich gegen „Multikulti und Masseneinwanderung“ und sollte auf Frauenrechte aufmerksam machen. Für sofortige Grenzschließung, Remigration und gegen Islamisierung und Terror protestierte die „Identitäre Bewegung“ am 21. Dezember 2016 mit einer Sitzblockade an der CDU-Parteizentrale in Berlin-Mitte. Es nahmen rund 50 Personen teil. Einer Aufforderung der Polizei zur Auflösung der Blockade kamen die Teilnehmer nicht nach. An diesen Aktionen nahmen jeweils „Identitäre“ aus Brandenburg teil.

Führender Aktivist der „Identitären Bewegung Berlin-Brandenburg“ und zunehmend das „Gesicht“ dieser Gruppierung ist der Student Robert Timm. Er tritt offen im Internet als Repräsentant der Gruppierung auf.

Fazit

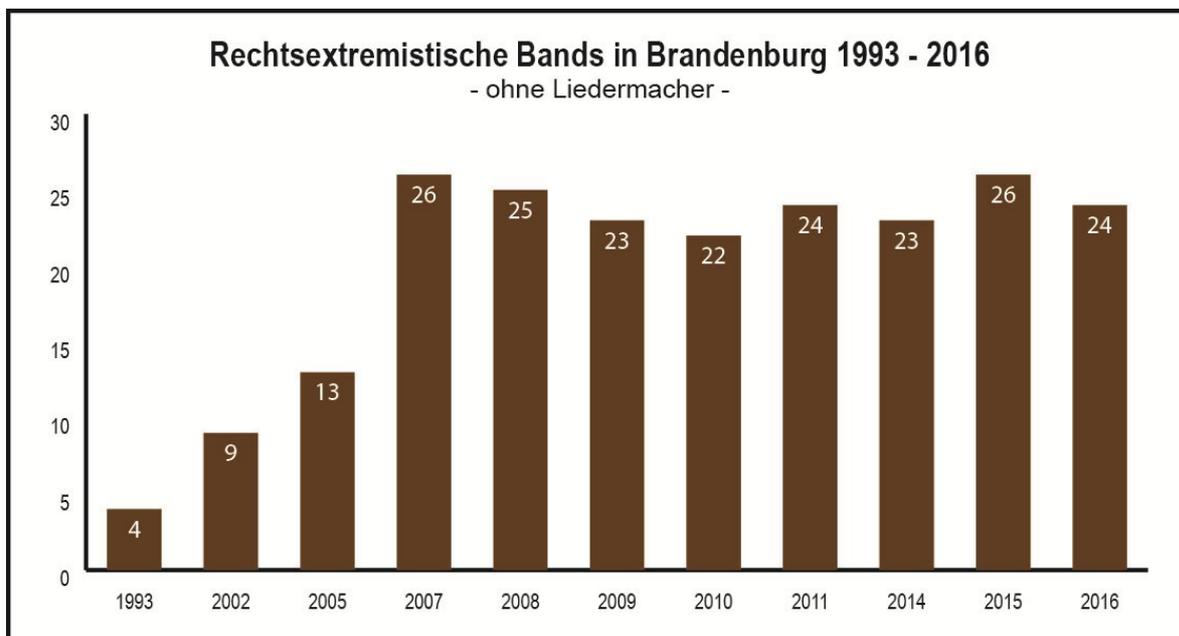
Die „Identitäre Bewegung Berlin-Brandenburg“ hat schätzungsweise 20 Mitglieder und Unterstützer in Brandenburg. Hinzu kommt eine nicht näher bezifferbare Anzahl von Sympathisanten. Sie setzt auf Flashmob-Aktionen und zivilen Ungehorsam. Grundsätzlich gelten die Mitglieder nicht als gewaltbereit. Dennoch wird ein gewisses Maß an Gewalt offensichtlich toleriert beziehungsweise die körperliche Auseinandersetzung mit dem „Gegner“ gezielt durch Kampfsport-Training geschult. Hinzu kommt, dass die „Identitären“ offen mit Rechtsextremisten paktieren. So trat beispielsweise Marcel Forstmeier, ehemals führender Kopf der verbotenen „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ („Spreelichter“), bei der „identitären Sitzblockade“ vor der CDU-Parteizentrale in Berlin-Mitte am 21.12.2016 in Erscheinung. In puncto Bekanntheitsgrad konnte die „Identitäre Bewegung“ im Jahr 2016 deutlich zulegen. Denn all diese Aktionen wurden gefilmt und ins Internet gestellt. Mit ihrer Provokationsstrategie gelingt es der „Identitären Bewegung“, trotz ihrer Mitgliederschwäche ein Maximum an medialer Aufmerksamkeit zu erzielen. Dafür werden sie von anderen Rechtsextremisten, von den „Jungen Nationaldemokraten“ bis zum „Identitären Aufbruch“, beneidet und kopiert. Zwar kamen auch neue Mitglieder hinzu, gleichwohl stellt die Struktur nach wie vor kein Massenphänomen dar und blieb 2016 in der rechtsextremistischen Szene des Landes Brandenburg eher randständig. Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen – auch im Land Brandenburg – wird jedoch weiterhin gerechnet.

2.7 Rechtsextremistische Hass-Musik

Rechtsextremistische Musik ist das verbindende und identitätsstiftende Element der Szene. Sie ist häufig der erste Berührungspunkt für Jugendliche und stellt damit eine Art „Einstiegsdroge“ dar. Dabei dient die Musik als Vehikel, um das neonationalsozialistische Gedankengut zu transportieren. Die verschiedenen Versatzstücke der rechtsextremistischen Ideologie werden in der Musik in griffigen Parolen und Slogans verpackt. Die Bandbreite der Liedtexte ist entsprechend groß. Sie reicht von antisemitischen, rassistischen und fremdenfeindlichen Inhalten über germanische Mythologie und White-Supremacy-Dünkel bis hin zu antidemokratischen und systemfeindlichen Hetzereien und der Verherrlichung des NS-Regimes.

Der Soundtrack des Rechtsextremismus umfasst mittlerweile eine Fülle von Genres. Die verschiedenen Musikstile haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr diversifiziert: Hardcore, Blackmetal, Hip-hop, Rap, Soldaten- und Heimatlieder.

Musik ist Teil der Erlebniswelt und dient der weltanschaulichen Orientierung ihrer meist jungen Hörer. Insbesondere die zumeist konspirativ vorbereiteten und durchgeführten Konzerte haben eine immense Bedeutung für den inneren Zusammenhalt der Szene. Der Musik kommt damit eine gemeinschaftsstiftende Funktion zu. Sie hat sich als probates Lockmittel erwiesen, um neue Anhänger an das rechtsextremistische Gedankengut heranzuführen. Zudem ist die Veranstaltung von Konzerten häufig die einzige Möglichkeit für rechtsextremistische Gruppierungen, Gelder zu generieren, die für den politischen Kampf benötigt werden.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

2016 konnte die rechtsextremistische Musikszene in Brandenburg ihren bereits hohen Aktivitätslevel in etwa halten. Die Zahl der Bands hat zwar mit 24 (2015: 26; 2014: 23) leicht abgenommen, die der Liedermacher ist jedoch auf 14 weiter angestiegen (2015: 13; 2014: 10). Aufgrund des hohen und erfolgreichen Drucks der Sicherheitsbehörden bewegten sich die Konzertaktivitäten 2016 erneut auf geringem Niveau. 2016 konnten wieder zwei Konzerte (2015: 2; 2014: 1) durchgeführt werden. Fünf Konzerte wurden im Vorfeld verhindert (2015: 2; 2014: 7). Darüber hinaus fanden sechs Liederabende

statt (2015: 0; 2014: 3). Die Produktion neuer Tonträger ist mit zwölf Veröffentlichungen auf demselben Niveau wie im Vorjahr geblieben (2015:12; 2014: 15).

Die Aktivitäten brandenburgischer Bands sind vergleichsweise hoch. Das wird von der Nähe zu Sachsen begünstigt, denn im dortigen Torgau (Ortsteil Staupitz) befindet sich nahe der Landesgrenze ein Konzertort von bundesweiter Bedeutung, in dem auch 2016 wieder zahlreiche Aktivitäten stattfanden. Brandenburgische Bands sind daran seit Jahren beteiligt. So ist es nicht verwunderlich, dass das Musiklabel „Rebel Records“ (Cottbus) und die Band „Hausmannskost“ (Cottbus) für ein CD-Release-Konzert am 29. Oktober 2016 als Veranstaltungsort Staupitz auswählten. Die brandenburgischen Bands waren nicht nur im Bundesgebiet gefragt. „Confident of Victory“ (OSL), „Exzess“ (MOL) und „Frontalkraft“ (Cottbus) traten in der Schweiz vor 5.000 Konzertbesuchern auf. Besonderen Beifall erntete die Band „Frontalkraft“, als sie das Lied „Schwarz ist die Nacht...“ anstimmte:

„Wir haben lang genug gewartet, war'n der Arsch dieser Nation. Jahrelang wurden wir entartet, unsre Rache ist euer Lohn. All die Lügen, die ihr sätet über uns und unser Land, machten uns nur noch viel stärker, er bricht los – der Widerstand! Eure schlimmsten Befürchtungen werden nun Realität. Für Entschuldigungen ist es längst zu spät. Ihr habt unser Volk entmachtet, unsere Heimat ausgeschlachtet, doch der Wind hat sich nun gedreht. Schwarz ist die Nacht, in der wir euch kriegen. Weiß sind die Männer, die für Deutschland siegen. Rot ist das Blut auf dem Asphalt. Gewalt ist keine Lösung, doch wir wehren uns entschieden. Nein, wir geben niemals her unsre Heimat, die wir lieben. Das Schweigen hat ein Ende, jetzt erfolgt die Gegenwehr. Reicht dem Himmel eure Hände, Deutschlands große Wiederkehr. Aus Hundert werden Tausend und aus Tausenden dann Millionen. Keine Angst, ihr Volksverräter, keinen werden wir verschonen. Die Stärke deutschen Glaubens habt ihr deutlich unterschätzt. Doch die Antwort darauf, sie kommt jetzt.“

Rechtsextremistische Bands im Land Brandenburg

Folgende Bands waren 2016 aktiv:

1. **Aryan Brotherhood (A.B.)**; Potsdam
2. **Blutflagge**; LOS
3. **Burn Down (B.D.)**; Potsdam
4. **Confident of Victory (C.O.V.)**; OSL; hinzu kommen das Black Metal-Projekt **Obskur** sowie das Projekt **Against Music Industry**, bestehend aus **Confident of Victory** und der sächsischen Band **Magog**
5. **Deathfeud**; LDS
6. **Exempel**; BAR; (Neuaufnahme für 2016) vormals **Klänge des Blutes**
7. **Exzess**; MOL
8. **Frontalkraft (FK)**; Cottbus
9. **Frontfeuer**; LOS
10. **Feuer Frei**; ohne regionale Zuordnung; (Neuaufnahme für 2016)
11. **Handstreich**; Potsdam; vormals **Glaskammer** und **Cynic**; hinzu kommt das Projekt **Natürlich**
12. **Hausmannskost (HMK)**; Cottbus
13. **Jungvolk**; UM
14. **Mogon**; LOS
15. **Outlaw**; OSL
16. **Projekt 8.8**; LOS; vormals **Projekt 88**
17. **Skrew You**; LOS; (Neuaufnahme für 2016)

18. **Stonehammer**; LOS
19. **Tätervolk**; MOL
20. **Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdam**; MOL und Potsdam; (Neuaufnahme für 2016)
21. **Treueschwur**; PM
22. **Uwocaust und RAConquista**; Potsdam; vormals **Uwocaust und alte Freunde**; vereinzelt wird nur **Uwocaust** genannt oder auch **Uwocaust und Helfershelfer**
23. **Wolfskraft (WK)**; LOS; hinzu kommt das Projekt Wehrmut
24. **Volkstroj**; LOS

Die Bands „Autan“ (OHV), „Helle und die RACKer (H&R)“ (ohne regionale Zuordnung) und „Hallgard/Märkische Klänge“ (OHV) werden auf Grund des Wegzugs wesentlicher Bandmitglieder nicht mehr als rechtsextremistische Bands aus dem Land Brandenburg geführt. Die Bands „Preussenstolz“ (Potsdam), „Redrum“ (Potsdam) und „Quadriga“ (ohne regionale Zuordnung) waren im Jahr 2016 inaktiv.

Rechtsextremistische Liedermacher im Land Brandenburg

Von folgenden Liedermachern wurden 2016 Aktivitäten festgestellt:

1. **Morgenröte**; OPR
2. **Toitonicus**; HVL; auch mit den Namen **Preussen.Wut und Thomas** aktiv
3. **Martin**; Potsdam
4. **Son of the Wind (S.o.W.)**; BAR, vormals **R.a.W. (Recht auf Wahrheit)**; tritt mit dem Berliner Liedermacher **Villain 051** und als Trio zusätzlich mit **Evil Goat** aus Oberhavel unter dem Namen **A3stus** auf
5. **Sten**; Cottbus
6. **Björn Brusak**; Frankfurt (Oder)
7. **Preußen Standarte**; ohne regionale Zuordnung
8. **AK – Solingen (47)**; Cottbus
9. **Griffin**; LOS
10. **Brenner**; SPN
11. **Fylgien**; UM; Neuaufnahme für 2016
12. **Mike**; OPR
13. **Heimattreue**; ohne Regionale Zuordnung; Neuaufnahme für 2016
14. **Marci**; MOL; Neuaufnahme für 2016

Der Liedermacher „Helle“ (OHV) ist in ein anderes Bundesland verzogen. Von den Liedermachern „Rapvolution“ (OPR) und „Artgerecht“ (ohne räumliche Zuordnung) wurden 2016 keine Aktivitäten festgestellt.

Alle genannten Bands sowie Liedermacher verbreiten – teils offen, teils verdeckt – rechtsextremistische, antisemitische sowie fremdenfeindliche Propaganda, hetzen gegen ihre politischen Gegner und Polizisten und stacheln zu Gewalt an. Auf Konzerten kommt es immer wieder zu strafbaren Handlungen wie das Rufen von „Sieg Heil“ und „Heil Hitler“. Auch der verbotene Hitler-Gruß wird gezeigt.

Alle Bands und Liedermacher aus dem Land Brandenburg pflegen regelmäßigen Kontakt zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Bands und Liedermacher können sich langfristig nur etablieren, wenn sie über geeignete Proberäume und Unterstützung von bekannten Bands und Musikern verfügen. Vor allem der Vertrag mit bekannten Musiklabels ist sehr wichtig. Für die rechtsextremistische Musikszene bedeutsame Label wie „Rebel Records“, „Opos Records“ (beide aus Brandenburg) und „PC

Records“ aus Sachsen sorgen dafür, dass rechtsextremistische Bands ihre Botschaften bei Konzerten oder über Tonträgerveröffentlichungen an das Publikum bringen können.

Folgende rechtsextremistische Vertriebs- und Tonträgerproduktionsstrukturen sind im Land Brandenburg aktiv:

- **Rebel Records** (Cottbus): Label, Vertrieb, Ladengeschäft
- **Zentralversand** (Chorin, BAR): Vertrieb
- **Itsh84u-Streetwear** (Perleberg, PR): Vertrieb
- **Exzess Records** (Strausberg, MOL): Label, Vertrieb
- **Opos Recors** (Lindenau, OSL): Label, Vertrieb
- **Fylgien-Versand** (Templin, UM) Vertrieb

Insbesondere der Vertrieb „Zentralversand“ in Chorin (BAR) macht aus seiner Verbundenheit mit dem Nationalsozialismus keinen Hehl. So findet man folgendes Bekleidungsstück. Der Preis ist ein Szenecode: „14,88“. Dahinter verbirgt sich ein rassistisches Glaubensbekenntnis des szenebekanntesten US-amerikanischen Neonationalsozialisten David Lane, welches eben genau 14 Wörter umfasst.⁶⁶ Die Cent-Angabe „88“ steht bekanntermaßen für „Heil Hitler“. Das Motiv selbst bringt leicht abgewandelt „I Love Hitler“ zum Ausdruck.

Konzertgeschehen und Liederabende

Im Jahr 2016 fanden insgesamt nur zwei rechtsextremistische Konzerte im Land Brandenburg statt. Eines am 12. November 2016 in Wandlitz (Ortsteil Klosterfelde, BAR) mit 70 Teilnehmern und ein weiteres am 3. Dezember 2016 in Wittstock (OPR). Damit bewegt sich das Konzertgeschehen in Brandenburg auf einem vergleichsweise sehr geringen Niveau. Fünf Konzerte konnten im Jahr 2016 verhindert werden: am 29. April 2016 in Cottbus; am 30. April 2016 in Lübben (LDS), wo bereits 80 Teilnehmer vor Ort waren; am 1. Oktober 2016 in Falkenberg (LOS); am 8. Oktober 2016 in Letschin (MOL) und eines im Zeitraum 17. Juni 2016 bis 19. Juni 2016 in Finowfurt (BAR).

⁶⁶ "We must secure the existence of our people and a future for white children."



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Im Jahr 2016 fanden sechs Liederabende statt: am 30. Januar 2016; am 2. Juli 2016 (OPR) am 23. September 2016 (OHV); am 24. September 2016 (OHV); am 16. Dezember 2016 in Prenzlau (UM) und am 17. Dezember 2016 (OHV). Insgesamt sechs Liederabende konnten im Jahr 2016 verhindert werden: am 30. April / 1. Mai 2016 in Finowfurt (BAR); am 11. Juni 2016 in Finowfurt (BAR); am 30. Juli 2016 in Halbe (LDS); am 24. September 2016 in Finowfurt (BAR); am 10. September 2016 in Wandlitz (BAR) und am 5. November 2016 in Seddin (PM) mit Griffin und Fylgien.

Bei dem Liederabend am 30. April 2016 in Lübben (LDS) musste die Polizei mehrere Platzverweise anordnen. Ebenso nahm die Polizei zum Liederabend vom 30. April und am 1. Mai 2016 in Finowfurt (BAR) zwei Straftanzeigen auf und ordnete vier Platzverweise an.

Zahlreiche Bands aus Brandenburg traten im Jahr 2016 bundesweit und zum Teil auch im Ausland auf. Ebenso waren brandenburgische Rechtsextremisten in die Konzertorganisation, vorrangig im Land Sachsen, eingebunden. Einige der Konzerte in Staupitz (Sachsen) wurden von brandenburgischen Rechtsextremisten (mit)organisiert.

Datum	Veranstaltungsort	Bandname	Teilnehmer
09.01.2016	Mecklenburg-Vorpommern	Tätervolk (MOL), Frontfeuer (LOS); Konzert wurde aufgelöst.	ca. 70
06.02.2016	Staupitz (Sachsen)	Personen aus Brandenburg wurden als Ordner vorgesehen.	
20.02.2016	Staupitz (Sachsen)	Deathfeud (Bereich LDS); Personen aus Brandenburg waren in die Organisation eingebunden und als Ordner vorgesehen.	ca. 240
27.02.2016	Kirchheim (Thüringen)	Exzess (MOL), Frontalkraft (Cottbus)	ca. 250
12.03.2016	Kirchheim (Thüringen)	Confident of Victory (OSL)	ca. 250
16.04.2016	Staupitz (Sachsen)	Frontalkraft (Cottbus); Personen aus Brandenburg wurden als Ordner vorgesehen.	ca. 300

15.05.2016	Staupitz (Sachsen)	Uwocaust & Helfershelfer (Potsdam)	ca. 300
28.05.2016	Staupitz (Sachsen)	Confident of Victory (OSL); Personen aus Brandenburg sowie „MS 88“ (OHV) waren in die Organisation eingebunden, Personen aus Brandenburg wurden als Ordner vorgesehen.	ca. 230
28.05.2016	Leinefelde (Thüringen)	Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdam (MOL und Potsdam)	ca. 400
04.06.2016	Grevesmühlen (Mecklenburg-Vorpommern)	Exzess (MOL), Hausmannskost (Cottbus)	ca. 90
04.06.2016		Frontalkraft (Cottbus), Frontfeuer (LOS), Uwocaust (Potsdam)	
02.07.2016		Frontfeuer (LOS); geplant	
13.08.2016	Eisenach (TH)	Toitonicus (HVL), Marci (MOL); geplant	
20.08.2016	Thüringen	Frontfeuer (LOS), Tätervolk (MOL), Uwocaust und Helfershelfer (Potsdam)	
01.09.- 04.09.2016	Treviso (Italien)	Skrew You (Gesang durch Griffin); während des Auftritts erhob Griffin mehrmals den Arm zum Hitlergruß.	ca. 1500
23.09.- 24.09.2016	England	„Blood&Honour“-Gedenkkonzert für Ian Stuart; dem Liedermacher Griffin wurde die Einreise verweigert.	
15.10.2016	Schweiz	Confident of Victory (OSL), Exzess (MOL), Frontalkraft (CB)	ca. 5000
29.10.2016	Staupitz (SN)	Hausmannskost (CB), Frontalkraft (CB); Personen aus Brandenburg sowie das Label Rebel Records (CB) waren in die Organisation eingebunden, Personen aus Brandenburg wurden als Ordner vorgesehen.	ca. 230
05.11.2016	Weißwasser (SN)	Feuer Frei	
12.11.2016	Memmingen (BY)	Griffin	ca. 50
19.11.2016	Italien	Frontfeuer (LOS)	
10.12.2016	Thüringen	Griffin ; geplant	
17.12.2016	Staupitz (SN)	u.a. mit Uwocaust ; Personen aus Brandenburg waren in die Organisation eingebunden, Personen aus Brandenburg wurden als Ordner vorgesehen.	ca. 230

Tonträger

Die Produktion und der Vertrieb von Tonträgern erfolgen meist über rechtsextremistische Musiklabel. Sie stellen Aufnahmetechnik zur Verfügung und verkaufen Tonträger über das Internet und in Ladengeschäften. Wie in den letzten Jahren waren „PC Records“ in Chemnitz (Sachsen) und „Rebel Records“ in Cottbus für die brandenburgische Szene ein wichtiger Aufnahmepunkt. Ein weiterer bekannter Vertrieb ist „One People One Struggle Records“ (OPOS Records) mit Sitz in Lindenau (OSL), vormals in Dresden (Sachsen). Er gehört einem Brandenburger. An elf Tonträgern (2015: 12; 2014:14; 2013: 12) waren rechtsextremistische Musiker beziehungsweise Bands aus Brandenburg beteiligt.

Lfd.Nr.	Bandname	Titel	Art	Hersteller
1	Hausmannskost	„Wir wollen sein“	CD	Rebel Records (Cottbus)
2	Hausmannskost	„Auf in die Schlacht“ (Re-Release)	CD	Rebel Records (Cottbus)
3	Confident of Victory	„The Unfeeling“ (Re-Release)	CD	
4	Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdams	„Wir sind bereit“	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)
5	Uwocaust und RAConquista	„Uns leite einzig Blut und Treue“	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)
6	Griffin	„From the heart“ (Re-Release)	CD	
7	Preußen Standarte	„Untergrund Marschier / Der 4. Streich“	CD	
8	Preußen Standarte	„Wir rocken weiter – Mit Freunden – Für euch!“	Download	
9	Handstreich	„Kein Nationalstolz ist auch keine Lösung“	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)
10	Frontfeuer	„Unser Treueschwur“	CD	Rebel Records (Cottbus)
11	Tätervolk u.a.	„Hoffnungsträger“	CD	
12	u.a. mit Outlaw, Exempel, Uwocaust, Handstreich, Brenner	Sampler zum „8. Tag der Deutschen Zukunft“ (4. Juni 2016 in Dortmund unter dem Motto „Unser Signal gegen Überfremdung“)	CD	PC Records (Chemnitz, Sachsen)

Fazit

Rechtsextremistische Musik bleibt ein starkes Bindemittel für die gesamte Szene. Konzerte sind ein wichtiger Bestandteil der rechtsextremistischen Erlebniswelt. Daher wird der hohe Druck der brandenburgischen Sicherheitsbehörden auf die Szene konsequent aufrechterhalten. So konnten 2016 rechtsextremistische Konzerte und Liederabende im Land Brandenburg wieder verhindert werden. Davon betroffen war erneut die Liegenschaft der Familie Mann in Finowfurt (BAR). Das strikte Vorgehen des Rechtsstaates zeigt Wirkung. Für größere Konzertaktivitäten ist Brandenburg unattraktiv. Zu hoch ist das Risiko eines Verbotes oder einer Auflösung. Bei den Organisatoren ist das mit Kosten und letztendlich sinnlosem Zeitaufwand verbunden. Ausbleibende Erfolgserlebnisse lassen das Interesse der Szene an der Liegenschaft in Finowfurt zunehmend sinken. Rechtsextremistische Bands und Organisatoren wissen das. Sie nutzen daher lieber Objekte in anderen Bundesländern, vornehmlich im Freistaat Sachsen und im Land Mecklenburg-Vorpommern. Trotz allem wird der Trend zur Produktion rechtsextremistischer Tonträger anhalten. Bekannte Labels besorgen die Produktion und Vermarktung. Insbesondere Neulinge sowie Bands mit geändertem Namen nutzen das Internet, um sich bekannt zu machen. Auf diesem Wege verbreiten sie in eigener Verantwortung selbstproduzierte Tonträger in kleinen Stückzahlen.

2.8 Immobilien der rechtsextremistischen Szene

Um Veranstaltungen wie Konzerte, Liederabende oder Schulungen möglichst ohne behördliche oder zivilgesellschaftliche Störungen durchführen zu können, braucht die rechtsextremistische Szene Immobilien. Idealerweise ist es das Eigentum eines Anhängers oder Sympathisanten. Die Räumlichkeiten beziehungsweise die damit verbundenen Veranstaltungen dienen in erster Linie dem Aufbau und der Verfestigung der rechtsextremistischen Infrastruktur. Die Anforderungen an die Objekte sind vielfältig und unterscheiden sich je nach Anlass. Entsprechend seinem gesetzlichen Auftrag beobachtet der Verfassungsschutz jedoch nicht Immobilien als solche, sondern Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Eine einheitliche Definition, wann eine Immobilie dem Extremismus zuzurechnen ist, ob Eigentum, Besitz oder nur Nutzung das entscheidende Merkmal ist, existiert nicht. So erklärt es sich, dass Bund und Länder unterschiedliche Angaben zu rechtsextremistischen Szeneobjekten veröffentlichen. Die folgende Aufzählung führt nur Immobilien auf, die sich im Besitz von Rechtsextremisten befinden und von der Szene entsprechend genutzt werden.

Lübben (LDS)

In Lübben hat der aus etwa einem Dutzend Neonationalsozialisten bestehende Kickbox-Verein „Northsidecrew“ (NSC) in den Räumlichkeiten der ehemaligen Diskothek „Players“ seine Club- und Trainingsräume. Das Objekt wird durch die Mitglieder für das Kickbox-Training sowie für Kameradschaftsabende und rechtsextremistische Musikveranstaltungen genutzt. Am 30. April 2016 wurde durch die Polizei ein geplantes rechtsextremistisches Konzert in den Räumlichkeiten unterbunden.

Mühlenfließ (Ortsteil Grabow, PM)

Die aus mehreren kleinen Häusern bestehende Immobilie gehört dem ehemaligen Leiter des Potsdamer Stützpunktes der Jungen Nationaldemokraten und Initiators der rechtsextremistischen „Gefangenenhilfe“, Maik Eminger. Er ist ebenfalls Mitglied der Partei „DER DRITTE WEG“. Sein Bruder, André Eminger, ist als Unterstützer des „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) vor dem Oberlandesgericht München angeklagt und wurde auf diesem Grundstück im Jahr 2011 von der GSG 9 festgenommen. Die Immobilie wurde in den Vorjahren regelmäßig als Treffpunkt für Rechtsextremisten genutzt.

Brandenburg an der Havel, OT Kirchmöser

Der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V.“ (BfG) besitzt in Kirchmöser einen zur Tagungs- und Veranstaltungsstätte umgebauten Vierseitenhof, der in unregelmäßigen Abständen für Tagungen und Ferienlager genutzt wird. Der regionale Schwerpunkt der Gruppierung liegt in Pähl bei Weilheim (Bayern). In Brandenburg sind nur wenige Mitglieder wohnhaft. Der BfG wurzelt ideologisch in der völkischen Bewegung des 19. Jahrhunderts und wendet sich gezielt an rechtsextremistisch ausgerichtete Familien. Die Organisation bestand schon zur Zeit des Nationalsozialismus und wurde 1951 von Mathilde Ludendorff (1877–1966), Ehefrau von Erich Ludendorff, wiedergegründet. Ludendorff war General im Ersten Weltkrieg und 1923 am Hitlerputsch beteiligt. Der BfG bezeichnet sich als Weltanschauungsgemeinschaft und sieht es als seine Aufgabe an, „die Erkenntnisse der Philosophin Mathilde Ludendorff zu pflegen und weltanschaulich suchenden Menschen zu übermitteln“.

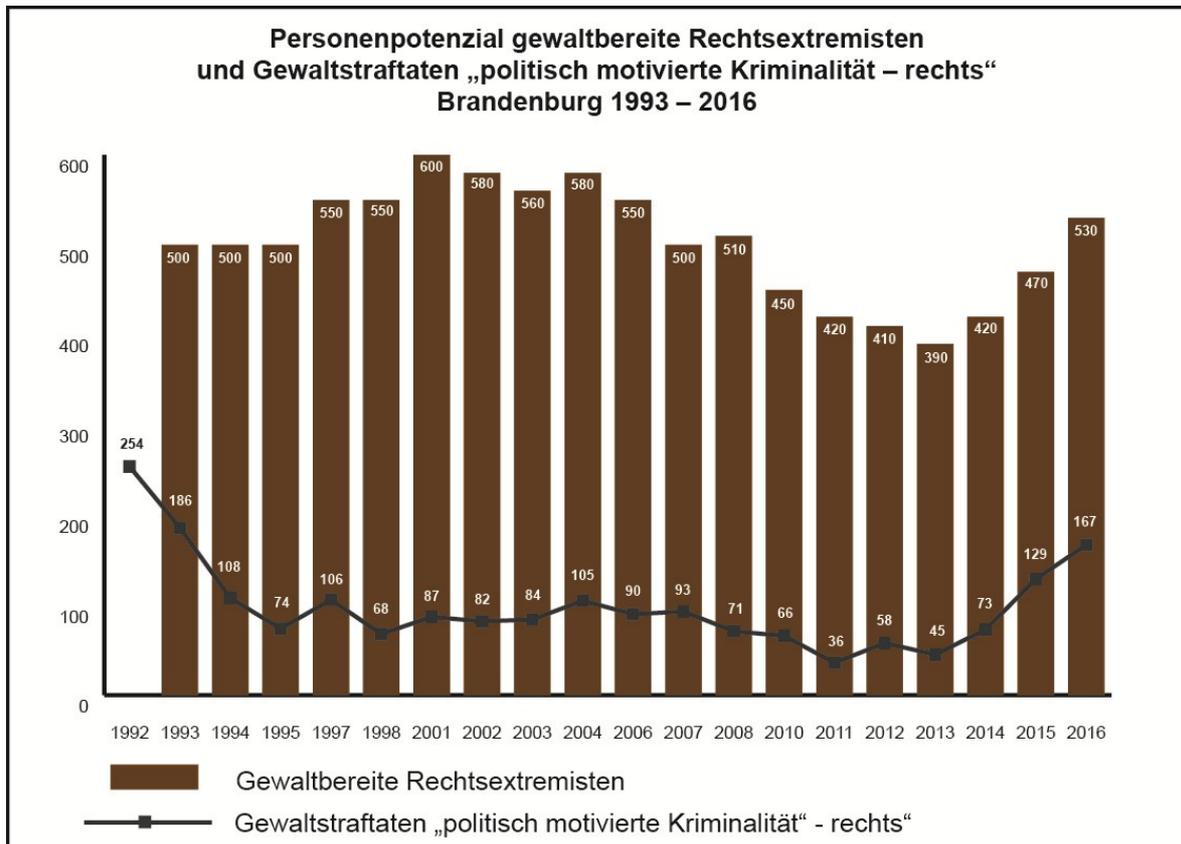
Schorfheide (Ortsteil Finowfurt, BAR)

Das vom ehemaligen Landesvorsitzenden der Partei „DIE RECHTE“ Klaus Mann und seiner Familie genutzte Wald-Grundstück war in den letzten Jahren aufgrund des zivilgesellschaftlichen Protestes und polizeilicher sowie ordnungsbehördlicher Maßnahmen für die rechtsextremistische Szene unattraktiv geworden. Im Jahr 2016 wollte man an einem „Comeback“ arbeiten und an vergangene Zeiten anknüpfen. Offenbar will Klaus Mann aber nicht mehr direkt in die Aktivitäten auf seinem Grundstück involviert sein, da bei allen Veranstaltungen Robert Wolinski, ein 28-jähriger NPD-Funktionär aus dem Landkreis Oberhavel, als Initiator auftrat. Dieser meldete für den 30. April 2016 eine private Veranstaltung mit dem Titel „Tanz in den Mai“ auf dem Grundstück an. Nachdem er im Internet Werbung für die Veranstaltung machte, wurde sie durch die Polizei verboten, da der private Charakter entfallen war. Vermutlich aus Trotz meldete der 28-Jährige im Mai drei als „Grillfeste“ deklarierte Veranstaltungen auf dem Gelände bei der Gemeinde an. Sie wurden von der Gemeinde ebenfalls verboten. Für das Wochenende vom 17. bis 19. Juni 2016 plante der 28-Jährige ein rechtsextremistisches Open-Air-Konzert mit bis zu 500 Besuchern und namhaften Szenebands. Gegen die Verbotsvorgabe der Gemeinde Schorfheide legte der Anwalt des Anmelders erfolgreich Widerspruch ein, so dass die Veranstaltung hätte stattfinden können. Offenbar selbst überrascht vom juristischen Erfolg hatte der 28-Jährige sein geplantes Konzert jedoch schon nach Mecklenburg-Vorpommern verlagert, so dass es in Finowfurt nicht zu der geplanten Veranstaltung kam. Am 6. August 2016 wurde wie auch schon im Jahr 2015 ein „Germanischer Achtkampf“, eine Art Szene-Sportfest, auf dem Grundstück durchgeführt. Die Polizei stellte 40 Personen, darunter vier Kinder fest. Der 28-Jährige meldete schließlich für den 24. September 2016 eine NPD-Veranstaltung mit bis zu 150 Teilnehmern auf dem Grundstück an, welche abermals durch die Gemeinde verboten wurde.

Wandlitz (BAR)

In Wandlitz hat die ca. 10-köpfige rechtsextremistische Gruppierung „Barnimer Freundschaft“ ihr Clubhaus. Das auf einem ehemaligen Industriegelände gelegene Objekt wird für Szenefeiern sowie für Liederabende genutzt und zieht regelmäßig mehrere Dutzend Rechtsextremisten an. So konnte die Polizei am 10. September 2016 einen geplanten Liederabend vor Veranstaltungsbeginn verhindern.

2.9 Beispiele rechtsextremistischer Straftaten



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

2.9 Beispiele rechtsextremistischer Straftaten

Im Jahr 2016 wurden 1.664 Straftaten mit einem rechtsextremistischen Hintergrund in Brandenburg verübt. Im Jahr 2015 lag die Zahl noch bei 1.581. Insgesamt 530 Rechtsextremisten galten im Jahr 2016 (2015: 470) als gewaltbereit. Ebenfalls schnellte die Zahl der Gewaltdelikte in die Höhe. Insgesamt 167 (2015: 129) Fälle sind bekannt geworden. Das ist der höchste Stand seit 1993. Exemplarisch werden im folgenden Straf- und Gewalttaten dargestellt, die 1. fremdenfeindlich motiviert waren, 2. sich gegen Flüchtlinge beziehungsweise Flüchtlingsunterkünfte, 3. den politischen Gegner, 4. Behinderte, 5. Homosexuelle, 6. Polizisten richteten und 7. antisemitisch motiviert waren.

Fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten

Cottbus, 5. Mai 2016: Eine Gruppe Jugendlicher hielt sich am Badensee Branitz auf. Auf Grund ihrer Kleidung und der abgespielten Musik waren sie als Punks beziehungsweise linksorientierte Personen erkennbar. Darunter ein junger Mann mit dunkler Hautfarbe. Schließlich wurden sie aus einer Gruppe von etwa 20 - 25 männlichen Personen beschimpft: „Scheiß Zecken, Scheiß Neger, Scheiß Antifa, verpisst euch!“ Die dunkelhäutige Person wurde zu Boden gestoßen. Seinen Freunden, die ihm halfen, wurde vorgehalten, sie würden „den Neger beschützen“. In der Folge wurde eine weitere Person angegriffen, zu Boden gebracht, geschlagen und getreten.

Cottbus, 16. Oktober 2016: Ein Syrer wurde vor dem Bebel-Club von einem 28-jährigen Cottbuser mit den Worten: „Was macht ihr hier? Geht in euer Land zurück! Scheiß Dreckkanake!“ angepöbelt. Nach der Beleidigung schlug der 28-Jährige den Syrer mit der Faust ins Gesicht und hielt dabei mit der linken Hand den Kopf des Opfers fest. Das Opfer ging zu Boden und blutete aus der Nase und wurde nochmals getreten.

Cottbus, 17. September 2016: Ein 14-jähriger Libanese wurde aus einer Gruppe von 20 bis 30 Personen von einem männlichen Unbekannten mit dem Fuß ins Gesicht getreten. Der 14-Jährige saß mit anderen Jugendlichen auf einer Bank und wurde bereits zuvor aus dieser Gruppe heraus mit Flaschen beworfen. Es wurden Sprüche wie: "Wo sind die Kanaken!" gerufen. Der Jugendliche musste zur Behandlung ins Krankenhaus verbracht werden.

Eberswalde (BAR), 25. Juli 2016: Auf der Facebook-Seite „Brandenburg wehrt sich“ wird als Kommentar ein volksverhetzendes Bild gepostet. Zu sehen ist ein menschlicher Kopf in einer Fleischverpackung mit der Aufschrift: „Angebote der Woche“, „500 g Achmett, Nur 1,99 Euro“.

Eisenhüttenstadt (LOS), 15. Juni 2016: Ein 39-Jähriger wurde durch zwei junge Männer fremdenfeindlich beleidigt und anschließend geschlagen und getreten.

Frankfurt (Oder), 21. Mai 2016: Drei Studenten der Europa-Universität Viadrina wurden aus einer Gruppe heraus fremdenfeindlich beleidigt und anschließend mit Pfefferspray attackiert, geschlagen und getreten. Einem bewusstlosen Opfer wurde das Handy geraubt.

Frankfurt (Oder), 23.01.2016: Aus einer Gruppe von etwa sieben Personen heraus kam es zu Beleidigungen und einer gefährlichen Körperverletzung an drei jungen Männern aufgrund ihres ausländischen Aussehens.

Fürstenwalde/Spree (LOS), 3. April 2016: Ein 40-Jähriger beschimpfte eine Nachbarin als „Neger“ und schlug ihr zweimal mit der Faust ins Gesicht. Das Opfer musste operiert werden.

Groß Schönebeck (BAR), 5. März 2016: Ein Zuschauer beleidigt während eines Fußballspiels mehrmals einen somalisch-stämmigen Feldspieler der gegnerischen Mannschaft als „Bimbo“.

Guben (SPN), 19. Mai 2016: Einem Kameruner wurde aus einer Gruppe von vier bis fünf Personen Reizgas ins Gesicht gesprüht. Er erlitt dabei Augen- und Hautreizungen. Zuvor wurde er mit „Afrika, Afrika“-Rufen und „Bananen“-Gesten beleidigt.

Hennigsdorf (OHV), 4. November 2016: Der Beschuldigte beschimpfte zunächst den Geschädigten mit dem Wort „Neger“, worauf sich zwischen Beiden ein Streitgespräch entwickelte. Infolgedessen wurde der Beschuldigte handgreiflich, schubste sein Opfer und trat gegen dessen rechtes Knie. Als Abwehrreaktion versetzte der Geschädigte den Beschuldigten einen Faustschlag ins Gesicht. Anwesende trennten zunächst die zwei Personen. Der Beschuldigte kontaktierte mit seinem Handy drei weitere Personen und setzte die Auseinandersetzung eine halbe Stunde später fort.

Karstädt (PR), 12. August 2016: Vier Jugendliche hielten sich auf einem Spielplatz auf und konsumierten Alkohol. Sie warfen etwas zu Boden und forderten den Geschädigten mit Migrationshintergrund auf, es aufzuheben. Dies lehnte er ab, worauf einer der Jugendlichen dem Geschädigten mit der Hand ins Gesicht schlug.

Königs Wusterhausen (LDS), 23. August 2016: Zwei Rechtsextremisten beleidigten auf dem Bahnhof zwei serbische Staatsangehörige mit den Worten: „Ihr Juden, verpisst euch! Ihr seid hier Gäste, also benehmt euch!“ Daraufhin wollten die Serben den Bahnhof verlassen und wurden von den beiden Männern verfolgt. Dabei erhielt ein Serbe einen Faustschlag. Als sie wegliefen, warfen die Täter Bierflaschen nach ihnen.

Neuruppin (OPR), 31. Mai 2016: Ein Täter schlug einem achtjährigen bosnisch-herzegowinischen Staatsangehörigen, der in Begleitung seiner 26-jährigen Mutter unterwegs war, unvermittelt gegen den Kopf. Das Kind kam zu Fall und prallte mit dem Kopf auf den Gehweg. Der Achtjährige trug keine sichtbaren Verletzungen davon, die Mutter erlitt einen Schock. Drei Stunden nach der Tat wurde ein alkoholisierte 23-jähriger deutscher Staatsbürger als Tatverdächtiger festgestellt.

Neuruppin (OPR), 27. August 2016: Die Beschuldigte und die Geschädigte hielten sich in einem Jugenddorf am Ruppiner See auf. Sie gehörten zu verschiedenen Reisegruppen. Die Beschuldigte äußerte der Geschädigten gegenüber „Scheiß Ausländer“ und „Scheiß Moslems“ und schlug ihr mit der flachen Hand ins Gesicht. Diese fiel gegen einen Stuhl, blutete aus dem Mund und musste im Krankenhaus behandelt werden. Während der polizeilichen Maßnahmen vor Ort zeigte die Beschuldigte gegenüber einer Polizeibeamtin den „Stinkefinger“.

Oranienburg (OHV), 21. August 2016: Der Beschuldigte wurde mittels Rettungswagen zur Rettungsstelle gebracht. Im Behandlungszimmer wollte ihn ein dunkelhäutiger Arzt behandeln. Er beschimpfte den Arzt mit „Du scheiß Neger, scheiß Ausländer, fass mich nicht an, du Fotze“. Zudem äußerte der Täter: „Ich bringe dich um, ich weiß wie du aussiehst, ich weiß wo du arbeitest.“ Er forderte eine Krankenschwester auf, die Kanülen aus seinem Arm zu entfernen und beleidigte auch sie grob. Danach sprang der Beschuldigte auf, schubste den Arzt und spuckte ihm ins Gesicht. Es folgten weitere Beleidigungen und fremdenfeindliche Äußerungen.

Spremberg (SPN), 5. Mai 2016: Zwei 18- beziehungsweise 23-jährige Spremberger riefen zu einem 18-Jährigen mit südländischem Erscheinungsbild „Sieg Heil!“ und gingen anschließend auf diesen zu.

Einer der Beiden stieß ihn mit der Hand gegen den Hals. Der Andere rief „Verpiss dich!“ und schlug dem Geschädigten mit der Faust ins Gesicht. Aufgrund herbeieilender Personen ließen die Täter von ihrem Opfer ab.

Storkow (LOS), 14. August 2016: Ein 25-Jähriger wurde einer Hochzeitsgesellschaft verwiesen und dabei von mehreren Personen mit „Deutschland den Deutschen ... Pack zu Pack ...Deutsche zu Deutschen“ beleidigt. Ein 21-Jähriger brachte den Geschädigten zu Fall, so dass dieser mit dem Kopf auf das Pflaster schlug.

Templin (UM), 5. Juli 2016: Der Beschuldigte zeigte gegenüber zwei Ausländern den „Stinkefinger“. Die Ausländer stellen ihn auf Englisch zur Rede und es folgte eine gegenseitige Schubserei. Danach warf der Beschuldigte den Ausländern eine Glasflasche ohne zu treffen hinterher.

Wittstock/Dosse (OPR), 5. Mai 2016: Die pakistanischen Geschädigten wurden aus einer Gruppe mit einer Bierflasche beworfen. Es wurde niemand verletzt. Zuvor wurden die Geschädigten verbal beleidigt.

Wittstock/Dosse (OPR), 5. September 2016: Auf einer öffentlichen Facebook-Seite wird unter anderem dazu aufgefordert, eine Moschee in die Luft zu sprengen.

Wittstock/Dosse (OPR), 4. Dezember 2016: Die drei Beschuldigten skandierten gegenüber den beiden Geschädigten zunächst „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“. Im Weiteren kam es zu einer körperlichen Auseinandersetzung, in deren Folge sich die Geschädigten zu entziehen versuchten. Beide rannten weg, wurden jedoch von den drei Tatverdächtigen eingeholt, geschlagen und getreten.

Straf- und Gewalttaten gegen Asylbewerber

Bad Freienwalde (MOL), 99. September 2016: Ein Asylbewerber aus dem Iran war mit seinem Fahrrad unterwegs, als ihm ein Auto mit drei Personen entgegenkam. Das Auto stellte sich quer vor den Asylbewerber und der Fahrer äußerte: „Stopp, komm mal her.“ Der Iraner ignorierte diese Aufforderung, wollte weiter gehen und wurde vom Fahrer dann mit Reizgas ins Gesicht gesprüht.

Bad Freienwalde (MOL), 22. September 2016: Ein mit vier Männern besetztes Fahrzeug näherte sich zwei syrischen Asylbewerbern. Im Vorbeifahren zeigte der Beifahrer aus dem geöffneten Fenster mehrfach den Mittelfinger. Dann stieg der Beifahrer aus, stieß einem der Syrer mit dem Oberkörper gegen seine Brust und beschimpfte beide mit den Worten „Scheiß Ausländer“, „Scheiß Asylanten“, „Motherfucker“. Im Weiteren schlug er einem seiner Opfer mit dem Handrücken auf die Brust.

Bernau (BAR), 29. Dezember 2016: Ein 14- und ein 15-Jähriger provozieren drei Flüchtlinge aus Mali und Guinea mit den Äußerungen: „Euch Asylanten müsste man alle vergasen“, „Euch Schwarze muss man alle vergasen“, „Du scheiß Asylantensau“ und „Asylanten wie Juden vergasen“.

Bernau (BAR), 27. Juli 2016: Drei syrische Flüchtlinge wurden im Bernauer Stadtpark von zwei offenbar stark betrunkenen Männern verbal angegangen: „Was wollt ihr hier in Deutschland, geht in Euer Land zurück“. Einem Syrer wurde mit dem Zeigefinger gegen die Nase gehauen, den beiden anderen wurde ins Gesicht gespuckt. Daraufhin schlug ein Syrer einen Beschuldigten mit der Faust ins Gesicht. Der zweite Beschuldigte holte ein Messer aus der Hose und versuchte in Richtung eines Syrers zu stechen, ohne ihn zu treffen.

Birkenwerder (OHV), 9. Dezember 2016: Durch unbekannte Täter wurde ein Fahrzeug der „Nordbahngemeinden mit Courage“ in Brand gesetzt. Das Fahrzeug trug auf dem Dach ein Schild mit der Aufschrift „Willkommenskultur gestalten“. Es entstand Totalschaden.

Birkenwerder (OHV), 4. September 2016: Zwei syrische Flüchtlinge wurden von drei Beschuldigten mit „Hallo“ angesprochen und gefragt, ob sie aus dem Heim kämen. Als sie dieses bejahten wurde einer der Geschädigten geschubst, sodass er zu Boden fiel. Dann traten die anderen beiden Täter auf ihn ein. Die Syrer flüchteten daraufhin in das Wohnheim und hielten sich dort in einem Zimmer versteckt. Die Beschuldigten erreichten kurze Zeit später das Wohnheim und verschafften sich mit Gewalt Zutritt. Sie riefen lautstark „Wo sind die Schweine, wo sind die Kanaken“, „die schlagen wir alle tot“, „unser schönes Birkenwerder“. Anschließend beschädigten sie mehrere Türen.

Cottbus, 18. Dezember 2016: Ein Cottbuser Rechtsextremist sprach einen syrischen Flüchtling mit den Worten: „Verpiss dich Ausländer!“ und „Ausländer raus!“ an. Als der Syrer ausweichen wollte, schlug der Täter ihm mit einem Teleskopschlagstock auf den Hinterkopf. Das Opfer kam zu Fall. Passanten halfen ihm wieder auf die Beine. Der Angreifer stieß sie jedoch zur Seite und schlug den Syrer noch zweimal mit dem Schlagstock. Dieser erlitt eine Platzwunde an Hinterkopf. Der Täter floh vom Tatort konnte durch Zeugenbefragungen jedoch festgestellt werden.

Eberswalde (BAR), 1. September 2016: Zwei Personen pöbelten an einer Bushaltstelle eine Gruppe Asylbewerber an und beschimpften sie im Gespräch mit einer anderen Person mit den Worten „... scheiß Staat ... die holen das ganze Pack hierher ... ganzen Kanaken müsste man erschießen ... die Schwarzen müsste man ausrotten ...“. Als die Gruppe Asylbewerber gerade in den eintreffenden Linienbus einsteigen wollte, beschimpften die beiden diese nun direkt als „... Kanaken ... scheiß Ausländer...“. Zeitgleich erhob eine Person den rechten Arm zum Hitlergruß und skandierte dazu „Heil Hitler“. Anschließend folgten die beiden Personen der Gruppe in den Bus. Dort wurde erneut „Sieg Heil“ skandiert, bevor sie an der nächsten Haltestelle wieder ausstiegen.

Eberswalde (BAR), 15. Mai 2016: Eine in einem Mehrfamilienhaus gelegene und von mehreren Flüchtlingen bewohnte Wohnung wurde vermutlich mit einer Druckluftwaffe mindestens zehn Mal von außen beschossen. Durch den Beschuss wurde die äußere Glasscheibe eines geschlossenen Doppelglasfensters durch zwei Einschläge oberflächlich beschädigt (kein Durchschuss). Zum Tatzeitpunkt hielten sich im dahinterliegenden Zimmer zwei Flüchtlinge auf.

Frankfurt (Oder), 1. Mai 2016: Ein Flüchtling wurde auf dem Frankfurter Stadtfest von einem 21-Jährigen unvermittelt ins Gesicht geschlagen und auf dem Boden liegend getreten.

Gransee (OHV), 28. Februar 2016: Der Beschuldigte erschreckte einen Asylbewerber aus Eritrea durch Mimik und Gestik. Als der Asylbewerber weglief, warf der Beschuldigte eine Bierflasche nach ihm. Diese traf den Geschädigten an der Schulter. Der Beschuldigte verfolgte danach den Geschädigten, umklammerte ihn und rief unter anderem „Neger, Neger“. Dabei schlug er ihn mit der Faust an den Hals.

Groß Schönebeck (BAR), 4. November 2016: Ein 12-jähriger syrischer Flüchtling wurde auf einem Spielplatz von einem 16- und einem 18-Jährigen geschlagen und getreten. Dabei fielen Beschimpfungen wie „Du scheiß Ausländer. Hau ab dahin, wo du hergekommen bist!“

Hennigsdorf (OHV), 15. Januar 2016: Der Beschuldigte drohte unter anderem Asylbewerbern in einem Einkaufszentrum mit einer Schreckschusswaffe. Dabei sollen auch fremdenfeindliche Beleidigungen durch den Täter ausgesprochen worden sein.

Jüterbog (TF), 11. Oktober 2016: Ein Täter warf zwei Molotowcocktails gegen zwei angeklappte Fenster des ehemaligen Krankenhauses, in dem zwanzig alleinreisende, minderjährige Flüchtlinge untergebracht waren. Es wurde jeweils die äußere Scheibe der Fenster beschädigt, die inneren blieben unversehrt. Die brennende Flüssigkeit spritzte in ein zurzeit unbewohntes Zimmer und entzündete die Gardinen. Die Flaschen prallten vom Fenster ab und entzündeten den dortigen Rasen. Die Fassade des Hauses sowie ein von außen angebrachtes Rollo wurden durch das Feuer beschädigt. Personen kamen nicht zu Schaden. Weiterhin wurde ein am Giebel des Gebäudes geparkter PKW der Johanniter mit einer brennbaren Flüssigkeit überschüttet und entzündet. Ein Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes löschte die Brände.

Jüterbog (TF), 11. September 2016: Unbekannte Täter warfen einen Stein in das halbgeöffnete Fenster der Unterkunft für alleinreisende Asylsuchende Jugendliche. Die Geschädigten, welche sich im Zimmer befanden und schliefen, blieben unverletzt.

Ketzin (HVL), 28. Juli 2016: Die 64-jährige Besitzerin eines Mehrfamilienhauses in Ketzin teilte der Polizei mit, dass Unbekannte einen nicht frankierten Brief an ihrer Berliner Wohnadresse in den Briefkasten eingeworfen haben. Darin stand unter anderem: „(...) Du hast uns die Kanacken vor lauter Geldgier nach Ketzin gebracht. Dafür wirst du mitbrennen. Die Russenmafia ist unterwegs. (...) Das wirst du nicht überleben. Versprochen!! Die Ketziner Bürgerwehr“.

Königs Wusterhausen (LDS), 5. März 2016: Zwei Männer aus Königs Wusterhausen und Wildau (LDS) betraten unberechtigt eine Asylunterkunft für minderjährige Flüchtlinge in Königs Wusterhausen und beleidigten die Bewohner als „Dreckspack“. Ein paar Minuten später erschienen die Beiden erneut vor Ort und warfen eine Flasche in ein Fenster der Unterkunft.

Leegebruch (OHV), 10. Oktober 2016: Durch einen Angestellten eines Wachschutzunternehmens, der in einem Übergangwohnheim für Flüchtlinge tätig war, kam es zur Auslösung eines Feueralarms. Videoaufzeichnungen zeigten, dass der Beschuldigte in der Gemeinschaftsküche alle Herdplatten voll aufgedreht hatten, wodurch es zu einer erheblichen Rauchentwicklung kam. Der Beschuldigte schloss zuvor alle Fenster des Gemeinschaftsraums, was die starke Rauchentwicklung noch begünstigte.

Neuruppin (OPR); 1. Juni 2016: Der zunächst unbekannteste Täter griff eine somalische Asylbewerberin körperlich an und verletzte sie am Finger. Dabei äußerte er „Kleiner schwarzer Neger“ und „Jetzt rennt ihr“. Dabei deutete er mit der Hand eine Schlagbewegung an. Die Handlung konnte durch einen anderen Geschädigten mit dem Handy aufgezeichnet werden.

Neutrebbin (MOL), 19. Februar 2016: Als Asylbewerberkinder an einer Bushaltestelle aus dem Bus stiegen, wurden sie von einem 14-Jährigen als „Scheiß Ausländer“ beschimpft. Auf die Frage, was er gegen Ausländer habe, antwortete er mit den Worten „fick dich“ und schlug dem fragenden 11-Jährigen ins Gesicht.

Oderberg (BAR), 28. April 2016: Auf Facebook wurde im Rahmen einer Flüchtlingsdebatte folgender Hasskommentar eingestellt: „ab in die Gaskammer mit dem Dreckspack“.

Perleberg, 24. September 2016: Ein minderjähriger Flüchtling wurde von der Beschuldigten mit der Faust in den Bauch-/Brustkorbbereich geboxt. Weiter schlug sie das Kind mit einem Schlüsselanhänger und zog es an dessen Kleidung. Die Beschuldigte war mit der Unterbringung von Asylbewerbern/Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft nicht einverstanden.

Prennitz (HVL), 12. Juli 2016: Unbekannte Täter entzündeten Gegenstände auf zwei Balkonen. Bei den Wohnungsinhabern handelte es sich um Asylbewerber.

Prenzlau (UM), 6. März 2016: Zwischen den Beschuldigten und Flüchtlingen aus dem Iran kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung. Die Flüchtlinge wurden anschließend der Disco verwiesen. In unmittelbarer Nähe kam es dann zu einer tätlichen Auseinandersetzung zwischen beiden Gruppen. Dabei wurden die Geschädigten im Gesicht verletzt. Es fielen Worte wie „Fuck Afghanistan, Fuck Syrien, Fuck Flüchtlinge“.

Prenzlau (UM), 29. Dezember 2016: Drei Männer im Alter zwischen 17 und 21 Jahren beschimpften zwei syrische Asylbewerber vor einem Einkaufsmarkt mit den Worten „Was wollt ihr hier?“ und versuchten sie mit Fäusten zu schlagen. Die Asylbewerber flüchteten und hörten, wie Flaschen in ihrer Nähe auf dem Gehweg zersplitterten. Einer der Tatverdächtigen verfolgte die Syrer mit einem abgebrochenen Bierflaschenhals. Sie blieben unverletzt.

Rheinsberg (OPR), 15. Mai 2016: Der Beschuldigte versetzte dem Geschädigten einen Faustschlag und eine Ohrfeige. Gegenüber vor Ort eintreffenden Polizeibeamten äußerte er spontan, er habe „einem Molukken eine rein gehauen“.

Rheinsberg (OPR), 15. Mai 2016: Eine Gruppe jugendlicher, syrischer Flüchtlinge traf auf eine Gruppe Einheimischer. Es kam zu einer Auseinandersetzung, in deren Folge der Beschuldigte mit der Faust nach dem Geschädigten schlug. Da sich der Geschädigte wendete, traf der Schlag den Hals des Opfers.

Schwedt/Oder (UM), 4. Mai 2016: Der Beschuldigte wurde auf dem Spielplatz neben dem Flüchtlingsheim festgestellt, nachdem er vier blutende Schweinefüße in die Fußballtore gebunden hatte. Der Spiel- und Bolzplatz wurde zu dieser Zeit durch erwachsene und minderjährige Flüchtlinge genutzt. Vor dem Eintreffen der Polizei zeigte der Beschuldigte mehrmals öffentlichkeitswirksam den Hitlergruß und äußerte beim Anblick der spielenden Flüchtlingskinder lautstark gegenüber Zeugen: „Alles Kanaken, die sollen sich verpissen, die sollen verrecken!“, „Verpissst euch, Hurenpack!“, „Das Haus (Flüchtlingsheim) steht nicht mehr lange. Jetzt kommen die Bullen, aber nachts schlafen die alle, da geht's los!“ Während der Identitätsfeststellung erklärte der Beschuldigte, er sei Reichsbürger und verweigerte die Aushändigung von Personendokumenten. Zudem beleidigte er die Polizeibeamten.

Schwedt/Oder (UM), 18. September 2016: Vier Personen gelangten durch ein Nebentor auf das Grundstück des Asylbewerberheimes und schossen gezielt eine Silvesterrakete in Richtung eines geöffneten Fensters. Dahinter befand sich der Waschmaschinenraum der Asylbewerberunterkunft. Das Eindringen der Rakete hätte zur Inbrandsetzung dort gelagerter Wäsche und Geräten führen können. Die Rakete verfehlte nur knapp das geöffnete Fenster.

Schwedt/Oder (UM), 23. Oktober 2016: Eine Asylbewerberin aus dem Kamerun bemerkte, dass ihr jemand folgte. Ein Unbekannter griff sie von hinten an und schüttelte sie. Dabei äußerte er: „Ich töte alle schwarzen Leute.“ Die Kamerunerin wehrte sich und wollte sich losreißen. Der Unbekannte schubste sie in Richtung der Fahrbahn. Zu diesem Zeitpunkt näherte sich ein Fahrzeug. Das bremste noch rechtzeitig.

Seelow (MOL), 1. Juni 2016: Zwei Asylbewerber liefen an einem 39-Jährigen vorbei. Dieser sprühte ohne Vorwarnung einem der Asylbewerber Reizgas in die Augen und gab zu verstehen, dass er keine Asylbewerber in seiner Nähe haben möchte.

Seelow (MOL), 7. Juni 2016: Ein eritreischer Asylbewerber lief am Hausaufgang eines 39-Jährigen vorbei. Dieser nahm einen Knüppel aus Holz, schlug ohne jede Vorwarnung auf den Asylbewerber ein und verletzte ihn. Der 39-Jährige gab an, aus Rache gehandelt zu haben, da er wegen einer weiteren Körperverletzung an einem afghanischen Asylbewerber angezeigt worden sei und dadurch jetzt Ärger hätte. Er möge keine Ausländer und wolle die „kleinen Pisser“ nicht in seiner Umgebung haben.

Spremburg (SPN), 31. Oktober 2016: Ein 19-jähriger Spremburger wollte syrische Flüchtlinge, die mit ihm im selben Haus wohnen, nicht hineinlassen. Um seinen Absichten Nachdruck zu verleihen, hatte er einen Baseballschläger bei sich. Es kam zu einer Auseinandersetzung mit gegenseitigen Körperverletzungen (ohne Einsatz des Schlägers). Die Mutter des 19-Jährigen eilte diesem zu Hilfe und sprühte einem Flüchtling Pfefferspray ins Gesicht.

Storkow (LOS), 2. März 2016: Ein 17-jähriger Flüchtling wurde durch einen Jugendlichen mit einem Billardqueue geschlagen.

Storkow (LOS), 26. Februar 2016: Zwei Flüchtlinge wurden fremdenfeindlich beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Einer der Täter zeigte den Hitlergruß.

Templin (UM), 18. Juli 2016: Zwei syrische Flüchtlinge befanden sich auf dem Weg zum Busbahnhof und passierten eine Gruppe einschlägig bekannter Tatverdächtiger, die Alkohol konsumierten. Auf Höhe der Gruppe wurden die Flüchtlinge angerempelt und angepöbelt. Sie gingen in eine Begegnungsstätte zurück und berichteten dort. Anschließend gingen sie erneut in Richtung des Busbahnhofs und wurden sofort aus der Gruppe der deutschen Tatverdächtigen aufgefordert, weiterzugehen. Eine Tatverdächtige ging zu den beiden syrischen Flüchtlingen und wollte diese „vertreiben“. Ein Syrer verstand die Aufforderung nicht und wurde daraufhin sofort durch die männlichen Täter geschupst, geschlagen und beleidigt. Es kamen vier weitere Syrer und ein Flüchtling aus Afghanistan hinzu. Es begann ein gegenseitiges Gerangel. Die Geschädigten wurden mit „Kanaken“, „Pack“ beschimpft. Es wurde „Kanaken, verpissst euch ihr Scheiß Ausländer!“ gerufen.

Templin (UM), 29. Juni 2016: Ein afghanischer Asylbewerber wurde vor einem Supermarkt öffentlich mit „Scheiß Ausländer!“, „Haut ab hier, euch will hier keiner!“, „Ihr seid Fotzen, alle Fotzen!“, „Scheiß Türken!“ beschimpft und beleidigt.

Vetschau (OSL), 19. März 2016: Während eines Willkommensfestes für Flüchtlinge fuhren zwei Fahrzeuge vor. Es stiegen mehrere männliche Personen aus und begannen zu fotografieren. Eine Person äußerte auf Nachfrage, sie könne Fotos machen, wann und wo sie wolle. Eine weitere Person, ein 39-Jähriger aus Vetschau, fragte, ob solch ein Fest nicht auch mal für deutsche Kinder ausgerichtet werden könne. Danach folgten mehrere schlimme Beleidigungen gegenüber Flüchtlingen.

Werneuchen (BAR), 23. August 2016: Ein 25-jähriger forderte einen syrischen Flüchtling auf, „sich aus seinem Land zu verpissen“. Es folgte eine verbale Auseinandersetzung, ein Schlag des Syrer ins Gesicht des Beschuldigten und eine Rangelei, bei der beide zu Boden gingen. Der Beschuldigte holte Reizgas aus seiner Hosentasche und sprühte es dem Syrer ins Gesicht. Der Beschuldigte berief sich gegenüber der eintreffenden Polizei auf Notwehr. Er bekannte sich zu seiner fremdenfeindlichen Gesinnung. Auch habe er bereits eine Stunde vor der Tat in seinem Freundeskreis bekanntgegeben, er wolle sich noch prügeln und dafür ordentlich provozieren, damit die andere Person zuerst zuschlage.

Straf- und Gewalttaten gegen den politischen Gegner

Bad Belzig (PM), 18. Mai 2016: Täter entzündeten Pyrotechnik am Schaufenster des Info-Cafes des „Belziger Forum e. V.“ und beschädigten eine Schaufensterscheibe. Beim Info-Cafe handelt es sich um ein Infozentrum für Toleranz und gegen Rechtsextremismus.

Bad Belzig (PM), 29. Mai 2016: Unbekannte Täter beschädigten erneut mit einem pyrotechnischen Erzeugnis die Scheibe der Eingangstür vom Info-Cafe des „Belziger Forum e. V.“ An der Scheibe entstand ein Loch von 10 x 10 cm und der Rahmen einer Schaufensterscheibe wurde beschädigt.

Cottbus, 24. September 2016: Eine Gruppe von etwa 20 schwarz gekleideten und teilweise verummten Personen griff den als linksalternativ geltenden Club „Chekov“ an. Zuvor rief die Gruppe in Nähe des „Chekovs“: „Ihr verickten Zecken“ und „Zecken-Pack“. Partygäste wurden angepöbelt; ein Partygast wurde geschlagen. Nachdem die Angreifer bemerkt hatten, dass es sich nicht um eine „linke“ Veranstaltung, sondern um eine Studentenparty handelte, zogen sie sich zurück.

Elsterwerda (EE), 7. Januar 2016: Die Räumlichkeiten des „Freiraum-Elsterwerda e.V.“, ein Verein, der sich vorwiegend um die Integration Asylsuchender kümmert, wurden angegriffen. Zwei aus Panzerglas bestehende Glaselemente der Eingangstür wurden mit Steinen eingeschlagen. An der beschädigten Tür wurden Aufkleber angebracht: „Freiheit www.RADIO-FSN.de“ „GIB NAZIS EINE CHANCE fsn-tv.de“ und ein roter Aufkleber mit einem Satz in fünf verschiedenen Sprachen, deren Übersetzung sinngemäß „Haut ab!“ bedeutet. Ein doppelverglastes Fenster an der Straßenseite des Objektes wurde ebenfalls beschädigt. An den Fallrohren des Objektes wurden weitere Aufkleber angebracht: „WEHR DICH, ES IST DEIN LAND!“ und „REFUGEES NOT WELCOME“: An einer Straßenlaterne vor dem Hauseingang befanden sich zwei Aufkleber mit der Aufschrift: „ASYLFLUT stoppen-www.DER-DRITTE-WEG.de“ und „Alternative für Deutschland-Bündnis mit Russland“.

Guben (SPN), 13. August 2016: Sechs Personen verschafften sich unberechtigt Zutritt zu einem Gartengrundstück in Guben, das als Treffpunkt der „linken“ und alternativen Szene gilt. Sie waren teilweise mit Sturmhauben verummmt und schlugen unter anderem mit einem Totschläger auf die Anwesenden ein. Bei der späteren Feststellung der Angreifer im Stadtgebiet wurden weitere Hieb- und Stichwaffen (Eisenrohr, Bowie-Messer, Baseballschläger) sowie eine geladene Schreckschusswaffe in den Fahrzeugen festgestellt. Die Personen gehörten zum überwiegenden Teil der aktiven rechtsextremistischen gewaltbereiten Szene an.

Nauen (HVL), 13. Februar 2016: Die Täter brachten auf den hinteren Reifen der Beifahrerseite des PKW eine Brandquelle an und entzündeten diese. Durch die Brandeinwirkung wurde der innere Radkasten beschädigt. Beim Halter des Fahrzeuges handelt es sich um den Ortsvorsitzenden der Partei DIE LINKE.

Spremberg (SPN), 5. Januar 2016: Im Stadtgebiet wurden mit grüner Farbe verschiedene Parolen gesprüht: „Spremberg gegen Flüchtlinge“, „SPB bleibt Deutsch“ und „SPREMBERG GEGEN LINKS!“ mit durchgestrichenem Antifa-Symbol.

Wittstock/Dosse (OPR), 28. Februar 2016: Im Zug von Wittenberge (PR) nach Wittstock hob der Beschuldigte den rechten Arm, zeigte dem Geschädigten den „Hitlergruß“ und nannte ihn „Ausländerfreund“. Außerdem schlug er dem Geschädigten mehrfach auf den Rücken.

Straf- und Gewalttaten gegen Behinderte

Rheinsberg (OPR), 15. Mai 2016: Der Geschädigte und seine drei Bekannten (alle geistig behindert) wurden durch den Beschuldigten und dessen zwei Begleiter beleidigt. Kurze Zeit später schlug der Täter den Geschädigten unvermittelt mehrfach mit der Faust an Kopf und Schulter.

Straf- und Gewalttaten gegen Polizisten

Cottbus, 10. Juni 2016: Ein Polizeibeamter mit Migrationshintergrund wurde bei einer polizeilichen Maßnahme mit den Worten „Drecksausländer, scheiß Türke! Verpiss dich, du Drecksbulle!“ beleidigt.

Guben (SPN), 3. Juni 2016: Während des Stadtfestes begab sich eine Gruppe Jugendlicher zur Polizeiwache und postierte sich unmittelbar vor dem Eingang an der Wechselsprechanlage. Sie skandierten mehrfach die Parolen „ACAB“ und „Bullenschweine“ in die Anlage. Dabei blickten die Jugendlichen zu den Polizisten in der Wache. Dabei konnten vier Personen erkannt werden, die alle der rechtsextremistischen Szene angehören.

Strausberg (MOL), 16. Oktober 2016: Rollläden, ein Hinweisschild „Revierpolizei“ sowie eine Trennwand wurden mit dem Schriftzug „FUCK THE POLICE“ sowie einem Hakenkreuz in der Größe von 50 cm x 60 cm besprüht.

Antisemitisch motivierte Straf- und Gewaltstraftaten

Bad Freienwalde (MOL), 24. Februar 2016: Ein 31-Jähriger wurde durch eine Polizeistreife festgestellt, als er versuchte, eine doppelverglaste Außenscheibe mit einem Stein einzuschlagen. Als die Polizeibeamten ihn in Gewahrsam nehmen wollten, brüllte der 31-Jährige in der Öffentlichkeit lautstark „Sieg Heil“, „Heil Hitler“, „Judenschweine“, „Deutschland erwache“, „Bullenschweine“ und anderes. Außerdem sang er Lieder, die Juden im Zusammenhang mit ihrer Massenvernichtung in Auschwitz verunglimpften sowie Liedtexte der Gruppe „Landser“.

Cottbus, 26. Februar 2016: Ein 19-Jähriger brachte an der Eingangstür der Synagoge einen Aufkleber mit dem Schriftzug „Hooligans Energie Cottbus“, einem Totenkopf der Waffen-SS und dem Vereinselement des FC Energie Cottbus an. Bei dem Wort „Hooligans“ war der Buchstabe „S“ als Sigrune dargestellt. Der Aufkleber ist der Fan-Gruppierung „INFERNO“ zuzuordnen.

Eberswalde (BAR), 4. April 2016: An der jüdischen Synagoge wurden Farbschmierereien in rotbrauner Farbe aufgebracht: „Juden ab in die Negev“ und „SS“. Der Schriftzug maß 200 cm x 20 cm.

Herzberg/Elster (EE), 21. März 2016: In der Osterodaer Straße wurden die Schriftzüge „Sieg Heil“, „Fuck the Police“, „JUDEN TOD“ sowie mehrere Hakenkreuze angebracht.

Jamlitz (LDS), 10. Mai 2016: Zwei Gedenktafeln der Dokumentationsstätte des ehemaligen KZ-Außenlagers Lieberose in Jamlitz, die den Massenmord an Juden im Dritten Reich thematisieren, wurden beschädigt.

2.10 Überblick über die Landkreise

Landkreis Barnim (BAR)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	61
Gewaltbereite Rechtsextremisten	18
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Barnim-Uckermark (seit 2017: eigener Kreisverband Barnim); „DIE RECHTE“ Kreisverband Märkisch Oderland Barnim
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Barnimer Freundschaft
Immobilien	Barnimer Freundschaft, Wandlitz; Klaus Mann, Schorfheide
Bands	Exempel
Liedermacher	Son of the Wind (S.o.W.)
Konzerte und Liederabende	Konzert am 12.11.2016, Wandlitz; verhindertes Konzert vom 17.06.2016 bis 19.06.2016, Finowfurt; verhinderter Liederabend am 30.04/01.05.2016, Finowfurt; verhinderter Liederabend am 11.06.2016, Finowfurt; verhinderter Liederabend am 24.09.2016, Finowfurt; verhinderter Liederabend am 10.09.2016, Wandlitz
Vertriebe	Zentralversand, Chorin
kreisfreie Stadt Brandenburg an der Havel	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	31
Gewaltbereite Rechtsextremisten	12
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Havel-Nuthe; “DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Mittelmark (Havel)
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e. V., Kirchmöser
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-

kreisfreie Stadt Cottbus	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	145
Gewaltbereite Rechtsextremisten	36
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Lausitz; Junge Nationaldemokraten Stützpunkt Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Inferno Cottbus/Unbequeme Jugend Cottbus
Immobilien	-
Bands	Frontalkraft; Hausmannskost
Liedermacher	Sten; AK – Solingen (47)
Konzerte und Liederabende	verhindertes Konzert am 29.04.2016, Cottbus
Vertriebe	Rebel Records, Cottbus
Landkreis Elbe Elster (EE)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	31
Gewaltbereite Rechtsextremisten	7
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
kreisfreie Stadt Frankfurt (Oder)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	61
Gewaltbereite Rechtsextremisten	22
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Oderland
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Bruderschaft 25; Europäische Aktion (EA); Kameradschaft Kommando Werwolf (KSKW)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-

Landkreis Havelland (HVL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	81
Gewaltbereite Rechtsextremisten	22
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Havel-Nuthe; "DER DRITTE WEG" Stützpunkt Mittelmark (Havel)
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland (FKN)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	Toitonicus
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Dahme-Spreewald (LDS)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	87
Gewaltbereite Rechtsextremisten	13
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Dahmeland; Junge Nationaldemokraten Stützpunkt Schenkenländchen
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	North Side Crew, Lübben
Immobilien	North Side Crew, Lübben
Bands	Deathfeud
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	verhindertes Konzert am 30.04.2016, Lübben; verhinderter Liederabend am 30.07.2016, Halbe
Vertriebe	-

Landkreis Oder-Spree (LOS)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	84
Gewaltbereite Rechtsextremisten	20
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Oderland
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	Blutflagge; Feuer Frei (oder überregional); Frontfeuer; Mogon; Projekt 8.8; Stonehammer; Skrew You; Wolfskraft; Volkstroi
Liedermacher	Griffin, Björn Brusak
Konzerte und Liederabende	verhindertes Konzert am 01.10.2016, Falkenberg
Vertriebe	-
Landkreis Märkisch-Oderland (MOL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	81
Gewaltbereite Rechtsextremisten	29
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Märkisch Oderland; Die Rechte Kreisverband Märkisch Oderland Barnim
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie“ Kräfte etc.)	AO Strausberg; Bruderschaft H8; Kameradschaft Märkisch Oder Barnim (KMOB)
Immobilien	-
Bands	Exzess; Tätervolk; Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdam
Liedermacher	Marci
Konzerte und Liederabende	verhindertes Konzert am 08.10.2016, Letschin
Vertriebe	Exzess Records, Strausberg

Landkreis Oberhavel (OHV)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	131
Gewaltbereite Rechtsextremisten	50
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Oberhavel; Junge Nationaldemokraten Stützpunkt Oranienburg
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Märkische Skinheads 88 (MS88)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 23.09.2016; Liederabend am 24.09.2016; Live-Musikveranstaltung am 17.12.2016
Vertriebe	-
Landkreis Ostprignitz-Ruppin (OPR)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	81
Gewaltbereite Rechtsextremisten	45
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Prignitz-Ruppin
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Antikapitalistisches Kollektiv/Aktionsgruppe Nord-Ost; Freie Kräfte Neuruppin/Osthavelland; Freie Kräfte Ost/Freie Kräfte Wittstock; Weisse Wölfe Terrorcrew
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	Morgenröte Mike
Konzerte und Liederabende	Konzert am 03.12.2016, Wittstock; Liederabend am 02.07.2016
Vertriebe	-
Landkreis Oberspreewald-Lausitz (OSL)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	77
Gewaltbereite Rechtsextremisten	12
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Identitärer Aufbruch
Immobilien	-
Bands	Confident of Victory; Outlaw
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	Opos Records – Label / Vertrieb – Lindenau (OSL)

kreisfreie Stadt Potsdam	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	54
Gewaltbereite Rechtsextremisten	28
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Havel-Nuthe; "DER DRITTE WEG" Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	Aryan Brotherhood; Burn Down; Handstreich; Tätervolks Stimme und die Söhne Potsdam; Uwocaust und RAConquista
Liedermacher	Martin
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Potsdam-Mittelmark (PM)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	66
Gewaltbereite Rechtsextremisten	8
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Havel-Nuthe; Junge Nationaldemokraten Stützpunkt Potsdam; "DER DRITTE WEG" Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	Maik Eminger, Mühlenfließ
Bands	Treueschwur
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	Verhinderter Liederabend am 05.11.2016, Seddin
Vertriebe	-
Landkreis Prignitz (PR)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	65
Gewaltbereite Rechtsextremisten	25
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Prignitz-Ruppin
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Prignitz
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	Itsh84u-Streetwear, Perleberg (Karstädt)

Landkreis Spree-Neiße (SPN)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	110
Gewaltbereite Rechtsextremisten	77
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Lausitz
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Nationalisten Spremberg (die würde ich rausnehmen)
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	Brenner
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Teltow-Fläming (TF)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	89
Gewaltbereite Rechtsextremisten	20
Rechtsextremistische Parteien	NPD Kreisverband Dahmeland; “DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Potsdam/Mittelmark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	-
Immobilien	-
Bands	-
Liedermacher	-
Konzerte und Liederabende	-
Vertriebe	-
Landkreis Uckermark (UM)	
Rechtsextremistisches Personenpotenzial	160
Gewaltbereite Rechtsextremisten	73
Rechtsextremistische Parteien	NPD KV Barnim-Uckermark (seit 2017: KV Uckermark) “DER DRITTE WEG“ Stützpunkt Uckermark
Rechtsextremistische Organisationen (Kameradschaften, „Freie Kräfte“ etc.)	Freie Kräfte Schwedt (Oder)
Immobilien	
Bands	Jungvolk
Liedermacher	Fylgjen
Konzerte und Liederabende	Liederabend am 16.12.2016, Prenzlau
Vertriebe	Fylgjen-Versand, Templin

3. Reichsbürger und Selbstverwalter

Die heterogene Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ ist aktiver und in Teilen auch aggressiver geworden. Seit November 2016 werden „Reichsbürger“ vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) als Beobachtungsobjekt eingestuft. Die 16 Landesämter für Verfassungsschutz verfahren ebenso. „Reichsbürger“ und ihre Aktivitäten können seitdem in ganz Deutschland mit nachrichtendienstlichen Mitteln beobachtet werden.

Bei „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ handelt es sich um Vereine, personelle Netzwerke und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren. Bedrohungen von kommunalen Verwaltungsmitarbeitern durch dieses Milieu werden schon seit einigen Jahren in allen Bundesländern registriert. Auch Richter, Staatsanwälte, Justizmitarbeiter und die Polizei stehen im Fokus dieser Personen. Das Entsetzen war groß, als im August und Oktober 2016 bei Polizeieinsätzen gegen „Selbstverwalter“ in Reuden (Sachsen-Anhalt) und Georgensgmünd (Bayern) ein Polizist getötet und mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt wurden. Oberstes Ziel ist es, den Waffenbesitz in diesem Milieu einzudämmen. Deshalb werden „Reichsbürger und Selbstverwalter“ mittlerweile bundesweit auf waffenrechtliche Erlaubnisse hin überprüft, um diese gegebenenfalls zu entziehen und die Waffen sicherzustellen.

Verfassungsschutz und Polizei betrachten das Milieu als eigenständiges Extremismusphänomen, wenngleich ein Teil - die „Reichsbürger“ im engeren Sinne - rechtsextremistisch argumentiert. Diese Personen behaupten, dass Deutsche Reich existiere fort, Deutschland habe seit Beendigung des Zweiten Weltkriegs keinen Friedensvertrag geschlossen und existiere daher nicht oder sei immer noch von den Alliierten besetzt. Das Milieu existiert schon seit über 30 Jahren und definiert sich über selbst hergestellte Fantasieausweise, mit denen sie sich als Angehörige des „Deutschen Reiches“ ausweisen wollen. Die führende Organisation in diesem Spektrum ist „Die Exilregierung Deutsches Reich“, die sich in den letzten Jahren personell verjüngt und neu aufgestellt hat.

„Selbstverwalter“ hingegen behaupten, dass Deutschland im Einigungsprozess untergegangen sei oder es seit der Abdankung des deutschen Kaisers keine gültige deutsche Verfassung mehr auf deutschem Boden gegeben habe. Untermauert durch diverse Fantasiepapiere, wie „Bestallungsurkunden“, „Lebenderklärungen“, „internationale Geburtsurkunden“ oder „Personen- und Identitätsausweise“ erklären sie sich für „souverän“. Vorbild für diesen Teil der Szene sind die „Souveränen Bürger“ (Sovereign Citizens) in den USA. Ähnlich wie diese, gründen „Selbstverwalter“ seit einigen Jahren „Samt“- oder „Landgemeinden“ sowie andere Fantasiegebilde. Die eigens dafür geschriebenen „Verfassungen“ dokumentieren in der Regel deutlich, wie fundamental dieses Milieu die freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnt. Der demokratische Rechtsstaat in Form einer unabhängigen Justiz hat in den Vorstellungen dieser Aktivisten, die auf Fehlinterpretation natur- und vernunftrechtlicher Überlegungen fußen, keinen Platz.

Hinzu kommen weitere Einzelpersonen, die als „Milieumanager“ ein wirtschaftliches Interesse an einer Vergrößerung des Milieus haben. Meistens verbreiten sie esoterisches und verschwörungstheoretisches Gedankengut über Seminare, Bücher, Zeitschriften und Internetplattformen sowie über die sozialen Netzwerke. Einige treiben zusätzlich Handel mit eigenen Pässen, Nummernschildern und anderen Fantasiedokumenten. „Milieumanager“ sind in der Regel gesinnungsfest. Sie wirken oft über die Grenzen einzelner Bundesländer hinaus.

Mittlerweile sind die Wege, die von einem normalen bürgerlichen Leben zu „Reichsregierungen“, „Bundesräthen“, „Freistaaten“, „Bundesstaaten“ oder ähnliche Milieus führen können, nachvollziehbarer geworden. Hervorgerufen werden solche Entwicklungen oft durch grundlegend empfundene gesellschaftliche Umbrüche, die bisherige Deutungsmuster, Verhaltensweisen und Wertvorstellungen in Frage stellen, da sie keine Erklärungen mehr für die plötzlichen Veränderungen liefern. Zusätzlich führen finanzielle und soziale Nöte im Leben dieser Bürger zu Verunsicherungen über den eigenen gesellschaftlichen Status. Dieser wird als bedroht wahrgenommen. An diese Stelle treten oft verschwörungsideologische Erklärungen, die sich verfestigen und später kaum noch zu korrigieren sind. Das „Reichsbürger- und Selbstverwalter“-Milieu bietet in solchen Situationen willkommene Vernetzungsmöglichkeiten und ermöglicht den Austausch mit Menschen, die ähnliche Ängste und Auffassungen haben. Erste Fantasiepapiere werden im Internet erworben. Dazu muss man in der Regel die eigenen, amtlichen Identitätspapiere „einreichen“. Gemeinsame Amtsgänge mit „erfahrenen Reichsbürgern“ und der Besuch von Stammtischen und Informationsveranstaltungen folgen. Zum Schluss werden eigene Visitenkarten mit Fantasiefunktionen gedruckt. So werden die verschwörungsideologischen Vorstellungen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sozial wirksam, verändern nachhaltig die politische Wahrnehmung sowie das politische und gesellschaftliche Handeln der betroffenen Personen.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg

In Brandenburg sind 440 „Reichsbürger und Selbstverwalter“ bekannt (2016: 300),. Davon sind 40 Personen (9 Prozent) behördlich bekannte Rechtsextremisten. Jeder zweite „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ ist über 50 Jahre alt. Die meisten sind männlich (71 Prozent). Rund fünf Prozent des Milieus verfügen über waffenrechtliche Genehmigungen. Im Vergleich zur brandenburgischen Gesamtbevölkerung ist dieser Anteil vier Mal höher. Bei Hausdurchsuchungen in diesem Milieu deckt die Polizei auch immer wieder illegalen Waffenbesitz auf.

„Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind überwiegend ein Phänomen des ländlichen Raums. Dort spielen sich die meisten Vorfälle ab. Besonders der Süden und Osten des Landes sind betroffen. Dabei dominiert der Landkreis Dahme-Spreewald, gefolgt von Oberspreewald-Lausitz, Elbe-Elster, Oder-Spree und Märkisch-Oderland.

Unstrukturierte Formen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg

Die meisten „Reichsbürger und Selbstverwalter“ sind Einzelpersonen oder gehören zu kleineren, unstrukturierten Milieus, die sich regional- und ortsbezogen in den letzten Jahren durch Nachbarschafts- und Kennverhältnisse herausgebildet haben. Die Mehrheit dieses unstrukturierten Milieus eint die Ablehnung des demokratischen Rechtsstaates mitsamt seiner Verwaltung. Sympathien für ein monarchisches System und kollektivistische Vorstellungen sind daher nicht selten anzutreffen in diesem Milieu. In allererster Linie fallen „Reichsbürger und Selbstverwalter“ allerdings auf, weil sie sich hartnäckig Bußgeldern, kommunalen Gebühren, Rundfunkbeiträgen und Steuerzahlungen widersetzen. Dazu richten sie umfangreiche Schreiben an die Kommunal- oder Steuerverwaltung, für die der Begriff des „Papierterrorismus“ geprägt wurde. Auch Gerichte und andere Behörden sind davon betroffen. In diesen Schreiben bemängeln sie oft aus ihrer Sicht fehlende Unterschriften oder fehlende Rechtsgrundlagen. Zwar sind die Konsequenzen für die hartnäckige Verweigerungshaltung oft hohe Mahngebühren, Pfändungen, gerichtliche Verfahren oder Erzwingungshaft. Aber bevor es so weit kommt, müssen die kommunalen Mitarbeiter - im Innen- wie im Außendienst - oft dem hohen Druck des Milieus standhalten. Im Innendienst werden Kommunalbedienstete oft kurz vor Dienstschluss und des Öfteren von mehreren Personen dieses Milieus aufgesucht und unter Druck gesetzt. Mitarbeiter sollen

sich ausweisen, belegen, dass sie Beamte sind oder „Gründungsurkunden“ ihrer Behörde vorweisen. Viele Anliegen, wie die Rückgabe von Personalausweisen, die Ausstellung von Staatsangehörigkeitsausweisen oder die Siegelung von Grundbuchauszügen entbehren darüber hinaus nachvollziehbarer rechtlicher Grundlagen. Ihre Abwehr kostet aber viel Zeit.

Versuche von Verwaltungsmitarbeitern, säumige Gebühren und Steuern einzutreiben, werden von „Reichsbürgern und Selbstverwaltern“ als „Plünderung“ oder „Kriegserklärung“ aufgefasst. Dementsprechend setzen sie auch hier die Bediensteten unter Druck, indem sie diese beispielsweise bei ihrem Dienstgeschäft filmen. In vielen Fällen werden solche Videos auf YouTube im Internet veröffentlicht. Diese Vorgehensweise bezweckt, Verwaltungsmitarbeiter als inkompetentes Personal der „Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH“ darzustellen und die Legitimität sowie Berechtigung ihrer Entscheidungen zu untergraben.

Strukturierte Formen der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ in Brandenburg

Teile des „Reichsbürger“-Milieus sind den Verfassungsschutzbehörden schon seit 1985 als rechtsextremistische „Kommissarische Reichsregierungen“ (KRR) bekannt.⁶⁷ Sie waren Teil der rechtsextremistischen Kampagne zur Wiederherstellung des Deutschen Reiches, die bis zur Wiedervereinigung Deutschlands einen großen Stellenwert in der rechtsextremistischen Bewegung hatte. Schon damals stellten diese Gruppierungen Fantasiepapiere her und richteten zahlreiche Schreiben an Verwaltungen.

Die Bedeutung „kommissarischer Reichsregierungen“ für die Szene insgesamt ist in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen. Im Jahr 2016 war in Brandenburg nur eine Gruppierung aus dem Milieu der früheren KRR oder „Exilregierungen“ aktiv: Die „Exilregierung Deutsches Reich“. Sie ist bundesweit tätig und lädt jeden Monat an verschiedenen Orten in Deutschland zu „Bürgertreffen“ beziehungsweise „Informationsveranstaltungen“ ein, mit denen sie ihre Anhängerschaft zu vergrößern versucht. Ziel der „Exilregierung“, die sich selbst als „legitime Regierung der Deutschen“ ansieht, ist die Reorganisation des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1871 als Kaiserreich. Verfassung und Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland sieht die Gruppierung als nichtig an. Die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland sei illegal und existiere nicht, wird mit der Aufforderung verbunden, keine Steuern, Abgaben oder Bußgelder zu bezahlen. Die Exilregierung bietet vorgefertigte Beschwerdebeziehungsweise Widerspruchsschreiben zum Download aus dem Internet an. Haupteinnahmequelle ist der Verkauf wertloser „Reichsdokumente“, für die bis zu 100 € Gebühren verlangt werden. Die Hauptakteure der „Exilregierung“ sind in Brandenburg und Berlin ansässig. In Berlin befindet sich die Kontaktadresse der Gruppe.

Seit Beginn der Fluchtbewegung aus den Kriegsgebieten Syrien und Irak versucht die „Exilregierung“, Überfremdungsängste zu stärken und die verschwörungsideologische Vision vom Untergang der Deutschen zu schüren. Sie kündigt eine bevorstehende Weltherrschaft des „politischen Zionismus“ an. Nationalstaaten sollen unter Druck gesetzt und zugunsten einer von Juden beherrschten „Neuen Weltordnung“ ausgelöscht werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland lehnt die „Exilregierung“ ab und spricht davon, dass der „Holocaust gegen die deutschen Völker“ inzwischen eine neue Qualität erreicht habe. Flüchtlinge nennt sie „Invasoren“ und Flüchtlingsunterkünfte „Invasorenunterkünfte“. Die völkische, antisemitische und rassistische Ideologie der Gruppierung wird durch solche Auffassungen deutlich.

⁶⁷ „Kommissarische Reichsregierungen“ und „Reichsbürger“ wurden in den Verfassungsschutzberichten des Ministeriums des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg in regelmäßigen Abständen immer wieder erwähnt.

Neben der „Exilregierung Deutsches Reich“ existieren in Brandenburg sechs weitere Zusammenschlüsse: „Freistaat Preußen“, „Provinz Brandenburg“, „Verein zur Förderung des Rechtssachverständs“ (RSV), „Freistaat Preußen - Deutsches Reich“, „Landgemeinde Hosena“ und „Stadtgemeinde Cottbus“. Die Gruppierung „Freistaat Preußen“ wurde 2014 von einer Kleinstunternehmerin gegründet, deren unternehmerische Aktivitäten mehrfach in der Insolvenz endeten. Die Gruppierung war in Brandenburg gut vernetzt und hat in einigen Regionen des Landes „Reichsbürger“ aus regionalen Milieus in Cottbus, Potsdam und Brück (PM) für Funktionen gewinnen können. Der „Freistaat Preußen“ hält das Grundgesetz für ein Besatzungskonstrukt und ist in den Vorjahren durch geschichtsrevisionsistische Thesen auf seinen Internetseiten aufgefallen. Nach dem Tod von Lorenz wurde der Betrieb der Internetseite eingestellt. Die Gruppierung wird aus Cottbus geschäftsführend verwaltet. Die dort ansässige „Provinz Brandenburg“ organisiert für die rund 50 Mitglieder und Interessenten aus der Region „Preußenrunden“ und Seminare, bei denen unter anderem die Geschichtsmythen des Rechtsextremismus und antisemitisch gefärbte Verschwörungsideologien vermittelt werden. Personell eng verwoben mit der Struktur „Provinz Brandenburg“ ist der „Verein zur Förderung des Rechtssachverständs“ (RSV) aus Cottbus. Im Jahr 2015 hatte er versucht, mit einer Liste zur Kommunalwahl anzutreten. In Cottbus zirkulieren immer wieder Flugblätter dieser Gruppierung, die zehn bis zwölf örtliche Sympathisanten hat. Der RSV pflegt eine eigene Internetseite, die vor allem das esoterisch verbrämte Gedankengut und die antisemitischen Thesen der schweizer „Anti-Zensur-Konferenz“ wiedergibt. Deren Organ „Stimme & Gegenstimme“ wird ebenfalls auf der Internetseite angeboten. Bei der Führungsperson des RSV wurde wegen des Verdachts auf illegalen Munitionsbesitz eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei wurde die Polizei fündig.

Die Gruppe „Freistaat Preußen - Deutsches Reich“ hat sich 2016 vom „Freistaat Preußen“ abgespalten und unterhält vom südlichen Brandenburg aus Beziehungen zu Gruppierungen mit ähnlichen Namen im gesamten Bundesgebiet wie „Bundesstaat Bayern“, „Bundesstaat Sachsen“ oder „Bundesstaat Baden“. Teilweise verschicken diese Zusammenschlüsse gemeinsame „Anordnungen“ an Verwaltungen in ganz Deutschland. Derzeit wird gegen einige der Mitglieder dieser „Bundesstaaten“ strafrechtlich ermittelt.

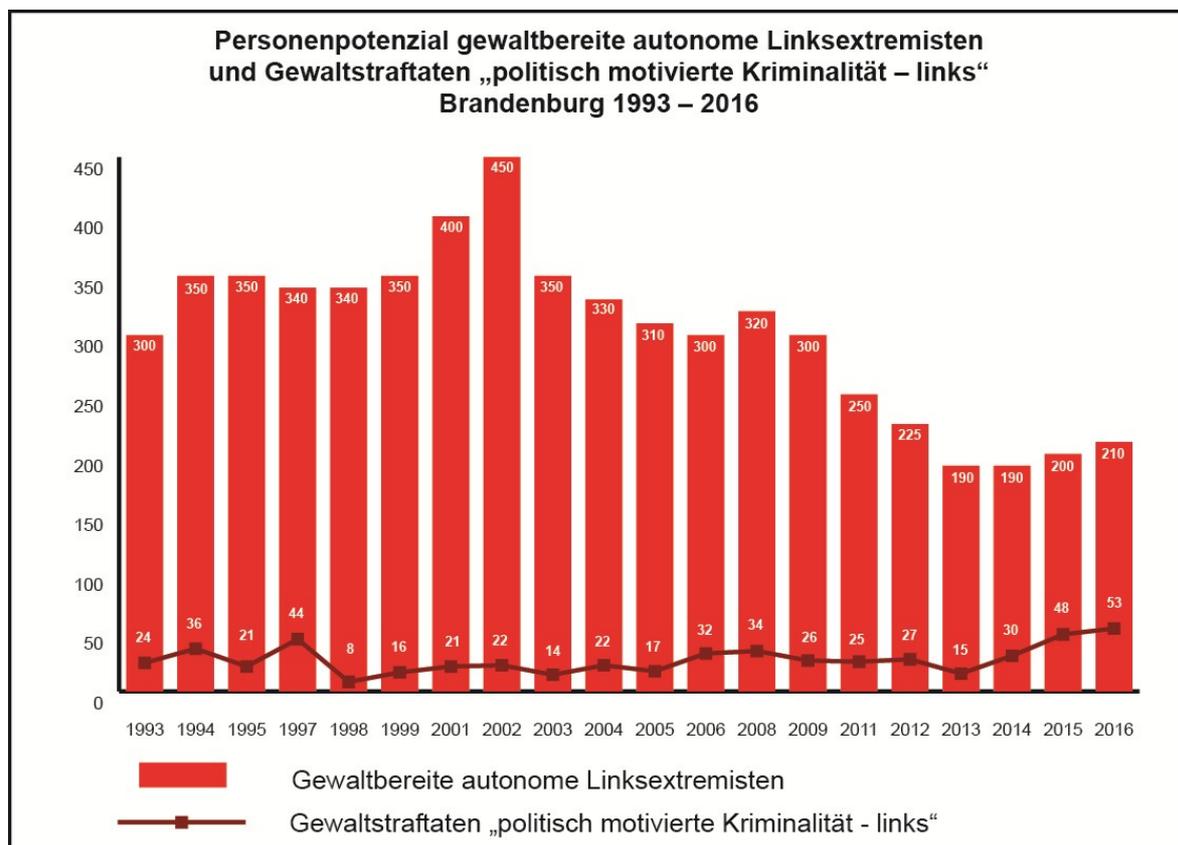
Die „Landgemeinde Hosena“ wurde 2016 von Aktivisten der „Reichsbürger- und Selbstverwalter“-Szene“ aus Senftenberg (OSL) und Hoyerswerda (Sachsen) gegründet. Hosena ist ein Stadtteil von Senftenberg und gehörte früher zu Schlesien. Das Ausrufen von „Landgemeinden“, „Samtgemeinden“ oder „reaktivierten Gemeinden“ ist eine neuere Aktionsform des Milieus und wird ebenso in anderen Bundesländern, wie etwa Sachsen-Anhalt, Bayern oder Nordrhein-Westfalen praktiziert. Seit 2016 ist die „Stadtgemeinde Cottbus“ aktiv. Solche informellen Zusammenschlüsse des Milieus sind meistens nicht von langer Dauer. In den Jahren 2012 und 2013 gab es einen ähnlichen Versuch bereits in der Gemeinde Gosen (LOS), wo für die Dauer von eineinhalb Jahren eine „Samtgemeinde“ gegründet wurde.

4. Linksextremismus

Nr.	Linksextremistisches Personen- und Organisationspotenzial in Brandenburg	2015	2016
1	Parteien		
	Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	60	55
	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	EP	EP
2	parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen - Rote Hilfe e.V. -	210	215
3	weitgehend unstrukturiertes linksextremistisches Personenpotenzial – Autonome -	200	210
4	sonstige linksextremistische Organisationen	70	70
5	Mehrfachzählungen Linksextremismus	50	50
6	Gesamtzahl der Linksextremisten (nach Abzug von Mehrfachzählungen)	490	500

Der Linksextremismus präsentiert sich strukturell in drei Erscheinungsformen. Dies sind Parteien, parteiunabhängige, beziehungsweise parteiungebundene Strukturen und ein weitgehend unstrukturiertes linksextremistisches Personenpotenzial. Letzteres wird in Brandenburg durch gewaltbereite Autonome dominiert. Sie bilden zugleich den größten Personenanteil des Phänomenbereichs Linksextremismus in Brandenburg.

4.1 Autonome



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die autonome linksextremistische Szene im Land Brandenburg umfasst etwa 210 Personen. Sie setzt sich aus mehreren lokalen, in sich homogenen Gruppierungen zusammen. Größere Bündnisse existieren in Brandenburg nicht. Die Gruppierungen engagieren sich in zum Teil unterschiedlichen Themenfeldern. Sie sind vor allem in größeren Städten wie Potsdam, Cottbus und Frankfurt (Oder) aktiv. Auch in Finsterwalde (EE) gibt es eine erwähnenswerte linksextremistische Szene.

Mit einem Personenpotenzial von etwa 80 Mitgliedern ist die autonome Szene Potsdam die stärkste in Brandenburg. Sie rekrutiert sich zu einem nicht geringen Teil aus der Studentenschaft. Fluktuationsbedingte Abgänge kann sie immer wieder ausgleichen. Seit Anfang 2016 hat eine Verjüngung eingesetzt. So ist zu beobachten, dass zunehmend auch Schüler aktiv werden. Zwar ist die autonome Szene arg fragmentiert, aber einzelne Gruppierungen kooperieren anlassbezogen mit anderen Klein- und Kleinstgruppen in verschiedenen Bündnissen und Initiativen. Alle eint das Themenfeld „Antifaschismus“. Hier liegt ihr gemeinsamer Agitationsschwerpunkt. Dieses Kampagnethema ist wie kaum ein anderes auch in linksalternativen Kreisen anschlussfähig. Im Unterschied zum linksalternativen Antifaschismus schließt der autonome Antifaschismus die gewaltsame Konfrontation mit dem politischen Gegner ein. Das autonome antifaschistische Feindbild umfasst nicht nur „Rechte“, also Rechtsextremisten einschließlich Rechtspopulisten, sondern auch Vertreter des „staatlichen Repressionsapparates“, insbesondere die Polizei. Denn der demokratische Verfassungsstaat dient aus ihrer Sicht genauso wie der Faschismus der Absicherung und der Legitimation des verhassten Kapitalismus. Der „Arbeitskreis Antifa Potsdam“ formulierte in seinem

Aufruf „They shall not pass“ zu Gegenaktionen gegen eine NPD-Demonstration bereits 2012 unmissverständlich: „Der demokratisch-bürgerliche Protest gegen Neonazis bleibt hoffnungslos, solange nicht die kapitalistische Ideologie, sondern nur ihre zugespitzte Form kritisiert wird. Antifaschistische Kritik bedeutet, dass der deutsche Staat als das erkannt wird was er ist: Gewaltherrschaft. Und die Faschist/innen sind seine Kinder.“

In den letzten zehn Jahren hat sich die autonome Szene ein Stück weit ausdifferenziert. Aus den Autonomen sind Postautonome hervorgegangen. Sie existieren inzwischen neben den Autonomen. Der Wandel bewirkte eine gewisse gesellschaftliche Öffnung der Szene. Postautonome wissen, dass sie Kompromisse machen müssen, um politische Ziele durchsetzen zu können und betreiben daher eine intensive Bündnispolitik mit anderen linken Strömungen. Sie avancieren mehr und mehr zum Scharnier der Szene. Außerdem interessieren sie sich für Theoriearbeit. Ihre Gewaltbereitschaft hingegen ist geringer als die von Autonomen.

Seit Januar 2016 ist eine neue Qualität linksextremistischer Gewalt erkennbar. Die Entwicklungen in den einzelnen Potsdamer Hausprojekten haben zu einer Radikalisierung der Szene beigetragen. Mit Hilfe von Demonstrations- und Blockadetrainings hat sich die Szene sukzessive professionalisiert. Die Rote Hilfe unterstützt dabei mit Rechtsberatung und -hilfe. Damit wächst die Gefahr, dass in den Rückzugsräumen zunehmend Aktionen gegen den politischen Gegner und die Polizei geplant werden. Dies bezeugen die Ausschreitungen gegen POGIDA-Demonstrationen Anfang 2016 deutlich. Zwischen dem 11. Januar und dem 18. Mai 2016 fanden insgesamt elf Demonstrationen des „Bündnisses Potsdam gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (POGIDA) statt, bei denen es immer wieder zu Konfrontationen zwischen Linksextremisten, POGIDA-Anhängern und der Polizei kam. Insbesondere bei den Veranstaltungen im Januar konnten bis zu 400 gewaltbereite Linksextremisten ausgemacht werden, die zum Teil aus dem Umland und Berlin angereist waren. Bei solchen Veranstaltungen und Demonstrationen sind Konfrontationsdelikte von Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen auf Angehörige des rechten Spektrums und der Polizei zu verzeichnen. Dabei wurden derartige Tatgelegenheiten seitens der Szene gezielt gesucht oder provoziert. Mit Besorgnis ist festzustellen, dass Gewalt zunehmend enthemmt und offenbar unter Inkaufnahme von schweren Körperverletzungen ausgeübt wird. Linksextremisten feierten die Ausschreitungen vom 11. Januar 2016 in den Sozialen Medien. Auf der Seite „linksunten.indymedia“ fand sich eine „Randale Bundesliga“. Danach war Potsdam „Randalemeister des Monats“.

Infolge der Flüchtlingskrise haben sich die Positionen weiter polarisiert. Die Aktionen gegen die POGIDA-Demonstrationen zeigen eine Ausweitung des Feindbildes. Dazu zählen mittlerweile nicht mehr ausschließlich Rechtsextremisten, sondern auch Rechtspopulisten wie Organisatoren und Anhänger diverser GIDA-Bündnisse oder die Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD). Es herrscht eine aggressive Stimmung gegen die Polizei, der vorgeworfen wird, „Nazis zu schützen“. Mit dem Ende der POGIDA-Proteste rückte die AfD zunehmend in das Visier der Potsdamer linksextremistischen Szene. Seit Mai 2016 verzeichnen die Sicherheitsbehörden zunehmend Aktionen gegen Abgeordnete. Wohnhäuser werden beschmiert oder brennende Barrikaden errichtet. Brandenburgische Linksextremisten bekannten sich zu diesen Aktionen auf der Internetseite „linksunten.indymedia“. Ein weiteres Indiz, wie unverhohlenen linksextremistische Gewalt zur Schau gestellt wird, ist die versuchte Brandstiftung an einem vor dem „Ministerium des Innern und für Kommunales“ abgestellten Streifenwagen in der Nacht vom 18. auf den 19. Mai 2016. Um in verschiedenen Potsdamer Milieus Einfluss zu gewinnen, suchte die Szene in den vergangenen Jahren den Schulterchluss mit Gruppierungen wie der im Dezember 2015 gegründeten „Potsdamer Antirassistischen Aktion“ (PARA). Nach eigenen Angaben stellte sich die PARA gegen die angeblich zu rigide Flüchtlingspolitik der Bundesrepublik. Ihr Protest richtete sich gegen die Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber in

„Flüchtlingslagern“ und gegen eine Asylrechtsverschärfung. Ihr Ziel war es, die Abschiebepolitik öffentlich zu kritisieren und den Abschiebeprozess zu blockieren. Im zweiten Halbjahr 2016 war eine deutliche Reduzierung der Proteste zu verzeichnen. Dem Abflachen der Flüchtlingszuzüge entsprach ein Rückgang der Aktivitäten der PARA. Ende 2016 löste sie sich schließlich wieder auf. Deutlich radikaler sind die brandenburgischen Vertreter der „Red and Anarchy Skinheads - Berlin Brandenburg“ (RASH). Diese Potsdamer Gruppierung, wenn auch in Brandenburg nur mit wenigen Anhängern vertreten, schaffte als erste einen Brückenschlag nach Berlin und nimmt auch dort an Aktivitäten teil. Dies stellt bis dato ein Novum in der hiesigen linksextremistischen Szene dar. Zwischen Anfang 2014 und November 2015 versuchte auch die Potsdamer Ortsgruppe der „Neuen antikapitalistischen Organisation“ (NaO) jenen Brückenschlag. Es handelte sich um eine trotzkistisch ausgerichtete Gruppe. Das Projekt scheiterte jedoch kläglich und die Organisation löste sich schnell wieder auf. Danach verblieben einige ihrer Mitglieder zwar in Potsdam, sind nunmehr allerdings ohne Organisationsbezug.

Die autonome Szene Cottbus verfügt über ein Personenpotenzial von etwa 35 Personen, darunter auch Gewaltbereite. Mehrere einschlägige Szenetreffe und Hausprojekte existieren in der Stadt und ermöglichen eine subkulturelle linke Szene, die sich zunehmend radikalisiert. Auch hier bereitet man sich mit Hilfe von Demonstrations- und Blockadetrainings gezielt auf gewaltsame Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner und vor allem mit der Polizei vor. Wieder leistet die „Rote Hilfe“ tatkräftig ihren Beitrag. Szeneangehörige, die mit dem Gewaltmonopol des Staates in Konflikt geraten, sichern sich rechtlichen Beistand und finanzielle Solidarität zu. Zum Teil rekrutiert sich die Szene aus der Studentenschaft der BTU, die fluktuationsbedingte Abgänge immer wieder ausgleicht. Während die Aktivitäten der lokalen Antifa in Zahl und Kontinuität zwar auf hohem Niveau verharren, ist die Zahl der linksextremistischen Straftaten auch in dieser Region deutlich gestiegen. Die Antifa Cottbus ist besonders bei der Koordination überregionaler Veranstaltungen tonangebend. Eine enge Zusammenarbeit besteht zudem mit der Szene Spremberg (SPN), beide verfügen außerdem über Kontakte zu den Szenen in Forst (SPN) und Finsterwalde (EE).

Vom 9. bis 16. Mai 2016 fand in Proschim (SPN) ein „Klima- und Energiecamp“ unter dem Motto „Kohlebagger stoppen! Klima schützen!“ statt, mitorganisiert vom Bündnis „Ende Gelände!“. Dieses Camp wurde auch von Linksextremisten als Agitationsplattform genutzt. Die Koordination und Vorbereitungen wurden unter anderem in Cottbuser Szenetreffs durchgeführt. Diese waren während des Camps ein Anlaufpunkt der Extremisten. Besonders die „Interventionistische Linke“ (IL) versuchte im Bündnis und während des Camps Einfluss zu nehmen. Zahlreiche Protestaktionen richteten sich gegen den dortigen Braunkohletageabbau, die Kohlekraftwerke sowie die dazu gehörige Infrastruktur. Kohlebagger wurden besetzt, Blockaden auf Schienen der werkseigenen Kohlbahn errichtet und eine Demonstration in Welzow (SPN) durchgeführt. Mit diesen Aktionen wollten die Aktivisten den Braunkohle-Abbau in der Lausitz lahmlegen. Insgesamt haben sich über 2.000 Teilnehmer verschiedener Nationalitäten im Camp befunden, darunter auch etwa 10 Prozent Linksextremisten, die beispielsweise aus Berlin und Leipzig (Sachsen) angereist waren. Die IL war im Camp und bei den Aktionen stets präsent und hat grundsätzlich den Eindruck erweckt, die Konfrontation mit der Polizei suchen zu wollen. Bei der Räumung des Kraftwerkes „Schwarze Pumpe“ kam es zu Ausschreitungen, auf die sich insbesondere die Linksextremisten fokussiert hatten. Die Polizei nahm zahlreiche Besetzer und Blockierer fest. Die meisten Festgenommenen hatten keine Ausweispapiere dabei. Sie mussten zur Überprüfung ihrer Identität ins Gewahrsam genommen werden.

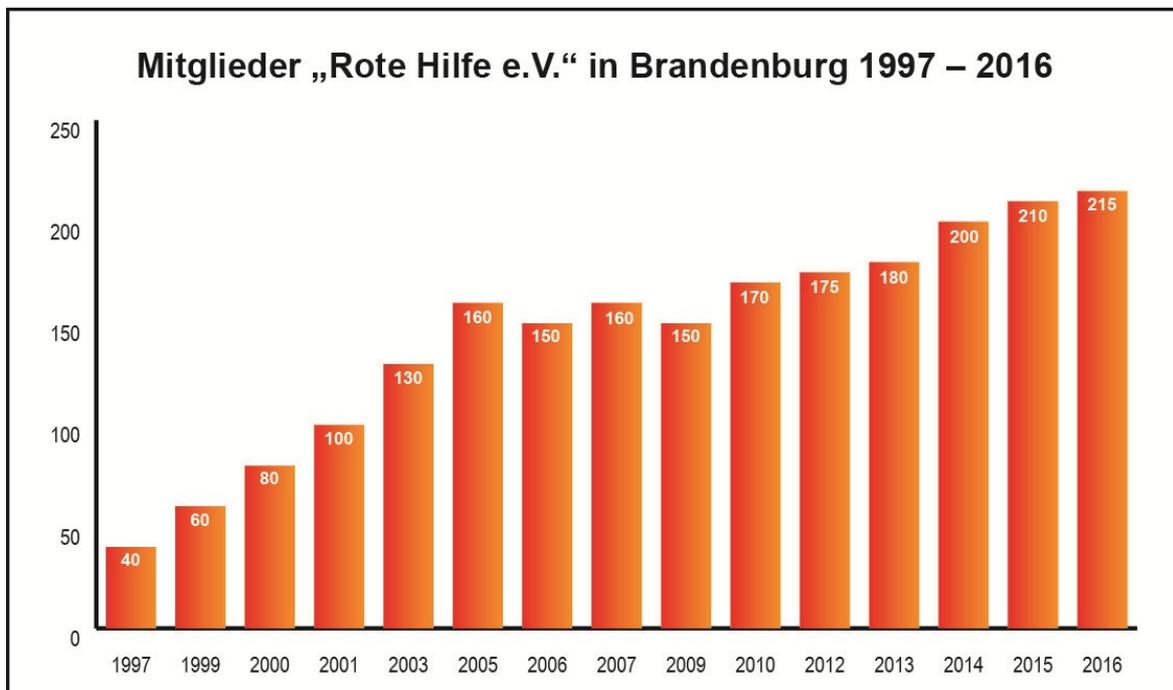
Zur autonome Szene Frankfurt (Oder) gehören rund 30 Personen. Enge Verbindungen existieren zu Teilen der Studentenschaft, wo neue Mitglieder gewonnen werden. Damit bleibt sie seit Jahren auf einem stabilen Personenpotenzial, wenngleich sich die Szene fluktuationsbedingt erneuert. Ein besonderer Akteur ist die „Libertäre Aktion Frankfurt/Oder (LAFFO)“. Am 28. Dezember 2013 hatte sie

ihre Gründung auf der Internet-Plattform „indymedia.org“ verkündet. Sie gibt seither klar zu verstehen, dass sie ein „ausdrückliches Interesse an Vernetzungen“ hat und sich zwar als anarchistische Gruppierung versteht, aufgrund der negativen Belegung des Begriffes aber „den weniger abschreckenden Begriff ‚libertär‘ gewählt“ hat. Bereits binnen eines Jahres ist sie Mitglied der „Föderation deutschsprachiger Anarchisten“ (FDA) geworden.

Die Mitgliederzahl der autonomen Szene in Finsterwalde (EE) liegt bei rund 20 Personen. Neben der autonomen Szene existiert ein breites subkulturell geprägtes Umfeld (darunter Punks und antirassistische Skinheads), das aktionsabhängig mobilisiert werden kann. Häufig kommt es zu Konfrontationen zwischen Angehörigen der linken und der rechten Szene.

Darüber hinaus existieren weitere autonome Strukturen in Neuruppin (OPR), Prenzlau (UM), Bernau, Eberswalde (beide BAR), Oranienburg (OHV), Teltow, Stahnsdorf, Kleinmachnow (alle drei PM) und dem Westhavelland (Region HVL).

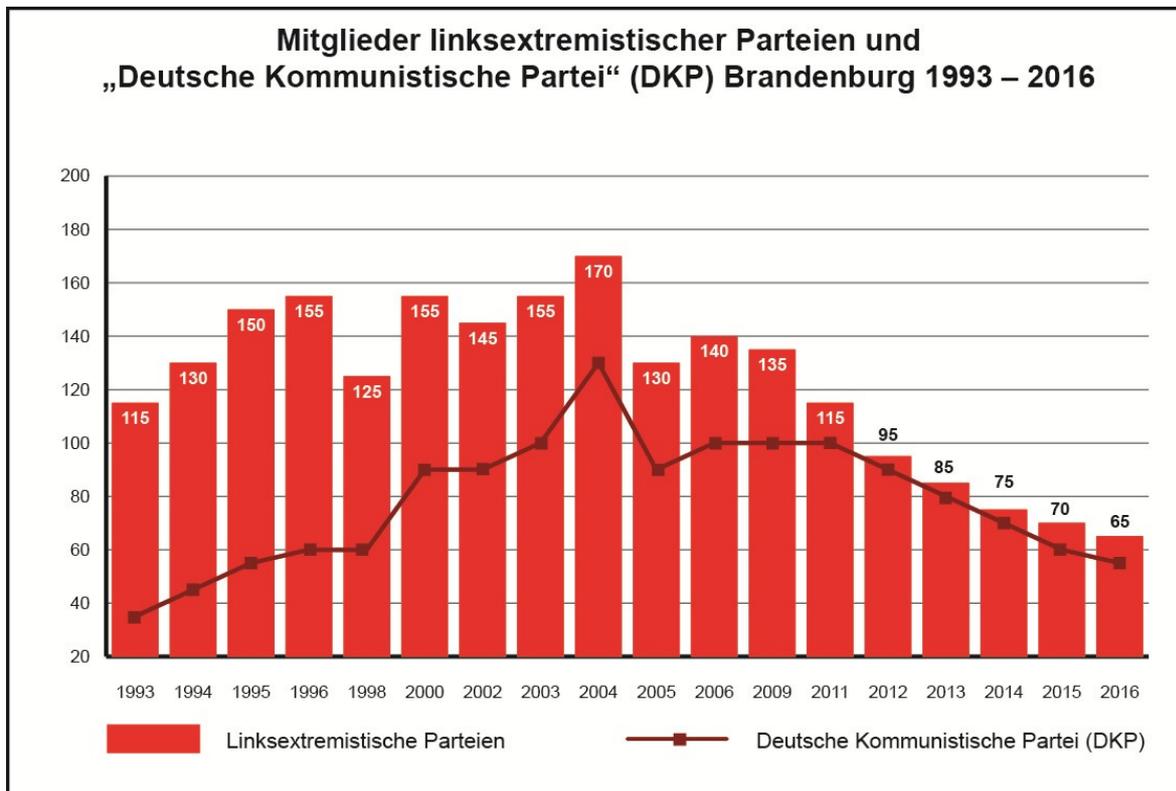
4.2 Rote Hilfe e.V. (RH)



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Die Rote Hilfe e.V. (RH) konnte innerhalb der letzten Jahre ihre Strukturen ausbauen und auch einen personellen Zuwachs verzeichnen. Damit ist sie derzeit die einzige linksextremistische Organisation in Brandenburg, die unabhängig von jedwedem Trend kontinuierlich wächst. Mittlerweile verfügt sie in Brandenburg über 215 (2015: 210) Mitglieder. Gegliedert ist die RH in fünf Ortsgruppen (OG): Königs Wusterhausen (LDS), Potsdam, Strausberg (MOL), Neuruppin (OPR) und Cottbus. Wobei die OG Potsdam die größte und bedeutsamste in Brandenburg ist. Die OG Cottbus hat sich zur zweitgrößten und zugleich aktivsten in Brandenburg entwickelt. Sie profitiert insbesondere von ihrer lokalen Mitarbeit in nicht-extremistischen Bündnissen. Offiziell stellt sich die RH bundesweit als gemeinnützige Organisation dar, die vermeintliche Opfer polizeilicher Gewalt oder angeblicher Justizirrtümer unterstützt. Ihr Ziel ist nach eigenem Bekunden, über ihre OG Unterstützung für „politische Gefangene“ zu organisieren sowie diesen eine Plattform zu geben. Das staatliche Gewaltmonopol wird als Repression diffamiert und damit zur Legitimation der eigenen Existenz genutzt. Ebenso wurde in den letzten Jahren immer wieder eine angebliche „Bespitzelung und Kriminalisierung von Besuchern von Kulturprojekten, Fußballfans und Bands“ durch den Verfassungsschutz behauptet. Programmgemäß unterstützt die RH in Brandenburg Demonstrationen gegen Rechtsextremisten und Rechtspopulisten. 2016 waren dies unter anderem Demonstrationen und Aktionen gegen Versammlungen des POGIDA-Bündnisses in Potsdam. Die RH versorgt verschiedene Gruppen und Akteure mit Know-how und veranstaltet Vorträge und Schulungen zum Umgang mit Polizeibeamten und Sicherheitsbehörden. Damit hat sie maßgeblich zur Professionalisierung der gewaltbereiten autonomen Szene beigetragen und die Gewalteskalation im Frühjahr 2016 befördert. Der Linksextremismus ist zwar weitgehend fragmentiert, doch die RH wird von allen als Konsensorganisation akzeptiert. Das verschafft ihr weit über das linksextremistische Spektrum hinaus Reputation. In bestimmten Kreisen gehört es quasi zum guten Ton, Mitglied in der RH zu sein.

4.3 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Während im Jahr 2016 sämtliche linksextremistischen Gruppierungen einen Zuwachs an Mitgliedern, Akteuren und Sympathisanten verzeichnen konnten, hat sich die Abwärtsspirale der linksextremistischen Parteien in Brandenburg nochmals beschleunigt.

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) tritt öffentlich quasi nicht mehr in Erscheinung. Statt selber Aktionen zu organisieren, schließt sie sich anderen Akteuren an. Zwar verspricht sich die Partei davon die Anerkennung ihrer marxistisch-leninistischen Ideologie, doch es bleibt ein Ausweis der Schwäche. Zusätzlich erschwert wird ihre Arbeit durch fortwährende innere Zerstrittenheit.

Die DKP ist in Brandenburg laut Homepage quasi flächendeckend vertreten. Offiziell unterhält sie zehn „Grundorganisationen“: Strausberg (MOL), Schwedt/Oder (UM), Eberswalde (BAR), Bernau (BAR), Teltow-Fläming, Elsterwerda (EE), Königs Wusterhausen (LDS), Cottbus, Potsdam und Havel-Oberhavel. Landesweit verfügt die DKP jedoch nur noch über etwa 55 Mitglieder (2015: 60). Handlungsfähig wirkt dabei keine der DKP-Grundorganisationen mehr. Die größten existieren noch in Potsdam und in Cottbus. Beide verfügen über eigene Homepages, auf denen der Anschein eines geregelten Parteilebens erweckt wird. Dazu bietet die Cottbuser Internetpräsenz die DKP-Zeitung „Komm‘ Cottbus!“ zum Download an. Die letzte Ausgabe datiert jedoch aus April/Mai 2015. Dies ist zugleich die bisher einzige Ausgabe.

Auch der Landesverband betreibt eine eigene Homepage, auf der allerdings in erster Linie parteifremde Artikel und Inhalte angeboten werden. Ferner ist hier die vom Landesverband herausgegebene Zeitung „Roter Brandenburger“ abrufbar. Komplettiert wird das Online-Angebot durch eine eigene Facebook-Seite, die die Themen des Tages aufzugreifen und im Lichte des orthodoxen Marxismus-Leninismus zu

deuten versucht. Allerdings stößt auch dieses Angebot auf wenig Widerhall in der brandenburgischen Wählerschaft. An der Landtagswahl 2014 nahm die Partei mit einer Landesliste teil und erreichte 0,2 %. Bei der Europawahl 2014 erhielt die DKP 0,3 %. Größtes Problem der Partei ist die Überalterung der Mitglieder. Verschiedene Versuche, einen Zugewinn von jüngeren Interessierten zu realisieren, scheiterten – auch bundesweit. Ihre offizielle Jugendorganisation, die „Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ) verfügt zwar ebenfalls über einen brandenburgischen Facebookauftritt („SDAJ Lausitz“), kann damit aber kaum junge Menschen ansprechen. Allerdings zeigt das Facebookprofil, dass sich die SDAJ durch betont radikaleres Gebaren zum einen von der „Mutterpartei“ abgrenzen und sich zum anderen autonomen Kreisen zuwenden will. In der realen Welt tritt die SDAJ in Brandenburg aber kaum in Erscheinung.

4.4 Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die „Marxistisch Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) hat die Mitglieder der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern in einem gemeinsamen Landesverband Nord-Ost gebündelt. Dieser wird von einer zentralen Geschäftsstelle in Berlin betreut. Eigene Strukturen der MLPD sind in Brandenburg nicht mehr vorhanden. Lediglich Einzelmitglieder, die nur sporadisch aktiv sind, haben hier ihren Wohnsitz. Die seltenen Aktionen der Partei werden federführend von Berlin oder anderen Bundesländern aus gesteuert und durchgeführt. Obwohl gelegentlich bei Demonstrationen oder Kundgebungen Fahnen oder Plakate der MLPD feststellbar sind, kommt die MLPD in Brandenburg über den Status einer Splitterpartei nicht hinaus. Genau wie die DKP hat auch die MLPD mit einer Überalterung ihrer Mitglieder zu kämpfen. An politischen Diskussionen innerhalb der linksextremistischen Szene Brandenburgs hat sich die MLPD bisher nicht gewinnbringend beteiligt, Somit ist eine politisch-ideologische Wirkung der Partei nicht vorhanden.

Ausblick

Die linksextremistische Szene in Brandenburg ist wieder im Aufwind. Befördert durch die Flüchtlingskrise und als Gegenpol zu rechtspopulistischen Strömungen und Parteien, hat sie ihre Chance genutzt, organisiert und mobilisiert wieder mehr öffentliche Gegenproteste. Seit 2015 wächst die linksautonome Szene in Brandenburg wieder. Ein Teil der Anhänger wird mit zunehmendem Alter zwar angepasster, neue, jüngere Mitglieder, die zumeist dem studentischen Milieu entstammen, schließen aber diese Lücke. Seit 2016 ist außerdem festzustellen, dass zunehmend auch Schüler mit der Szene sympathisieren und sich ihr anschließen. Besonders die Proteste gegen die asylfeindliche POGIDA in Potsdam während der ersten Monate des Jahres 2016 haben diesen Trend befördert. Die schwierige Flüchtlingssituation hatte der Szene bereits im Vorjahr neuen Zulauf verschafft. Mehr denn je lassen sich mit dem Kampagnenthema „Antifaschismus“ neue Anhänger gewinnen. Deutlich wurde dies bei Ausschreitungen gegen POGIDA-Demonstrationen. Zwischen dem 11. Januar und dem 18. Mai 2016 fühlten sich bei Demonstrationen jeweils bis zu 400 gewaltbereite Linksextremisten berufen, dem vermeintlichen Faschisten auf der Straße entgegenzutreten. Seit Mai 2016 sind zunehmend auch Aktionen gegen Abgeordnete der AfD festzustellen. Neben Bedrohungen sind es insbesondere Sachbeschädigungen, die auf das Konto der Linksextremisten gehen. Dabei steigt nicht nur die Bereitschaft zur Gewaltanwendung gegen den politischen Gegner, ebenso rückt die Polizei als Vertreter des Staates zunehmend ins Fadenkreuz der Extremisten. Autonome sprechen ihnen das Recht auf körperliche Unversehrtheit ab.

Antifaschismus ist der Kitt, der sämtliche linke Strömungen vereint und ihnen zuletzt auch zu einem gewissen Mitgliederzuwachs verholfen hat.

Die Fluktuation innerhalb der autonomen Szene bleibt hoch. Die Groß- und Universitätsstädte der benachbarten Bundesländer dürften auch in Zukunft auf Autonome eine starke Anziehungskraft ausüben und für Abwanderungen sorgen. Solange sich die Szene jedoch durch jüngere Semester erneuern kann, wird sie fortexistieren.

Durch die politische Situation im Gefolge der Flüchtlingswanderung ist der Anschluss von Linksextremisten an Teile der Zivilgesellschaft deutlich leichter geworden. Besonderen Erfolg haben sie dabei vor allem im Rahmen von Initiativen wie „Refugees Welcome“. Die meisten linksextremistisch motivierten Straftaten werden nach wie vor am Rande von rechtsextremistischen Demonstrationen begangen. Zusätzlich professionalisiert sich die autonome Szene mit Blockadetrainings und

Selbstverteidigungskursen. Da die Gefahr besteht, dass sich die Konfrontationsgewalt in Wahlkämpfen weiter aufschaukelt, ist mit einem weiteren Anstieg entsprechender Straftaten zu rechnen.

Am 7. und 8. Juli 2017 findet in Hamburg das jährliche Treffen der Staats- und Regierungschefs der „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer der Welt“ (G20) statt. Das Treffen ist europaweit ein Kristallisationspunkt des Protestes gewaltbereiter Linksextremisten, insbesondere im Aktionsfeld „Antikapitalismus“. Ihre Proteste richten sich hauptsächlich gegen die Teilnehmer des G20-Gipfels als Repräsentanten des kapitalistischen Systems, welches sie bekämpfen. Generell birgt ein derartiges Ereignis mit internationaler Beachtung stets ein hohes Mobilisierungspotenzial sowohl innerhalb verschiedener extremistischer Spektren als auch bei nicht-extremistischen Gruppierungen. Bundesweit sind die Proteste gegen den G20-Gipfel innerhalb der linksextremistischen Szene der Aktionsschwerpunkt 2017. Die Mobilisierung findet bereits seit Mitte 2016 in großer Intensität statt. Umfangreiche Aktionsplanungen und Koordinierungstreffen wurden bereits veranstaltet und sind für 2017 auch in Brandenburg (u. a. in Potsdam) vorgesehen. Dabei initiiert gerade die „Interventionistische Linke“ (IL) Berlin Mobilisierungsveranstaltungen, bei denen sie von der Potsdamer Antifa-Szene unterstützt wird. Das Ziel der Aktionen im Juli ist im Besonderen die Störung des Gipfelablaufes.

Die „Rote Hilfe e. V.“ ist seit Jahren die konstanteste linksextremistische Bestrebung innerhalb Brandenburgs. Als übergreifende Konsensorganisation ist sie gut organisiert und teilweise konspirativ tätig. Nach Außen gibt sie gern vor, sich lediglich um angebliche Opfer staatlicher „Repression“ zu kümmern. Tatsächlich richtet sich Ihr Vorgehen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Für Rechtsextremisten, die eine „Gefangenenhilfe“ etablieren wollen, ist sie ein organisatorisch unerreichtes Vorbild. Die RH wächst völlig losgelöst von aktuellen politischen Gegebenheiten kontinuierlich von Jahr zu Jahr. Wann diese Entwicklung durchbrochen wird, ist momentan nicht absehbar.

Die zunehmend überalterten Parteien DKP und MLPD sind in Brandenburg seit Jahren ohne Bedeutung und mittlerweile auch ohne Zukunft. Die MLPD besteht in Brandenburg lediglich aus Einzelpersonen, die nicht in der Lage sind, sich zu organisieren. Die DKP konnte in Brandenburg nie richtig Fuß fassen und versinkt durch zunehmende Überalterung immer mehr in der Bedeutungslosigkeit. Auf dem Papier existieren elf Ortsgruppen, die allerdings kaum Aktivitäten aufweisen. Intern ist die Partei so zerstritten, dass sie praktisch nicht einmal in den eigenen Reihen einen politischen Willensbildungsprozess gestalten kann.

5. Islamistischer Extremismus

Aktuelle Entwicklungen im islamistischen Extremismus

Anzahl islamistischer Extremisten (teilweise geschätzt)	Brandenburg		
	2014	2015	2016
Islamistische Extremisten	40	70	100

Am Abend des 19. Dezember 2016 bestätigt sich endgültig die These, dass es nur eine Frage der Zeit sei, bis in Deutschland ein größerer Terroranschlag stattfindet. Getroffen hatte es völlig unschuldige Menschen, die den Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz in Berlin besuchten. In den Abendstunden raste ein Lastwagen in die Menge und tötete dabei 11 Menschen, über 50 weitere wurden verletzt. Die Opferzahl wäre vermutlich weit höher ausgefallen, wenn sich die Bremsautomatik des Lasters nicht aktiviert hätte. Gesteuert wurde die tödliche Waffe von einem Tunesier namens Anis Amri. Er hatte den Lastwagen Stunden zuvor entführt und den polnischen Fahrer erschossen. Dessen Leiche wurde auf dem Beifahrersitz gefunden. Amri nutze das Chaos am Anschlagort, um zu fliehen. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln reiste er durch mehrere europäische Länder und wurde schließlich in der Nähe von Mailand bei einem Schusswechsel durch die italienische Polizei getötet. Eine besonders schockierende Tatsache ist, dass Amri den Sicherheitsbehörden bekannt war. Er galt als Gefährder, das heißt, es lagen tatsächliche Anhaltspunkte vor, aufgrund derer die Sicherheitsbehörden ihm zutrauten, eine schwere politisch motivierte Straftat nach §100a Strafprozessordnung zu begehen.

Der Anschlag kurz vor den Festtagen im Herzen der Hauptstadt in unmittelbarer Nähe zur Gedächtniskirche, gerichtet gegen Besucher eines christlichen Weihnachtsmarkts traf Deutschland hart, doch nicht völlig unerwartet. Die Entwicklungen im Jahr 2016 zeigten deutlich, der Terrorismus hatte Deutschland bereits erreicht. Die Anschläge wurden intensiver und entschlossener vorgetragen. Die Medien berichteten regelmäßig von Verhaftungen und Hausdurchsuchungen, Anschlags- und Bombenbauversuchen. Die Ereignisse folgen in immer kürzeren Abständen. Im Oktober verhaftete die Polizei in Leipzig (Sachsen) den 22-jährigen Syrer Jaber Albakr, der einen Sprengstoffanschlag auf den Berliner Flughafen plante und den benötigten Sprengstoff bereits selbst hergestellt hatte.

Während zu Beginn des Jahres die Bedrohung von dem französisch-belgischen Netzwerk um Abdelhamid Abaaoud und Salah Abdeslam ausging, wurde in der zweiten Jahreshälfte die Gefährdungslage von weitgehend unabhängig agierenden Einzeltätern dominiert. Diese brauchen kein Netzwerk, keine ausgefeilte Logistik oder spezielles Training. Es gab zwar Kontaktpersonen, die die Ideologie des Attentäters teilten, aber keine systematische gemeinsame Anschlagplanung wie in Paris (Frankreich) und Brüssel (Belgien). Hier genügen Alltagsgegenstände und die hemmungslose Entschlossenheit zu töten. Dass sich auch diese Terroristen zum sog. „Islamischen Staat“ (IS) bekennen, bedeutet keineswegs, dass dieser im Vorfeld von der Tat wusste oder gar Unterstützung leistete.

Übersicht: Die wichtigsten Anschläge, die dem „Islamischen Staat“ (IS) zuzurechnen sind

12. Januar 2016	Türkei	Bei dem Terroranschlag in Istanbul am 12. Januar 2016 sprengte sich ein Terrorist inmitten einer deutschen Touristengruppe in Istanbul in die Luft. 10 Tote, 15 Verletzte.
14. Januar 2016	Indonesien	Die Anschläge in Jakarta am 14. Januar 2016 wurden von 14 Terroristen mit Schnellfeuergewehren, Handgranaten und Sprengsätzen begangen. Mindestens 9 Menschen starben.
12. Februar 2016	Deutschland	In einer „Martyrerooperation“ für den „Islamischen Staat“ provozierte eine 15 Jahre alte Terroristin eine Personenkontrolle, um bei dieser Gelegenheit mit einem Messer auf Polizisten einzustechen. Ein Polizist wurde dabei lebensgefährlich verletzt.
22. März 2016	Belgien	Bei den Terroranschlägen in Brüssel sprengten sich zwei Terroristen im Flughafen Brüssel-Zaventem in die Luft, ein weiterer im U-Bahnhof Maalbeek. 32 Tote, über 300 Verletzte.
12. Juni 2016	USA	Bei dem Massaker in Orlando schoss ein Terrorist in einem von Homosexuellen besuchten Nachtclub mit mehreren Waffen um sich. Bei der Erstürmung durch die Polizei wurde der Täter getötet. 49 Tote und 53 Verletzte.
13. Juni 2016	Frankreich	Bei dem Anschlag in Magnanville tötete der Terrorist zwei Polizeiangehörige und nahm deren dreijährigen Sohn als Geisel. Die Polizei stürmte das Haus und tötete den Attentäter.
14. Juli 2016	Frankreich	Ein islamistischer Extremist raste mit einem Lastwagen an der Strandpromenade in Nizza in die Menge. Er tötete 84 Menschen, weitere 200 wurden zum Teil schwer verletzt.
18. Juli 2016	Deutschland	Ein islamistischer Extremist griff in einem Regionalzug in der Nähe von Würzburg Fahrgäste mit einer Axt und einem Messer an. Fünf Personen, darunter vier Hongkong-Chinesen, wurden zum Teil lebensgefährlich verletzt. Der Attentäter wurde von einem sich zufällig in der Nähe befindlichen Spezialeinsatzkommando auf der Flucht erschossen.
24. Juli 2016	Deutschland	In Ansbach sprengte sich ein Selbstmordattentäter in der Nähe eines Musikfestivals, zu dem ihm zuvor der Zutritt verweigert wurde, selbst in die Luft. Der Attentäter starb, 15 Menschen wurden verletzt.
26. Juli 2016	Frankreich	Anschlag in Saint-Étienne-du-Rouvray: In einer Kirche enthaupteten zwei Attentäter einen 86-jährigen Priester, verletzten einen Mann schwer und nahmen Nonnen als Geiseln. Die zwei Terroristen wurden von der Polizei erschossen.
7. August 2016	Belgien	Ein Mann verletzte vor einer Polizeiwache zwei Polizistinnen mit einer Machete, wobei er „Allahu Akbar“ rief. Er wurde während des Angriffs von Polizisten erschossen.
18. September 2016	USA	Ein 22-jähriger Täter stach in einer Einkaufspassage auf 9 Menschen ein. Er wurde von Polizisten erschossen.
19. Dezember 2016	Deutschland	Ein bekannter Gefährder aus Tunesien steuerte einen Lastwagen auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz. 12 Tote, über 50 Verletzte.

Das französisch-belgische Netzwerk schlug nach nur wenigen Monaten am 22. März 2016 zum zweiten Mal zu. Ziel waren Verkehrsknotenpunkte in Brüssel (Belgien). Zwei Selbstmordattentäter hatten ihre Sprengstoffwesten gezündet, einer am Flughafen und einer in einer U-Bahn in unmittelbarer Nähe zum Europäischen Parlament. Es sollten so viele Menschen wie möglich mit in den Tod gerissen werden.

Insgesamt verloren 35 Personen ihr Leben, über 300 wurden verletzt. Die Täter gehörten demselben Netzwerk an, das im Jahr zuvor für die Anschläge in Paris (Frankreich) verantwortlich war. Somit ist es erstmals einer Gruppe gelungen, nach einer Tat abzutauchen und später erneut zuzuschlagen.

An dem Attentat in Brüssel (Belgien) waren vier Männer im Alter zwischen 24 und 31 Jahren beteiligt, die sich dem internationalen Jihad verschrieben hatten. Drei davon waren belgische Staatsbürger, einer Marokkaner. Die Täter waren polizeibekannt und hatten bereits Haftstrafen verbüßt. Der Belgier Ibrahim Bakraoui war wegen Raub mit Schusswaffengebrauch zu 10 Jahren Haft verurteilt worden, wurde aber wegen guter Führung vorzeitig entlassen. Sein jüngerer Bruder Khalid war ebenfalls vorbestraft. Der jüngste der Täter, ein Marokkaner namens Najim Laachraoui, geriet bereits in den Sichtkreis der Sicherheitsbehörden. Er galt als Sprengstoffexperte der Gruppe und hatte wahrscheinlich auch die Sprengsätze für die Attentate am 13. November 2015 in Paris (Frankreich) hergestellt. Alle drei Attentäter sind bei dem Anschlag gestorben. Der vierte, Mohamed Abrini, konnte zunächst fliehen, wurde dann aber drei Wochen später mit fünf weiteren Personen von der belgischen Polizei in der Nähe von Brüssel verhaftet.

Das französisch-belgische Netzwerk hat durch die Maßnahmen der Sicherheitsbehörden weitgehend an Handlungsfähigkeit verloren. Mit der Verhaftung von Saleh Abdeslam am 18. März 2016 ist den Behörden einer der wichtigsten Drahtzieher ins Netz gegangen. Abdeslam sitzt derzeit in Frankreich in Haft und verweigert die Aussage.

Offensichtlich ist, dass viele der Jihadisten zu den sozialen Verlierern zählen. Abdeslam, dessen Familie aus Marokko stammt, ist mit vier Geschwistern in Molenbeek, einem Vorort von Brüssel (Belgien), aufgewachsen. Molenbeek hat einen Ausländeranteil von 27 Prozent, ein Viertel davon stammt aus Marokko. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei 45 Prozent. Drogen und Straftaten sind an der Tagesordnung. Abdeslam hatte zunächst Glück und fand Arbeit als Mechaniker. Doch Alkohol und Drogenkonsum führten schon bald dazu, dass er die Stelle verlor. Danach betrieb er mit seinem älteren Bruder eine zwielichtige Bar, welche von den Behörden geschlossen wurde. Bis dahin verlief das Leben der beiden Brüder eher wie das von Kleinkriminellen und nicht wie das streng gläubiger Muslime.

Der ältere Bruder des Attentäters, Brahim Abdeslam, versuchte im Januar 2015 über die Türkei nach Syrien zu reisen. Die türkischen Sicherheitsbehörden verhinderten das und schickten ihn nach Belgien zurück. Die Namen der Brüder standen daraufhin auf der Gefährderliste. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war Abdeslam auf dem Radar der Sicherheitsbehörden. Noch im August 2015 hielt er sich wahrscheinlich in Syrien auf und beteiligte sich aktiv an der Vorbereitung der Attentate. Konspirativität und die Verwendung von Falschpapieren sind in diesen Kreisen Normalität.

Die Erleichterung über die Zerschlagung der Molenbeeker Gruppe währte nicht lange. Am 14. Juli 2016 raste in Nizza (Frankreich) ein Lastwagen entlang der Strandpromenade in eine Menschenmenge, die sich dort zum Feiern des Nationalfeiertags versammelt hatte. Der Lastwagen war im Zickzack gefahren, um größtmöglichen Schaden anzurichten. Die Menschen hatten kaum eine Chance zu entkommen. 84 Menschen verloren dabei ihr Leben. Unter den Toten war auch eine Lehrerin aus Berlin mit zwei ihrer Schüler. Am Steuer saß der 31-jährige Tunesier Mohamed Lahoraiej Bouhel.

Bouhel trank Alkohol, nahm Drogen und galt nicht als religiös. In der Moschee hat man ihn nie gesehen. Er arbeitete als Lieferant, war verheiratet und hatte drei Kinder. Seit 2010 beging er mehrere Straftaten und wurde unter anderem wegen einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu sechs Monaten Haft verurteilt. Die Strafe wurde auf Bewährung ausgesetzt. Gewalttätig war er auch in der Familie. Er schlug seine Frau, welche daraufhin die Scheidung einreichte. Die Auswertung seines Computers zeigte, dass

er erst in den letzten Wochen vor der Tat gezielt nach jihadistischen Seiten gesucht hatte. Warum sich sein Verhalten so schlagartig geändert hatte, konnte bislang nicht geklärt werden. Demnach müsste sich seine Radikalisierung sehr schnell vollzogen haben. Das Attentat selbst war jedoch keine Kurzschlusshandlung, sondern sorgfältig geplant. Bereits eine Woche zuvor hatte er den Lastwagen reserviert, der später als Tatwaffe diente. Die Überwachungskameras haben im Nachgang gezeigt, wie er mehrmals das Gelände an der Strandpromenade ausgespäht hatte. Bouhel war allein in dem Lastwagen. Ob er die Tat alleine oder mit Hintermännern geplant hatte, liegt derzeit noch im Dunkeln. Fest steht, dass er per SMS Kontakt zu Mitwissern hatte. Es ist jedoch möglich, dass sich diese Kontakte auf den virtuellen Raum beschränkten.

Drei Tage später kam es auch in Deutschland zu einem islamistisch motivierten Angriff. In der Nähe von Würzburg (Bayern) attackierte der 17-jährige Flüchtling Rias Khan Ahmadzi in einem Regionalzug eine fünfköpfige Touristengruppe aus Hongkong (Volksrepublik China) mit Beil und Messer. Vier Personen wurden lebensgefährlich verletzt, ebenso eine Frau, die dem Täter nach Verlassen des Zuges zufällig über den Weg gelaufen war. Als Polizisten einer Spezialeinheit ihn stellen wollten, griff er auch diese an und wurde erschossen. Die Hintergründe auch dieser Tat liegen weitgehend im Dunkeln. Ahmadzi lebte bei einer Pflegefamilie, galt als eher ruhig und hatte Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Seine ideologische Ausrichtung konnte er vor seinem Umfeld verbergen. Erst nach der Tat haben Ermittler in seinem Zimmer eine Flagge des „Islamischen Staates“ gefunden und einen Abschiedsbrief an seinen Vater. Kurz danach verbreitete Amaq, die Propagandaagentur des IS, ein Bekennervideo.

Schon drei Tage später kam es zu einem weiteren dramatischen Fall: Mohammad Daleel verübte das erste Selbstmordattentat auf deutschen Boden. Er wollte seine Sprengstoffweste auf einem Musikfestival in Ansbach (Bayern) zünden, um einen Aufsehen erregenden Anschlag mit vielen Toten zu verüben. Über 2.000 Personen hatten sich zum Konzert auf dem Festivalgelände versammelt. Die Tat war jedoch nicht sorgfältig vorbereitet. Der Attentäter hatte keine Eintrittskarte und konnte folglich nicht auf das Festivalgelände gelangen. Er sprengte sich ein paar Meter weiter vor einem Weinlokal in die Luft. 15 Menschen wurden verletzt, zum Glück gab es keine Todesopfer. Seine letzten Minuten sind durch einen Chat mit einem Mitwisser gut dokumentiert und lassen auf eine Art Fernsteuerung durch Jihadisten schließen. So hieß es beispielsweise: „Such Dir einen Platz und tauche in die Menge ein. Durch die Polizei brechen, rennen, und tue es“. Daleel antwortet: „bete für mich. Du weißt ja nicht, was gerade mit mir passiert“. Darauf der Chat-Partner: „Vergiss das Fest und gehe zum Restaurant. Mann, was ist mit Dir los? Ich würde es wegen zwei Personen durchführen. Vertrau Gott und lauf zum Restaurant los“.

Daleel kam über Bulgarien nach Deutschland. 2013 gibt er in Bulgarien ein Interview über die Zustände in Aleppo (Syrien). Seine Frau und sein Kind waren von einer Bombe getötet worden, er selbst habe schwere Verletzungen durch Granatsplitter davongetragen. Er habe in Aleppo Kriegssoper fotografiert und die Bilder im Internet veröffentlicht, um auf die grausamen Zustände vor Ort aufmerksam zu machen. Vor der Kamera zeigt er seine Verletzungen. Daleels Ziel war Deutschland. In Bulgarien wollte er nicht bleiben, jedoch fehlte das Geld für die Weiterreise. Wie er an das Geld für den Flug nach Österreich gekommen war, konnte bislang nicht geklärt werden. Vielleicht hatte er damals schon Kontakte zu jihadistischen Kreisen. Er gelangte schließlich nach Lindau am Bodensee (Bayern) und begab sich freiwillig in Therapie. Seinem Therapeuten gegenüber hat er mehrmals Selbstmordgedanken geäußert. Beispielsweise hat er gedroht sich mit Benzin zu übergießen und sich anzuzünden. Sympathien für den internationalen Jihad kamen jedoch nicht zum Ausdruck. Dass er sich selbst für einen „Gotteskrieger“ des IS hielt, konnte er auch vor seinem Therapeuten verbergen.

Die Anschläge von Würzburg (Bayern) und Ansbach gehen auf das Konto von Einzeltätern, die als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist sind. Die Sicherheitsbehörden stehen vor dem Problem, eine Vielzahl von Personen auf ihre Gefährlichkeit zu überprüfen und gegebenenfalls einschreiten zu müssen, ohne diesen Personenkreis unter Generalverdacht zu stellen und damit Islamhassern in die Hände zu spielen. Die Situation ist im Jahr 2016 unübersichtlicher geworden. Nicht wenige Migranten sind mit zahlreichen Aliasnamen unterwegs, bewegen sich von Bundesland zu Bundesland und sind über Facebook, Twitter oder Telegramm bestens vernetzt. Die Netzaffinität der jugendlichen Migranten wird vom IS effizient genutzt.

Auch der Attentäter von Berlin, Anis Amri, nutzte intensiv die sozialen Netzwerke. Die Auswertung seiner Verbindungsdaten zeigte, dass er bis kurz vor dem Anschlag mit seinen Glaubensbrüdern in Berlin und im Ruhrgebiet chattete. Er versendete sogar ein Selfie aus dem Führerhaus des Lastwagens, mit dem er einige Minuten später 11 Menschen tötete. Noch ist nicht klar, wer im Vorfeld über seine Anschlagpläne informiert war und ob ihm jemand half.

Die zunehmende Relevanz der sozialen Netzwerke ergibt sich aus der Entwicklung des internationalen Terrorismus. Das Klientel für Rekrutierung und Radikalisierung ist wesentlich jünger geworden und damit auch netzaffiner. Das Internet bietet zudem exzellente Möglichkeiten der gezielten Kontaktaufnahme mit potenziellen Rekruten und Sympathisanten. Die Propaganda kann unabhängig von dem jeweiligen Aufenthaltsort gezielt gesteuert werden. Der IS hat in seine Propagandaabteilung ein Vermögen investiert, Spezialisten angeheuert und die modernste Technik angeschafft. Unter den Spezialisten sind nicht nur Informatiker, sondern auch Personen, die Erfahrung in der Filmindustrie aufweisen und genau wissen, welche Bilder wie auf Jugendliche wirken. Es ist kein Zufall, dass manche Videoclips des IS an Actionfilme oder angesagte Computerspiele erinnern.

Je mehr militärische Niederlagen der IS in seinem Kernterritorium hinnehmen muss, desto mehr setzt er auf lokale Provinzen und einen virtuellen Herrschaftsbereich. Lokale Provinzen („*wilayat*“) gibt es nicht nur im Irak, Afghanistan oder Jemen, sondern auch im Kaukasus, in Libyen, Ägypten, Algerien, dem Tschad, Mauretanien, Sudan und Nigeria. Auf den Philippinen und in Indonesien hat der „Islamische Staat“ ebenfalls Ableger. Diese *wilayat* agieren weitgehend autonom und sind wirtschaftlich unabhängig vom Kerngebiet in Syrien. Verbindend ist der Treueschwur auf den „Kalifen“ Al Bagdadi, der durch Propagandavideos publikumswirksam inszeniert wird. Das Territorium des IS ist weltweit zerstreut. Erst die Klammer des virtuellen Kalifats macht daraus eine politisch propagandistische Einheit.

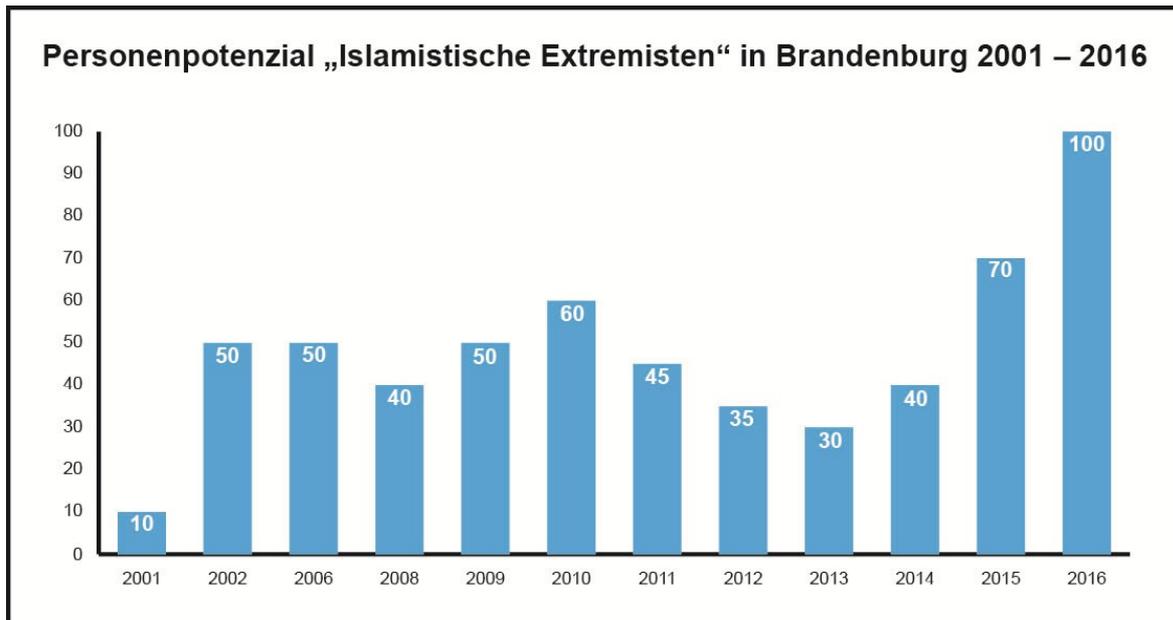
Deshalb impliziert der Gebietsverlust des IS in Syrien keineswegs einen Bedeutungsverlust der Organisation selbst. Hier spielt vor allem die ausgefeilte Propagandastrategie des IS eine große Rolle. Man wirbt nicht mehr für die Ausreise nach Syrien, sondern für den „individuellen Jihad“. Das heißt, die Sympathisanten werden dazu angehalten, im eigenen Land Anschläge nach den jeweils eigenen Möglichkeiten durchzuführen. Das Steuern eines Fahrzeugs in eine Menschenmenge ist ein gängiges Szenario, das sich auch in vielen Propagandaschriften findet.

„Deutschland ist Kriegsgebiet“ ließ Denis Cuspert in einem Video verlauten. Cuspert, ein ehemaliger Rapper aus Berlin, ist eine der wichtigsten Identifikationsfiguren des „Islamischen Staates“ und dient vor allem der jugendlichen salafistischen Szene als Vorbild. Als Belohnung für das Ermorden Unschuldiger wird den Terroristen ein Platz im Paradies versprochen, wo angeblich 72 Jungfrauen auf jeden islamistischen Märtyrer warten. Verehrt werden die Täter ebenso in sozialen Netzwerken.

Immer wieder gehen den Sicherheitsbehörden potenzielle Attentäter ins Netz. Doch die tatsächliche Anzahl der Jihadisten, die sich aktuell in Europa aufhalten, ist unbekannt. Die von den Behörden

angegebenen Personenpotenziale bilden nur das Hellfeld ab. Wie hoch das Dunkelfeld ist, kann nicht einmal halbwegs seriös geschätzt werden.

Lage in Brandenburg



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Obwohl Brandenburg im Vergleich zu andern Bundesländern ein eher geringes islamistisches Personenpotenzial aufweist, sollte die Gefahr, die davon ausgeht, nicht unterschätzt werden. Im Verfassungsschutzbericht 2015 wurden 70 Personen zu den islamistischen Extremisten gezählt, für 2016 geht der Verfassungsschutz von einer Steigerung auf 100 aus. Der rapide Anstieg ist unter anderem auf die verbesserte Erkenntnislage der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. In immer kürzeren Abständen gehen Hinweise auf potenzielle Islamisten bei den Sicherheitsbehörden ein. Meist sind es Einzelhinweise ohne Bezug zu einem Netzwerk, weshalb sie schwer zu verifizieren sind. Maßgeblich ist ebenso die Bedeutung des Internets für die Jihadisten. Konspiratives Verhalten und Sprachbarrieren erschweren es den Sicherheitsbehörden, Kenntnis davon zu bekommen. Hinzu kommt die teilweise unübersichtliche Lage infolge verstärkter Migration.

Im Jahr 2015 hatte sich die Zahl der Personen, die in Brandenburg Schutz gesucht haben, um ein Vielfaches gesteigert. Sie kamen vorwiegend aus Syrien, Irak, Russland (Kaukasus) und aus Nordafrika. Charakteristisch für diese Regionen sind unklare politische Verhältnisse und rechtsfreie Räume, die islamistische Organisationen als Operationsbasis für terroristische Anschläge vor Ort nutzen. Verstärkte Interventionen verschiedener Staaten verfolgen das Ziel, islamistisch-terroristische Organisationen zurückzudrängen und handlungsunfähig zu machen. Der Druck auf die jeweiligen Gruppierungen, insbesondere den IS, wird immer stärker. Aus manchen Gebieten wurde er bereits erfolgreich zurückgedrängt. Unter seinen Anhängern verliert er an Legitimität. Diese Entwicklung setzt den IS unter Handlungsdruck. In die Enge getrieben verfolgt er die Strategie, sich außerhalb der umkämpften Gebiete neue Betätigungsfelder und Rekrutierungspools zu erschließen. Gezielt nutzt er die Flüchtlingsmigration, um islamistische Extremisten nach Europa einsickern zu lassen. Diese verfügen mit hoher Wahrscheinlichkeit über Kampf- und Gewalterfahrungen. Die Strategie des IS ist es, mittels terroristischer Anschläge Angst und Schrecken zu verbreiten und den eigenen Anhängern Stärke

zu demonstrieren. Es gehört zum Kalkül des IS, die westlichen Gesellschaften zu einer Überreaktion gegen Muslime schlechthin zu provozieren, um so große Mehrheit der gemäßigten Muslime in den Konflikt hineinziehen zu wollen. Ermittlungen zu den Attentätern von Paris und Brüssel ergaben, dass einige als Flüchtlinge getarnt nach Europa gekommen sind. Der Attentäter vom Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz hatte ebenfalls einen Asylantrag gestellt.

Auch das islamistische Potenzial in Brandenburg rekrutiert sich fast ausschließlich aus Migranten. Die Anschläge in Ansbach oder Würzburg (beide Bayern) zeigen, dass die Kampfzone nunmehr auch weiche Ziele außerhalb der Metropolen umfasst. Folglich ist ein Anschlag in Brandenburg keineswegs auszuschließen.

Der islamistische Extremismus in Brandenburg ist vorwiegend durch Migranten aus dem Nordkaukasus geprägt. Über 4.000 Flüchtlinge aus dieser Region wurden Brandenburg in den letzten zwei Jahren zugewiesen. Unter diesen Nordkaukasiern sind Anhänger des „Kaukasischen Emirates“ (KE), einer terroristischen Organisation im Nordkaukasus, die vor Ort einen unabhängigen Gottesstaat anstrebt. In erster Linie waren diese Bestrebungen separatistischer Natur. Das Gebiet, das das KE beansprucht, gehört zu Russland. Folglich richteten sich die Aktionen vordergründig gegen die „Russische Föderation“. Deutschland wird als Rückzugs- und Ruheraum genutzt.

2015 hat sich die Lage im Kaukasus gewandelt. Ein Großteil der Emire des KE hat sich zum IS bekannt und dem selbst ernannten Kalifen Al-Bagdadi die Treue geschworen. Für den IS aber ist Deutschland ein erklärtes Anschlagziel. Dies belegen nicht zuletzt deutschsprachige Drohvideos. Der IS propagiert die individuelle Pflicht, jeden „Ungläubigen“ überall zu töten. Folglich stellen die in Brandenburg aufhältigen Anhänger des KE, soweit sie ihren Emiren Folge leisten, ein Personenpotenzial dar, auf das der IS für terroristische Aktivitäten zugreifen könnte. Die Sicherheitslage in Brandenburg hat sich damit erheblich verschärft.

Ausblick

Im Jahr 2016 wurde Deutschland von mehreren Anschlägen getroffen. Der schlimmste kostete 12 Menschen das Leben. Trotz zahlreicher Verhaftungen ist die Gefahr keineswegs gebannt. Anhänger des islamistisch-jihadistischen Spektrums werben in unzähligen Facebook-Profilen, auf Twitter und mit professionell aufgemachten Online-Magazinen für ein Leben im IS. In ihren Augen kann man nur dort in einer angeblich gottgewollten islamischen Gemeinschaft zusammenleben. Der Krieg im Nahen Osten bot den Extremisten eine Projektionsfläche für ihr Ideal eines „Islamischen Staates“ und wurde real zum Ort, wo sie ihre Allmacht- und Gewaltfantasien ausleben konnten. Inzwischen hat sich der Fokus verlagert. Der IS ist in Syrien und Irak militärisch in die Defensive geraten. Legitimation, Propaganda und Präsenz haben sich in die virtuelle Realität verlagert. Somit ist das Kalifat universell präsent und jeder Anschlag wird zum Ausweis seiner Handlungsfähigkeit verklärt. Folgerichtig ruft er seine Anhänger auf, zu Hause zu bleiben und vor Ort zu kämpfen, also terroristische Anschläge zu begehen. Um die ganze Entwicklung zu beschleunigen, werden Flüchtlingsströme genutzt und Terroristen nach Europa geschleust.

Besorgniserregend ist vor allem, dass diese Terroristen sich unerkannt in Europa bewegen können. Die meisten verfügen über mehrere Alias-Personalien. Doch auch wenn die Personen bereits auf dem Radar der Sicherheitsbehörden sind, heißt das keineswegs, die Gefahr ist gebannt. Anis Amri war bekannt. Er hatte bereits im Ausland Straftaten begangen und mehrfach mit Anschlägen gedroht. Die Polizei wusste von den Drohungen. Für die Sicherheitsbehörden ist es sehr schwierig im Vorfeld festzustellen, ob sie es mit islamistischen Extremisten oder gar angehenden Terroristen oder mit

Maulhelden zu tun haben. Bei mittlerweile über 9.000 Salafisten in Deutschland wird eine adäquate Überprüfung der Vorhaben und Absichten immer schwieriger. Als Gefährder sind derzeit 520 Personen eingestuft. Die Kategorie Gefährder ist ein Arbeitsbegriff der Sicherheitsbehörden und kein Straftatsbestand. Er besagt lediglich, dass es sich um Personen handelt, bei denen „bestimmte Tatsachen die Annahme der Polizei rechtfertigen, dass sie Straftaten von erheblicher Bedeutung begehen werden.“ Wie in Zukunft mit den Gefährdern umzugehen ist und wie viele Ressourcen in die Sicherheitsbehörden investiert werden, um terroristische Gefahren abzuwehren, wird die Politik entscheiden müssen.

Die bundesweite Dynamik des islamistischen Extremismus spiegelt sich auch im Land Brandenburg wieder. Obwohl das größte Problem nach wie vor Islamisten aus dem Nordkaukasus darstellen, vermehren sich Hinweise, dass auch Syrer, Afghanen und Nordafrikaner mit dem IS oder anderen islamistischen Terrororganisationen sympathisieren und Anschläge befürworten. Seit das KE zu einer Provinz des IS geworden ist, beziehen sich Tschetschenen eher auf die Vorgänge in den nahöstlichen Kampfgebieten als auf die politische Unabhängigkeit Tschetscheniens. Sie suchen ihren Jihad bei islamistischen Organisationen in Syrien und im Irak.

Anlass zur Sorge bereitet ebenso die Tatsache, dass islamistische Extremisten die Flüchtlinge als ihren Rekrutierungspool sehen. Sie wissen nur zu gut, dass entwurzelte Menschen Gemeinschaft brauchen und bieten ihnen Hilfe bei Streitigkeiten und Behördengängen an. Vermehrt wurden Aktivisten salafistischer Organisationen im Umfeld von Asylbewerberheimen festgestellt. Unter dem Deckmantel humanitärer Hilfe versuchen sie, Asylbewerber für ihre eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Die Hilfsbedürftigkeit der Geflüchteten, ihre Entwurzelung, der Stress angesichts der Ungewissheit, wie es ihren zurückgebliebenen Familien geht, Orientierungslosigkeit und Ängste angesichts einer ungewissen Zukunft werden ausgenutzt, um neue Anhänger zu werben. Der Preis dafür ist deren Unterwerfung unter eine fanatische Auslegung des Islam.

Das Scheitern von Integrationsbemühungen wäre Wasser auf die Mühlen islamistisch-salafistischer Werber. Die Sicherheitsbehörden werden auch künftig in der Lage sein, den einen oder anderen Anschlag im Vorfeld zu verhindern. Doch all ihre Anstrengungen würden am Ende nichts ausrichten, wenn die Integration der Geflüchteten misslingt. Daher ist es für die Sicherheit des Landes und der hier lebenden Menschen so wichtig, den Entwurzelten zu helfen hier neue Wurzeln zu schlagen, zumindest solange die Kriegsgebiete im Chaos versinken.

6. Ausländerextremismus

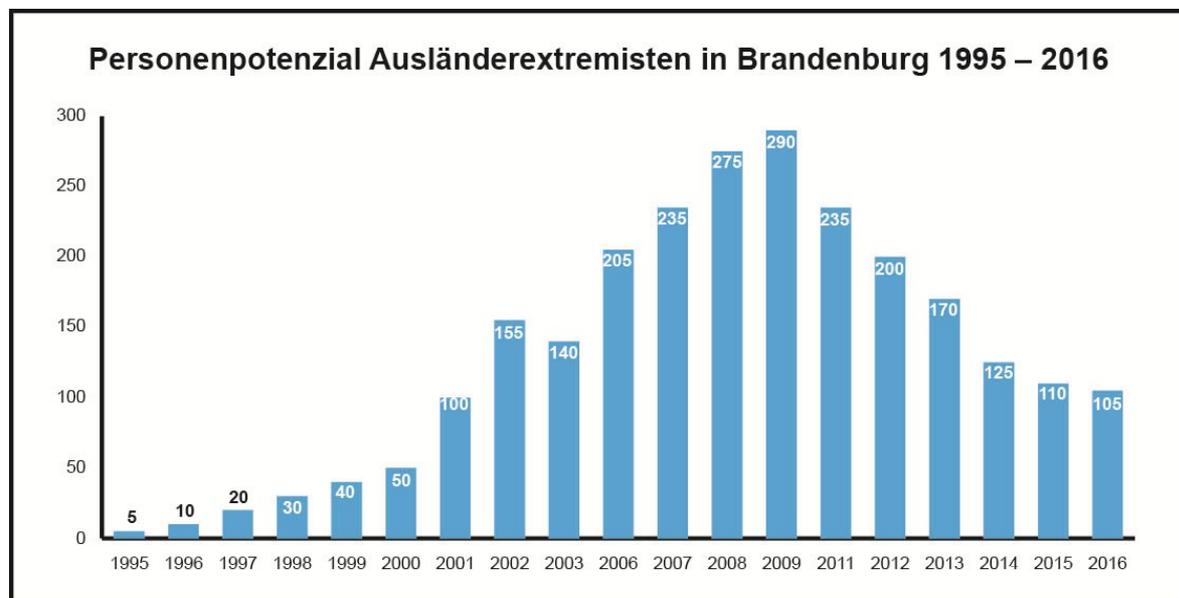
Mitgliederzahlen ausländerextremistischer Gruppierungen (zum Teil geschätzt)

Brandenburg

	2014	2015	2016
Linksextremisten	110	100	100
davon KONGRA-GEL*	100	95	85
Nationalistische Extremisten	15	10	15
gesamt*	125	110	105

* Hier werden auch mit Verbot belegte Gruppen mitgezählt.

Ausländerextremistische Bestrebungen sind in Brandenburg nach wie vor von untergeordneter Bedeutung und stellen eher ein Randphänomen dar. Die Szene umfasste im Jahr 2016 etwa 105 Personen (2015: 110). Damit blieb das entsprechende Personenpotenzial auch weiterhin auf einem konstant niedrigen Niveau. Bundesweit waren es 2016 insgesamt 30.100.



Bei der Erstellung der Diagramme wurde auf die Darstellung von Jahreszahlen, die keine bzw. unwesentliche Veränderungen zum Vorjahr aufweisen zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Es sind die politischen oder religiösen Konflikte in den Heimatländern der Aktivisten, die ihre Ziele und Aktionen in Deutschland bestimmen. Die Bundesrepublik dient den verschiedenen Gruppierungen hauptsächlich als Rückzugs- und Unterstützungsraum. Hier werden beispielsweise auf Demonstrationen, Vortrags- oder sonstigen Veranstaltungen Sympathisanten geworben und Spenden gesammelt, die zur Finanzierung benötigt werden. Seit 2014 werden zudem auch Kämpfer für die militärischen Ableger der Organisationen im Ausland rekrutiert. Anlässlich des Putschversuches in der Türkei vom 15. bis 16. Juli 2016 kam es in vielen deutschen Städten zu Demonstrationen und Auseinandersetzungen verschiedener Sympathisantengruppen. Gerade an dem darauffolgenden Wochenende gerieten Kurden, Anhänger der für den Putsch verantwortlich gemachten Gülen-Bewegung und türkische Nationalisten aneinander. Insbesondere in Westdeutschland kam es zu

Körperverletzungen. Am Samstag den 18. Juli griffen etwa 150 Sympathisanten Erdogans und der AKP in Gelsenkirchen (Nordrhein-Westfalen) einen Jugendtreff der Gülen-Bewegung an und zerstörten zwei Fensterscheiben.

Im Vergleich zu Westdeutschland leben in Brandenburg allerdings deutlich weniger Ausländer, wenngleich ihre Anzahl - bedingt durch die Ende 2015 eingetretene Flüchtlingssituation – gestiegen ist. Dennoch bleiben Strukturen ausländerextremistischer Gruppierungen kaum feststellbar. Lediglich Einzelpersonen sind in Brandenburg wohnhaft, die sich mit ihren Aktivitäten im Land Brandenburg allerdings zurückhalten. Sie orientieren sich meistens nach Berlin oder in Großstädte benachbarter Bundesländer, wo entsprechende Strukturen bestehen.

„Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK)

„Volkskongress Kurdistans“ (KONGRA-GEL)
Gründungsjahr (als PKK): 1978 in der Türkei
Sitz: Nord-Irak
in Brandenburg aktiv seit: 1993
Mitglieder in Brandenburg: ca. 85
Publikationen: „Serxwebun“ (Unabhängigkeit), „Yeni Özgür Politika“ (Neue Freie Politik)
internationale Teilorganisation: „Koordination der kurdischdemokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK)
Betätigungsverbot für die PKK in Deutschland durch den Bundesminister des Innern am 26.11.1993

Die 1978 von Abdullah Öcalan in der Türkei gegründete „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) sieht sich als einzige legitime Interessenvertretung der Kurden. In vergangenen Jahrzehnten hat sie sich immer wieder umbenannt (KADEK, KONGRA-GEL, KKK beziehungsweise KCK). Im Kern blieben die Strukturen und die Ausrichtung der PKK allerdings bestehen. Ursprünglich trat sie für die Errichtung eines unabhängigen Staates „Kurdistan“ ein und versuchte, mit militärischen Mitteln und Anschlägen diese Ziele zu erreichen. Während sich auf türkischem Gebiet die PKK zur Interessenvertretung der Kurden erklärt hat, übernimmt diese Rolle in Syrien ihre Schwesterpartei PYD („Partei der Demokratischen Union“). Proklamierten die Akteure in den vergangenen Jahren, dass es ihnen angeblich nur noch um kulturelle Autonomie gehe, streben sie nunmehr nicht zuletzt aufgrund ihrer militärischen Erfolge in Syrien einen länderübergreifenden föderalen Verbund aller Kurden im Nahen Osten an. Von einem vereinigten „Kurdistan“ ist die Rede.

Aufgrund ihres gewalttätigen Vorgehens auch in Deutschland wurde die PKK am 26. November 1993 vom Bundesinnenminister mit einem vereinsrechtlichen Betätigungsverbot belegt. Seit 2002 ist sie von der Europäischen Union als terroristische Organisation gelistet. 2014 wurde diese Einstufung von der Europäischen Union erneut bekräftigt. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes vom 28. Oktober 2010 wird sie in Deutschland als terroristische Vereinigung im Ausland eingestuft. Damit können ihre Mitglieder nach §§129a und b StGB strafrechtlich verfolgt werden, was ein höheres Strafmaß ermöglicht.

Durch die aktuelle politische Lage im Irak, Syrien und den türkischen Grenzgebieten hat die „Arbeiterpartei Kurdistans“ in den letzten Jahren wieder an Bedeutung und internationaler Beachtung gewonnen. Gemeinsam mit ihrer syrischen Schwesterpartei PYD und deren militärischem Arm YPG („Volksverteidigungseinheiten“) bekämpfen PKK-Angehörige in Syrien die Terrormiliz IS („Islamischer

Staat“). Im Frühjahr 2015 konnte die kurdische Allianz die Angriffe des IS auf die Städte Rojava und Kobane erfolgreich abwehren. Seither sieht sich allerdings die Türkei durch das angrenzende kurdische Autonomiegebiet bedroht. Als bei den Parlamentswahlen am 7. Juni 2015 die kurdische Partei HDP (Demokratische Partei der Völker) die 10%-Hürde überwinden konnte, spitzte sich der innertürkische Konflikt weiter zu. Kurdische Organisationen und Akteure rückten ins Fadenkreuz der türkischen Polizei und Justiz.

Nach dem Putschversuch in der Türkei Mitte Juli 2016 und zahlreichen Verhaftungen auch kurdischer Amtsinhaber verschärfte sich die Situation im Land weiter. Der türkische Staat intensivierte seine militärischen Anstrengungen im syrischen Bürgerkrieg und wendete sich dabei nicht nur gegen den IS, sondern auch gegen die YPG, die syrisch-kurdische Schwesterorganisation der PKK, die ihrerseits mit dem IS befehdet ist.

Die kurdische Arbeiterpartei ihrerseits verübt Anschläge auf türkische Militäreinrichtungen, bei denen bereits zahlreiche Menschen ihr Leben verloren. So sprengte sich beispielsweise im Oktober 2016 ein Attentäter in der südosttürkischen Provinz Hakkari mit Hilfe von fünf Tonnen Sprengstoff in einem Kleinlaster vor einem Kontrollposten der Gendarmerie in die Luft. Die PKK bekannte sich zu dem Attentat, bei dem 19 Menschen starben. Weitere Anschläge in türkischen Touristengebieten und Istanbul gingen auf das Konto der seit 2005 aktiven „Freiheitsfalken Kurdistan“ (TAK). Darunter unter anderem zwei Bombenanschläge in der Nähe der Vodafone-Arena im Istanbul Stadtteil Besiktas im Dezember 2016. 38 Menschen wurden getötet. Als Tatbegründung führte die TAK die Gefangenschaft Öcalans und die Militäroperationen der türkischen Armee im Südosten des Landes an. Die Freiheitsfalken setzen sich aus jungen Kurden zusammen, die häufig dem militärischen Arm der PKK (HPG) entstammen. Sie haben sich zum Ziel gesetzt, mit militärischen Mitteln den türkischen Staat, den sie als Aggressor verstehen, zu bekämpfen. Das Vorgehen der HPG geht ihnen bisweilen nicht weit genug. Zwar bestreitet die PKK Verbindungen zur TAK, allerdings beweisen Banner von Abdullah Öcalan auf Veranstaltungen der TAK bestimmte Zusammenhänge.

Bereits seit Ende 2014 machten die PKK und ihre legalen Ableger in zahlreichen deutschen Städten auf die Lage der Kurden in der umkämpften nordsyrischen Stadt Kobane aufmerksam. Zudem wurde gegen die Aufhebung der Immunität der prokurdischen HDP-Abgeordneten im türkischen Parlament protestiert.

Die PKK rekrutierte in Europa Kämpfer gegen den „Islamischen Staat“ im Rahmen ihrer Rojava-Kampagne. Auch von Deutschland aus wurden entsprechende Ausreisen registriert. PKK-nahe Kurden und zumeist dem politisch linken Spektrum zuzuordnende Sympathisanten des kurdischen Freiheitskampfes schlossen sich der YPG an, um die zeitweilig belagerte Stadt Kobane gegen den IS zu verteidigen. Wurde in der linken Szene 2015 noch zu Spendenkampagnen aufgerufen und versucht, eine Aufhebung des PKK-Verbots anzustoßen, so verstummten diese Stimmen zusehends, nachdem der Konflikt zwischen Kurden und Türken erneut mit voller Wucht entbrannt war. Lediglich in linksextremistischen Kreisen ist die Kurdistansolidarität nach wie vor ungebrochen. Am 9. Februar 2016 fand erstmals eine PKK-Demonstration in Potsdam statt. Allerdings nahmen nur 25 überwiegend aus Berlin angereiste Personen teil.

Ausblick

Die PKK verkörpert mit ihren etwa 85 Anhängern unverändert die größte ausländerextremistische Gruppierung in Brandenburg. Wesentliches Betätigungsfeld brandenburgischer PKK-Mitglieder bleibt das Sammeln von Spendengeldern. Jedoch ist zu berücksichtigen, dass eine weitere Verschärfung des

Konfliktes in der Türkei und im syrischen Grenzgebiet hiesige Aktivitäten gerade junger PKK-Mitglieder unmittelbar beeinflussen kann. Obgleich sich die PKK-Anhänger derzeit in Europa überwiegend friedlich verhalten, sind in Abhängigkeit aktueller Entwicklungen in der Türkei, im Nord-Irak und Nord-Syrien eskalierende Demonstrationen und militante Aktivitäten jederzeit möglich. Die PKK und insbesondere ihre jugendlichen Anhänger gilt es besonders im Blick zu behalten.

7. Spionageabwehr, Wirtschaftsschutz, Proliferation und Geheimschutz

7.1 Spionageabwehr

Fremde Regierungen und zugehörige Organisationen oder Unternehmen, die sich einen Wissensvorsprung in politischen, militärischen, wirtschaftlichen sowie technologischen Zusammenhängen verschaffen wollen, bedienen sich der Spionage. Sie erhoffen sich von frühzeitigen Erkenntnissen einen Informationsvorsprung mit dem Ziel, ihr Handeln entsprechend auszurichten. Die Bundesrepublik Deutschland und somit auch das Land Brandenburg sind auf Grund der wirtschaftlichen Stärke, seiner Hochtechnologien, seiner geopolitischen Lage in der EU und der NATO eines der wichtigsten Aufklärungsziele fremder Nachrichtendienste.

Staaten nutzen ihre Nachrichtendienste ebenso, um oppositionelle Gruppen und Personen in anderen Ländern auszuspähen und zu bekämpfen.

Im politischen Bereich zielt Spionage insbesondere auf die geheime Gewinnung von Informationen über Entscheidungsprozesse in der Bundesregierung, der EU und der NATO ab. Das betrifft gerade taktische und strategische Planungen sowie Rüstungsprojekte und Waffentechnologien.

Hauptakteure in Deutschland sind die Russische Föderation, die Volksrepublik China und der Iran. Daneben gibt es weitere Länder, die in und gegen Deutschland spionieren. Naivität und Untätigkeit gegenüber solchen sicherheitsgefährdenden Bestrebungen fremder Dienste auf deutschem Boden würde schwerwiegende Risiken und konkrete Gefahren nach sich ziehen.

Dem Rechnung tragend ist nicht außer Acht zu lassen, dass die „360-Grad-Beobachtung bzw. Betrachtung“ einen wichtigen Teil der Arbeit des Verfassungsschutzes ausmacht. Dennoch lässt sich ein deutlicher Trend ablesen. Während 2015 noch die Volksrepublik China der Hauptakteur war, hat diese Rolle im Jahr 2016 eindeutig die Russische Föderation übernommen.

Brandenburg ist als mittlerer Wirtschaftsstandort, in dessen Zentrum sich die Bundeshauptstadt Berlin befindet, unmittelbar von den Aktivitäten fremder Nachrichtendienste betroffen. Vor diesem Hintergrund richtet der brandenburgische Verfassungsschutz sein Handeln entsprechend aus, um geheimdienstliche Tätigkeiten fremder Nachrichtendienste in Brandenburg zu verhindern beziehungsweise aufzuklären. Neben der Enttarnung von Agenten geht es natürlich auch um das Erkennen von Arbeitsweisen, Informationsnetzen, Strukturen und Zielrichtungen der Akteure.

Fremde Nachrichtendienste gewinnen ihre Erkenntnisse sowohl durch offene als auch verdeckte Methoden und bedienen sich dafür oft ihrer Legalresidenturen (Botschaften, Konsulate, Handels-, Reise- und Presseagenturen). Der überwiegende Teil erlangter Informationen stammt jedoch aus frei zugänglichen Quellen, wie dem Internet und Printmedien. Weiterhin werden durch Delegationsbesuche auf Tagungen, Messen, Kongressen, und Symposien Informationen generiert.

Oft unter Vorspiegelung falscher Tatsachen wird über „Social Engineering“ das Vertrauen von Zielpersonen – gewonnen, um sie abzuschöpfen. Im Visier fremder Dienste stehen Behördenvertreter, Angehörige der Bundeswehr, Wissenschaftler, hochkarätige Manager und „einfache“ Mitarbeiter.

Neben der klassischen Beschaffung von Informationen wird durch fremde Nachrichtendienste versucht, Einflussnahme durch Propaganda und Desinformation auszuüben. Hierbei sind insbesondere die russischen Nachrichtendienste zu nennen, welche über staatlich gelenkte Medien, soziale Netzwerke

und staatliche Institutionen versuchen, andere Länder und Bündnisse zu schwächen und für Verunsicherung in der Bevölkerung zu sorgen.

Beachtung kommt den zum Ende 2016 mehr als 5.000 in Brandenburg schutzsuchenden tschetschenischen Flüchtlingen zu. Hier muss von einer nicht unerheblichen Zahl angeblicher Flüchtlinge ausgegangen werden, die tschetschenische Regimekritiker ausspähen sollen und die so gewonnenen Informationen russischen Geheimdiensten zur Verfügung stellen. Das ist besonders verwerflich, da echte Flüchtlinge diskreditiert werden und möglicherweise unter Generalverdacht gestellt werden.

Die klassische Beschaffung von Informationen wird im digitalen Zeitalter von der elektronischen Ausrichtung der Spionage überlagert. Die Informationstechnik, ihre Verbreitung und Vernetzung in industrialisierten Gesellschaften, ist von höchstem nachrichtendienstlichem Interesse. Der Welthandel ist in der heutigen Form ohne IT nicht möglich. Verwaltung und staatliches Handeln sind ohne IT undenkbar.

Mit relativ überschaubaren Mitteln und wenig Risiko lassen sich leicht Informationen beschaffen. Die Gefährdung durch Ausspähung von vertraulichen und geheimzuhaltenden elektronischen Informationen, welche in falschen Händen zu erheblichen Schäden führen können, steigt zunehmend. Dabei werden immer öfter auch Scheinidentitäten zur Kontaktaufnahme verwendet. Oftmals ist den Opfern gar nicht klar, dass ein fremder Dienst Interesse an ihnen hat. Daher gilt beispielsweise bei unerklärlichen Jobangeboten und ähnlichen unerwarteten Kontaktversuchen höchste Vorsicht. Ein sehr freizügiger Umgang mit persönlichen Daten im Internet macht es den Tätern sehr leicht, an ihre „Beute“ zu gelangen.

In der Spionageabwehr lassen sich die Teilbereiche nicht mehr so klar trennen, wie das noch vor 20 Jahren der Fall war. Spionageabwehr, Wirtschaftsspionage, Sabotageschutz, Proliferation (Verhinderung der Verbreitung von Waren zu Waffenherstellung, Waffen und Massenvernichtungswaffen) und Wirtschaftsschutz haben neben den herkömmlichen Mitteln der Angreifer durch die elektronische Ausrichtung viele Gemeinsamkeiten aufzuweisen. Das bedeutet natürlich auch immer höhere Anforderungen an die technische und personelle Ausstattung sowie an die Aus- und Weiterbildung innerhalb des Verfassungsschutzes.

Der Verfassungsschutz wird immer dann tätig, wenn der Verdacht besteht, dass die Bestrebungen beispielsweise gegen Privatpersonen, Vereine, Universitäten, Unternehmen, Parteien oder die „kritischen Infrastrukturen“⁶⁸ unseres Landes richten. Dabei geht es den fremden Nachrichtendiensten nicht nur um das Erlangen von Informationen oder Zerstören von Datenbanken. Immer häufiger ist es Ziel der „Angreifer“, Verwirrung zu stiften, falsche Information zu lancieren oder Zwietracht zu säen. Einige Angriffsversuche erwecken zusätzlich den Eindruck, als würden „Übungen für den Ernstfall“ abgehalten werden.

Bei der Analyse der nachrichtendienstlich gesteuerten elektronischen Angriffe zeigt sich in der Regel eine hohe informationstechnische Qualität. So werden zum Beispiel bisher unbekannte Sicherheitslücken in Softwareprodukten ausgenutzt. Andererseits zeigen Spear-Phishing-Angriffe einen

⁶⁸ KRITIS: Kritische Infrastrukturen sind Organisationen oder Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen, bei deren Ausfall oder Beeinträchtigung nachhaltig wirkende Versorgungsengpässe, erhebliche Störungen der öffentlichen Sicherheit oder andere dramatische Folgen eintreten würden. Z.B. Energie, Finanzen/Versicherungen, Informationstechnik/Telekommunikation, Ernährung, Wasser, Medien/Kultur, Staat/Verwaltung, Gesundheit, Transport/Verkehr.

im Vorlauf auf einzelne Personen ausgerichteten intensiven Rechercheinsatz auf, in dessen Ergebnis dem Opfer individuell zugeschnittene unauffällige e-Mails mit versteckter Schadsoftware zugespielt werden.

Ein Beispiel für die Qualität von Angriffen, welches inzwischen weltweit „Berühmtheit“ erlangte, zeigt die Gefahr besonders deutlich auf. Es ist laut US-Regierung und US-Geheimdiensten davon auszugehen, dass es russischen Nachrichtendiensten durch geschicktes Eindringen in Computernetze gelang, sensible Informationen der dortigen Demokratischen Partei in die Öffentlichkeit zu schleusen und somit die Wahlentscheidung vieler US-amerikanischer Bürger zu manipulieren. Die beispielsweise im Verlauf des Krieges der Ukraine mit Separatisten im Osten des Landes zum Teil großangelegten Manipulationsmaßnahmen in sozialen Netzwerken im Internet sowie die gesteuerten Falschmeldungen in den Medien sind neben anderen Möglichkeiten nur ein weiteres, aber an Bedeutung stark zunehmendes Instrument fremder Nachrichtendienste.

Auch der Fall des angeblich von Flüchtlingen vergewaltigten russischen Mädchens (Deutschlandrussin) ging durch alle Medien. Demonstrationen besorgter Russen beziehungsweise deutscher Putin-Anhänger wurden abgehalten – selbst nachdem längst feststand, dass jenes Mädchen die Geschichte erfunden hatte. In russischen Medien wurde wider besseres Wissen wochenlang von Großkundgebungen gegen die Bundesregierung, gegen die Bundeskanzlerin und für Putin berichtet, die in der Größe und Häufigkeit nie stattfanden. Der angebliche Vergewaltigungsfall wurde weiter instrumentalisiert, obwohl klar war, dass er eine Erfindung war. Diese Beispiele zeigen auf, dass mit allen Mitteln und Methoden gearbeitet wird, um das jeweilige Ziel zu erreichen.

7.2 Wirtschaftsschutz

Elektronische Angriffe sind ein weit verbreitetes Mittel und zuweilen auch erfolgversprechend. Aus diesem Grund werden sie auch in allen Bereichen eingesetzt. Der jährliche Schaden für die deutsche Volkswirtschaft geht in die Milliarden. Nicht alle Delikte kommen zur Anzeige, da sie aus Angst vor Nachahmern, Scham oder Angst vor Rufschädigung nicht angezeigt werden oder schlichtweg nicht bemerkt wurden. Insbesondere „Hidden Champions“ (Unternehmen, die auf dem Weltmarkt in ihrer Branche die Nummer 1, 2 oder 3 oder die Nummer 1 im eigenen Land und öffentlich weniger bekannt sowie inhabergeführt sind) stehen im Fokus von Angriffen.

Um dem vorbeugen zu können, unternimmt der Verfassungsschutz in Brandenburg große Anstrengungen im Wirtschaftsschutz, um durch präventive Maßnahmen vor Wirtschaftsspionage, den damit einhergehenden Wettbewerbsnachteilen, vor Sabotage, Terroristen und Angriffen politischer Extremisten zu schützen. Durch persönliche Beratung in den Unternehmen, Teilnahme an Kongressen, Messen und Foren, bei denen durch Vorträge und das Beantworten unterschiedlichster Fragen Hilfestellung gegeben wird. Unterhalten werden Sicherheitspartnerschaften beispielsweise mit der Industrie- und Handelskammer. Hinzu kommen eine intensive Zusammenarbeit im Rahmen des Verfassungsschutzverbundes, Kontakte mit Universitäten und eine enge Kooperation mit anderen Sicherheitsbehörden im Land. Insbesondere in der Abwehr von Cyber-Kriminalität fremder Dienste steht der Verfassungsschutz aktiv an der Seite der brandenburgischen Unternehmen.

Allein im Rahmen der „Roadshow Wirtschaftsschutz“ – einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe der Investitionsbank des Landes Brandenburg, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und der Abteilung für Verfassungsschutz des Landes Brandenburg in Kooperation mit dem Bundeskriminalamt und dem Landeskriminalamt Brandenburg konnten rund 400 Unternehmen erreicht werden. Ebenso konnten durch viele Einzelvorträge Unternehmen sensibilisiert werden.

Auch wenn der Bereich der Cyberattacken von außen ein großes Problem darstellt, sind 70 Prozent der Täter Innentäter. Das bedeutet, es handelt sich um Mitarbeiter der betroffenen Einrichtung, die teils unbewusst, fahrlässig oder vorsätzlich mit unterschiedlichsten Motivationen Ausspähen oder Ausspähungen ermöglichen.

Alle diese Fakten, Veränderungen in den Bestrebungen fremder Nachrichtendienste und Entwicklungen werden auch in Zukunft vom Verfassungsschutz in Brandenburg ernst genommen und die notwendigen Schritte im Einklang mit den gesetzlichen Grundlagen unternommen, um dem politischen Auftrag gerecht zu werden. Die Bedrohungen sind allgegenwärtig und dessen müssen wir uns alle bewusst sein.

7.3 Proliferation

Als proliferationsrelevante Beschaffungsaktivitäten bezeichnet man die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen und chemischen Massenvernichtungswaffen. Der Verfassungsschutz arbeitet eng mit dem Zollkriminalamt, dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, dem Bundesnachrichtendienst sowie mit den Strafverfolgungsbehörden zusammen. So soll die illegale Beschaffung von Gütern, Technologien und Wissen über Massenvernichtungswaffen aufgeklärt und verhindert werden,

Länder wie Syrien, Nordkorea, Pakistan und der Iran versuchen seit Jahren, ihre Produktion von Massenvernichtungswaffen weiter voranzutreiben. Die Forschungs- und Entwicklungsprogramme für Massenvernichtungswaffen sind in diesen Ländern unterschiedlich hoch entwickelt. Die dortigen Streitkräfte versuchen ihre Waffenarsenale zu ergänzen, die Lagerungssicherheit dieser Waffen zu verbessern sowie Einsatzmöglichkeiten, Präzision, Reichweite und Effizienz zu erhöhen. Dazu benötigen sie das Wissen und die Technologien der führenden Industrienationen. Diese Dinge beschaffen sie auf illegalem Wege und unter Umgehung der Exportkontrollen im Ausland. So streben sie eine möglichst weitgehende Unabhängigkeit in der Rüstungstechnik an.

Trotz verbesserter Infrastruktur in den Krisenländern und ungeachtet anderer Anbieterländer sind bestimmte hochwertige Technologien und spezifisches Know-how nur bei brandenburgischen Unternehmen zu beziehen. Um die restriktiven Exportkontrollbestimmungen zu umgehen, nutzen die Risikostaat verschiedene konspirative Methoden. Sie täuschen mit neutralen Handelsfirmen den tatsächlichen Kauf von proliferationsrelevanten Gütern durch ein staatlich gesteuertes Unternehmen vor. Häufig setzen die betroffenen Staaten Nachrichtendienste ein, deren Mitarbeiter sich dann als potenzielle Einkäufer oder Besteller ausgeben. Durch diese Vorgehensweisen wird es für Lieferfirmen schwierig, den effektiven Verwendungszweck ihres Produktes zu erkennen.

Die Bundesregierung hat deswegen eine Frühwarnliste erarbeitet, auf der Kundennamen beziehungsweise die Kundenanschriften möglicher potenzieller Proliferationsbeschaffer verzeichnet sind. Mit diesen Hinweisen soll vermieden werden, dass deutsche Unternehmen unabsichtlich in die Beschaffung von Gütern im Rahmen des illegalen Transfers eingebunden werden könnten.

Anhaltspunkte für Proliferationsbeschaffungen sind beispielsweise:

- Endverbraucher tarnen sich hinter einem unverdächtigen Firmennamen oder einer Universität oder legen gefälschte Exportdokumente vor;
- Kundename beziehungsweise Kundenanschrift ist bereits von der Frühwarnliste erfasst oder es bestehen auffällige Ähnlichkeiten;
- nicht zum Herkunftsland des anfragenden Unternehmens passende ausländische Namen von Firmen, Geschäftsführern und/oder Personal (zum Beispiel Koreanisch bei einer angeblichen Firmenzentrale in Russland);
- der Kunde hat geringe Erfahrungen in geschäftlichen Dingen;
- der tatsächliche Endverbleib der Waren ist nicht eindeutig und kann durch den Auftraggeber auch nicht nachweislich erklärt werden;
- die Abwicklung von Anfragen und Lieferungen findet über eine oder mehrere Firmen in Drittländern statt (Umweglieferungen);
- Widersprüche zwischen den angefragten Parametern des Produktes und den tatsächlichen Gegebenheiten im Land des Endverbrauchers;

- keine Wartungsverträge bzw. routinemäßige Installationsarbeiten, Schulungen oder fehlendes Interesse an Service und Gewährleistungen nach dem Kauf;
- vage Liefertermine oder Lieferungen an nicht bekannte Orte erwünscht.

In den Fokus ausländischer Nachrichtendienste können auch Universitäten, Fachhochschulen und wissenschaftliche Institute gelangen. Der Missbrauch von Wissen ist nur sehr schwer zu erkennen und sicher nicht vollständig über Gesetze und Verordnungen einzudämmen. Für den Schutz geheimhaltungswürdiger oder sonstiger proliferationswichtiger Informationen ist Problembewusstsein Voraussetzung. Damit wird das Risiko eigenen Reputationsverlustes ebenso minimiert. Deswegen ist bei der Entscheidung über die personelle Besetzung an Forschungsprojekten erhöhte Aufmerksamkeit geboten. Internationale Zusammenarbeit in Wissenschaft und Forschung ist erwünscht, ein illegaler Missbrauch muss aber verhindert werden.

In erster Linie sind Unternehmen und Wissenschaftseinrichtungen für die Einhaltung der Exportkontrollbestimmungen selbst verantwortlich. Jedoch sind sie oft nicht in der Lage, vorgetäuschte Absichten ihrer Partner aus Risikoländern zu erkennen. So kann es unwissentlich zu strafbaren Handlungen kommen, wie beispielsweise verbotene Exportgeschäfte oder Geschäfte mit fremden Nachrichtendiensten.

Der brandenburgische Verfassungsschutz tritt nicht als Exportkontrollbehörde auf. Er klärt in seiner Funktion als „Frühwarnsystem“ vielmehr im Vorfeld über Beschaffungsbemühungen und -methoden der teilweise nachrichtendienstlich arbeitenden Einkäufer auf, ohne dass diese unter Generalverdacht gestellt werden. Dadurch können Firmen bei Geschäftsanbahnungen etwaige Proliferationsbezüge frühzeitig erkennen und auf einen Vertragsabschluss verzichten.

Im Informationsaustausch mit den anderen Sicherheitsbehörden können zielgruppengerechte Sensibilisierungskonzepte für Wissensstandorte und Unternehmen erarbeitet und Forschungseinrichtungen als auch Wirtschaftsunternehmen durch Vorträge über die Gefahren der Proliferation sensibilisiert werden. Der Verfassungsschutz bietet der Wirtschaft und der Wissenschaft seine vertrauensvolle Hilfe an. Interessierte können sich mit Fragen jederzeit an die Mitarbeiter der Behörde wenden:

Telefon: 0331 866 2500 oder

E-Mail: info-wirtschaftsschutz@verfassungsschutz-brandenburg.de

7.4 Geheimschutz und Sicherheitsüberprüfungen

„Verschlussachen“ sind im öffentlichen Interesse geschützte Informationen, deren Preisgabe die Sicherheit der Menschen und die unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaats gefährden würde. Schriftstücke, Bildmaterialien, das gesprochene Wort und weitere Informationsträger können „Verschlussachen“ sein. Die Einstufung in die gesetzlich vorgesehenen und bundesweit einheitlich definierten Geheimhaltungsgrade – „VS-Nur für den Dienstgebrauch“, „VS-Vertraulich“, „Geheim“ und „Streng Geheim“ – richtet sich nach dem Inhalt. Am häufigsten sind die beiden erstgenannten Geheimhaltungsgrade. Der damit verbundene Geheimschutz erfolgt in materieller sowie personeller Hinsicht. Gegenüber anderen Behörden und Einrichtungen wirkt der Verfassungsschutz hier insgesamt als Sicherheitsdienstleister.

Materieller Geheimschutz

Der materielle Geheimschutz umfasst technische und organisatorische Maßnahmen gegen die unbefugte Kenntnisnahme von Verschlussachen. Bei der entsprechenden Umsetzung unterstützt der Verfassungsschutz Behörden und geheimschutzbetrente Unternehmen. Grundlage dafür ist die Verschlussachenanweisung des Landes Brandenburg vom 16. April 1991. Sie enthält Regelungen zur Aufbewahrung und Weitergabe von Verschlussachen.

Die Bearbeitung von Verschlussachen erfolgt heutzutage fast ausschließlich im Bereich computergestützter Informationstechniken. Auch hierbei ergreift der Verfassungsschutz entsprechende Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit, Verfügbarkeit und Integrität (Unverfälschtheit) der Daten. Vor einer Übermittlung werden sie hochgradig verschlüsselt. Auch die Speicherung erfolgt aufgrund der sehr hohen Schutzbedürftigkeit nach strengen Maßgaben. Sie sind höher als die des IT-Grundschutzes des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik. Grundlage dafür ist ein IT-Sicherheitskonzept. Es wird regelmäßig auf Wirksamkeit geprüft und neu angepasst.

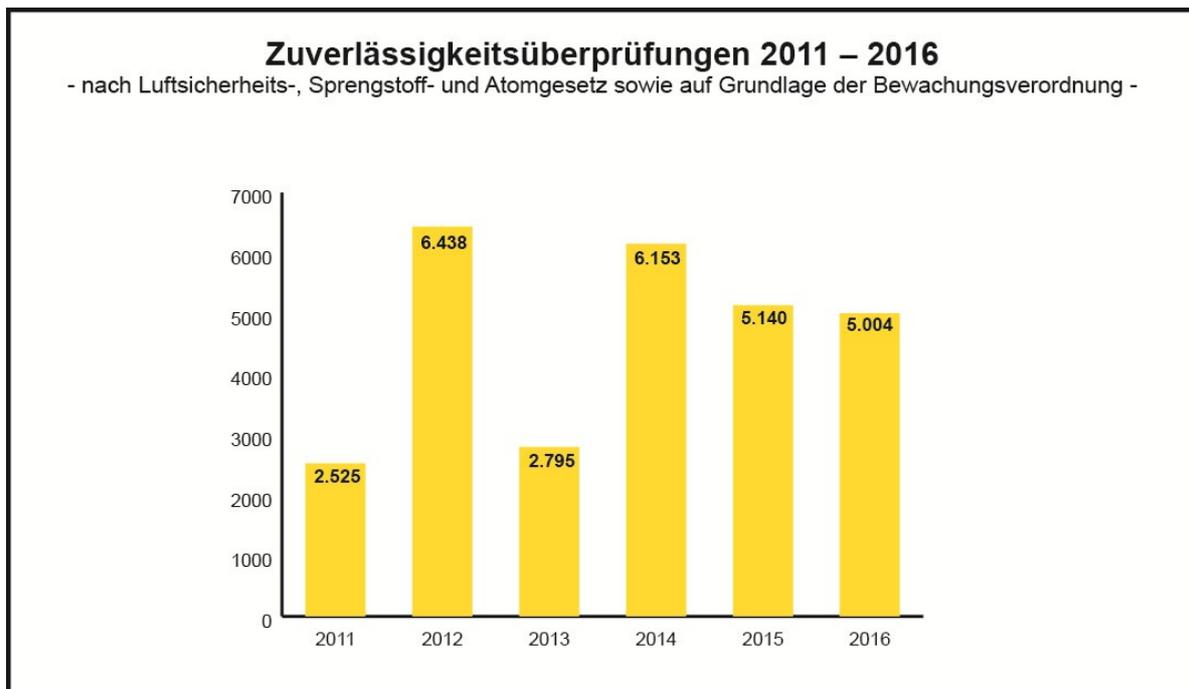
Personeller Geheimschutz

Zuverlässigkeitsüberprüfung

Der Verfassungsschutz ist auf Antrag an Zuverlässigkeitsüberprüfungen beteiligt. Die wichtigsten Rechtsgrundlagen dafür sind das Luftsicherheits-, Atom- und Sprengstoffgesetz. Zusätzlich fällt der Abfrage des nachrichtendienstlichen Informationssystems zur Prüfung der Zuverlässigkeit nach Bewachungsverordnung ebenfalls eine wichtige Rolle zu. Bewachungsaufgaben haben generell an Bedeutung und Komplexität gewonnen, insbesondere im Hinblick auf den Schutz spezieller Infrastrukturen oder von Großveranstaltungen. Die Ordnungsbehörde hat zur Prüfung der Zuverlässigkeit des Beschäftigten die unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister einzuholen und je nach Einsatzort kann darüber hinaus auch der Verfassungsschutz über Personenerkenntnisse angefragt werden. All dies regelt die Bewachungsverordnung.

Es gibt seit vielen Jahren bereits die Berufsausbildung zur Fachkraft für Schutz und Sicherheit. Diese stellt einen regulären Berufsabschluss dar. Daneben gibt es noch weitere Qualifikationen, bis hin zum studierten Sicherheitsfachwirt. Insbesondere öffentliche Auftraggeber sollten in ihren Ausschreibungen diese hoch qualifizierten Kräfte verlangen, um den hohen und sensiblen Ansprüchen gerecht zu werden.

2016 gingen insgesamt 5004 Anfragen im Rahmen von Zuverlässigkeitsüberprüfungen ein: davon 3565 gemäß Luftsicherheitsgesetz, 49 gemäß Atomgesetz, 240 gemäß Sprengstoffgesetz und 1150 auf der Grundlage der Bewachungsverordnung.



Sicherheitsüberprüfung

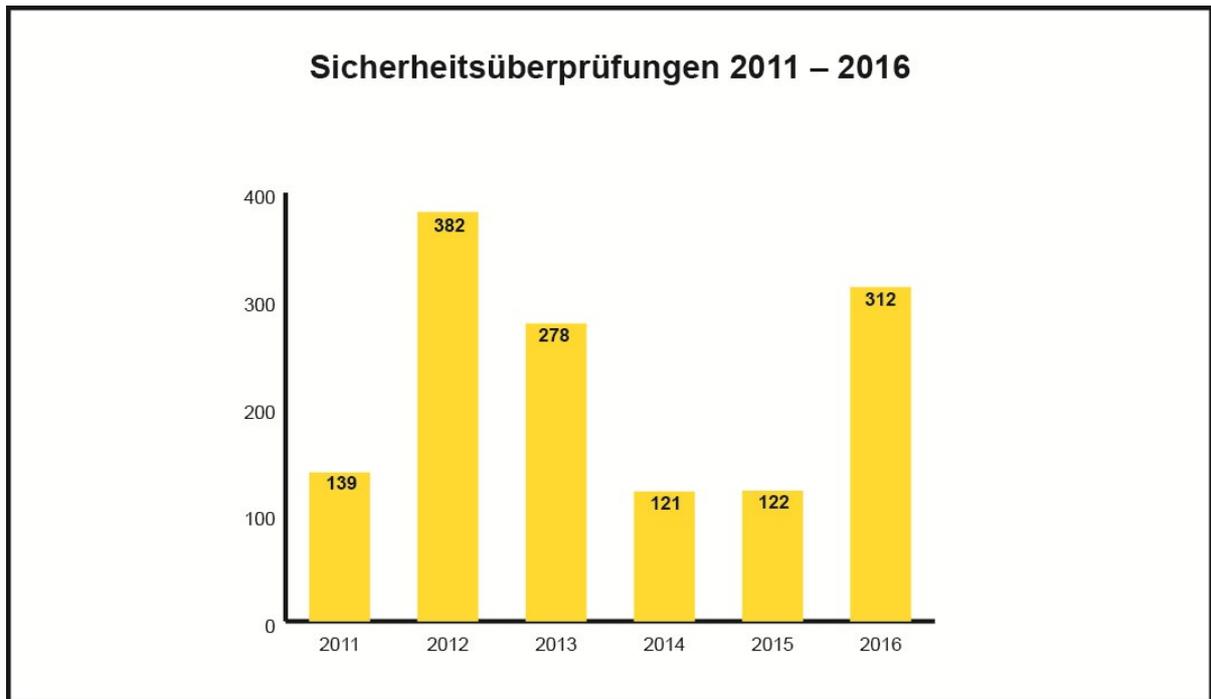
Rechtliche Grundlage ist das „Brandenburgische Sicherheitsüberprüfungsgesetz“ (BbgSÜG). Es gibt die Voraussetzungen und das Verfahren für Sicherheitsüberprüfungen vor. So soll festgestellt werden, ob ein vorgesehener Geheimnisträger nach seinem bisherigen Verhalten prognostisch geeignet ist, mit übertragenen Verschlusssachen vertraulich umzugehen. Die Art der Sicherheitsüberprüfung (Ü1 / Ü2 / Ü3) richtet sich nach der Einstufung und der Anzahl der Verschlusssachen, zu denen eine Person künftig Zugang haben darf.

Anhaltspunkte, die dem erfolgreichen Abschluss einer Sicherheitsüberprüfung entgegenstehen, sind:

- Zweifel an der Zuverlässigkeit bei der Wahrnehmung einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit;
- eine besondere Gefährdung durch Anbahnungs- oder Werbungsversuche fremder Nachrichtendienste oder
- Zweifel am Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Solche Anhaltspunkte können selbstverschuldet sein (beispielsweise Straftaten, finanziell bedenklicher Lebensstil) oder auch beim Lebenspartner bestehen, sofern er in eine Sicherheitsüberprüfung mit einzubeziehen ist (beispielsweise Ehepartner mit erheblicher Anzahl von Straftaten). In solchen Fällen kann es unter Umständen wegen vorliegender Sicherheitsrisiken zur Ablehnung kommen.

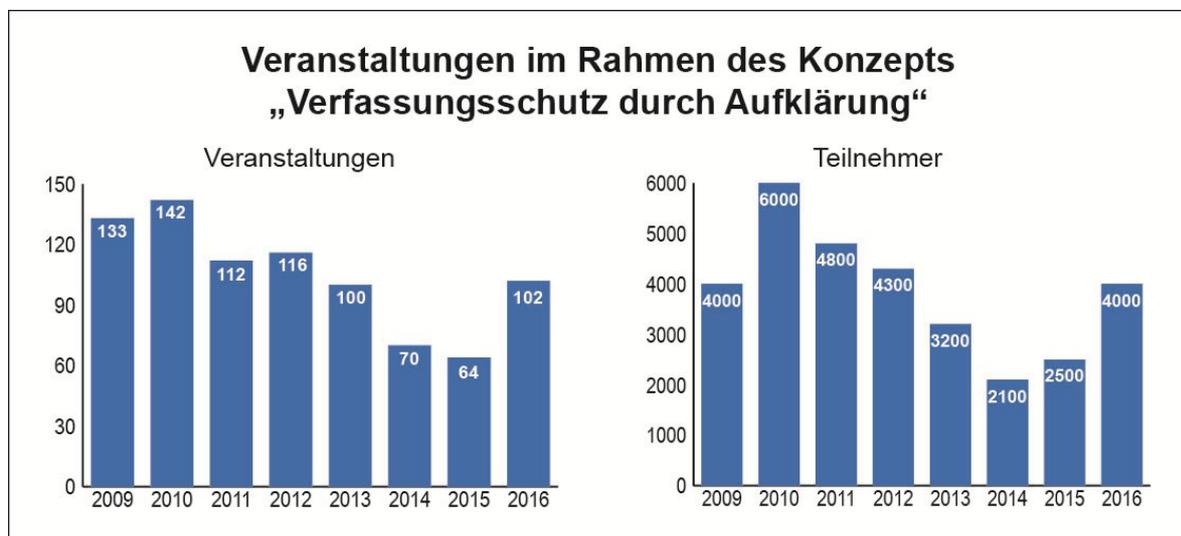
Im Jahr 2016 wirkte die Verfassungsschutzabteilung beim Abschluss von insgesamt 312 Sicherheitsüberprüfungen mit. In Brandenburg betrifft das Mitarbeiter von etwa 20 Behörden: Polizei, Staatskanzlei und Ministerien, Landtag, Gerichte sowie Staatsanwaltschaften.



8. Verfassungsschutz durch Aufklärung

Prävention und Öffentlichkeitsarbeit sind unerlässliche Säulen in der Auseinandersetzung mit Extremisten. Daher wird „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ von vielen Verfassungsschützern aktiv betrieben. In zahlreichen Vorträgen, Lagebildern und Hintergrundberichten informieren unsere Mitarbeiter über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, über Spionageabwehr und über Wirtschaftsschutz. Sie zeigen damit Gesicht und stellen sich Debatten über die Feinde der Demokratie. Das ist wichtig für eine effektive Informationsvermittlung. Dafür gehen Verfassungsschützer auf die Zivilgesellschaft zu. Je mehr Informationen über Extremisten vermittelt werden, desto geringer sind deren Erfolgsaussichten. Und für den Verfassungsschutz gilt: Je mehr die Zivilgesellschaft über den Verfassungsschutz weiß, desto eher wird sie ihn als Kommunikationspartner und Demokratiedienstleister akzeptieren.

Die Öffentlichkeit, an die sich der Verfassungsschutz richtet, ist so vielfältig wie die brandenburgische Gesellschaft. Rund 4.000 interessierte Bürgerinnen und Bürger besuchten 2016 unsere 102 Vortragsveranstaltungen. Damit summiert sich die Zahl solcher Veranstaltungen seit 2008 auf insgesamt 968 mit 35.400 Zuhörern.



Aufgrund des großen Beratungsbedarfs vieler Behörden zum Thema "Reichsbürger" bot der Verfassungsschutz 2016 28 Vorträge dazu an. Insgesamt 1.200 Interessierte, überwiegend Mitarbeiter von Behörden, nahmen daran teil. Ebenso wirkte der Verfassungsschutz an dem Ende 2015 veröffentlichten Handbuch „Reichsbürger“ mit. Es kann über die Homepage des brandenburgischen Verfassungsschutzes als PDF-Datei runtergeladen werden. Mit einer aktualisierten Neuauflage ist im Laufe des Jahres 2017 zu rechnen.

Um die Aufklärungs- und Präventionsarbeit möglichst zielgruppenorientiert und wirkungsvoll zu gestalten, hat der Verfassungsschutz Brandenburg seine strategische Kommunikation kontinuierlich ausgebaut und sich mit wichtigen Kooperationspartnern vernetzt.

Mit dem Landesfeuerwehrverband besteht seit 2007 eine Kooperation. Hierbei werden insbesondere Jugendwarte und Feuerwehrführer der freiwilligen Feuerwehren sowie Angehörige der Berufsfeuerwehren an der Landesfeuerweherschule in Eisenhüttenstadt (LOS) über Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung informiert. Diese Kooperation ist inzwischen fester

Bestandteil im dortigen Ausbildungsprogramm. Von 2007 bis Ende 2016 nahmen daran etwa 1.470 Feuerwehrleute in 67 Veranstaltungen teil.

Verstetigt hat sich die erfolgreiche Kooperation mit dem „Toleranten Brandenburg“, „demos - Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung“, dem „Städte- und Gemeindebund“, dem „Landkreistag“, der „Polizeifachhochschule“ und der „Brandenburgischen Kommunalakademie“. Gemeinsam wurden seit Sommer 2008 unter anderem an der Polizeifachhochschule in Oranienburg (OHV) an insgesamt 39 Tagen Info-Veranstaltungen angeboten. Daran haben rund 1.730 Personen von Polizei, Kommunalbehörden und weiteren Einrichtungen teilgenommen. Zielsetzungen waren unter anderem der Umgang mit unterschiedlichen extremistischen Aktivitäten aus polizeilicher, ordnungs- und arbeitsrechtlicher Sicht im Zusammenhang mit Wahlkämpfen sowie der Umgang mit extremistischen Mandatsträgern in kommunalen Vertretungen. Nachdem die Reihe aufgrund personeller Herausforderungen 2015 pausieren musste, konnten 2016 wieder vier Veranstaltungen zum Thema "Extremisten im Aufwind – aktuelle Herausforderungen vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation" angeboten werden. Daran nahmen 210 Personen teil. Zwei dieser ganztägigen Informationsveranstaltungen wurden in der Nähe der sächsischen Grenze in Kooperation mit dem Verfassungsschutz Sachsen durchgeführt.

Damit Informationen breiter gestreut werden können, nutzt der Verfassungsschutz Brandenburg ein Info-Mobil. Unter dem Motto „Unterwegs für Freiheit und Demokratie“ werden Messen, Feste, Konzerte und weitere Veranstaltungen besucht. So steht die Behörde in direktem Kontakt mit den Bürgern. Das Info-Mobil war im Jahr 2016 mehrmals unterwegs, beispielsweise auf dem Brandenburg-Tag in Hoppegarten.

Für Vorträge legten die Verfassungsschutzmitarbeiter 2016 mehr als 17.000 Kilometer zurück. Dabei verbrachten sie rund 225 Stunden auf den Straßen. Über 220 Stunden beanspruchten die Einsätze vor Ort. Die Vor- und Nachbereitung aller Einsätze umfasste weitere rund 360 Stunden.

Fachtagungen zu aktuellen Themen sind eine weitere Säule der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes. Seit 2014 werden sie gemeinsam von den Verfassungsschutzbehörden der Länder Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen Sachsen-Anhalt und Thüringen angeboten: „Hass als politisches Programm – Die Entwürdigung des Gegners durch Extremisten“ (Berlin, 2014), „Unsere Jugend im Visier von Extremisten – Der Missbrauch ‚Sozialer Medien‘ im Kampf gegen Demokratie und Freiheit“ (Potsdam, 2015) und „Migration und Sicherheit – Wie Extremisten Flüchtlingsbewegungen zu instrumentalisieren versuchen“ (Erfurt 2016). Zwischen 2005 und 2015 hat der brandenburgische Verfassungsschutz insgesamt 16 Fachtagungen veranstaltet. Daran haben rund 2.570 Personen teilgenommen.

Informationsmaterialien des Verfassungsschutzes sind sehr begehrt. In erster Linie betrifft das den jeweils aktuellen Verfassungsschutzbericht. Daneben sind zahlreiche und ständig aktualisierte Faltblätter zu verschiedenen Themenfeldern des Extremismus und Wirtschaftsschutzes sowie Dokumentationen von Fachtagungen im Angebot. Alle bisher in Brandenburg erschienenen Verfassungsschutzberichte und weitere Informationsmaterialien sind über die Homepage www.verfassungsschutz.brandenburg.de abrufbar. Das meiste davon kann ebenfalls als Printausgabe kostenlos bestellt werden.